

Integrations- und Teilhabemonitor des Odenwaldkreises 2022

HESSEN



Hessisches Ministerium
für Soziales und Integration



Integrations- und Teilhabemonitor

ZAHLEN UND FAKTEN ZUR MIGRATIONSGESELLSCHAFT
ODENWALDKREIS

MILELI, DIEGO R.

mit Unterstützung von Christin Hauer und Petra Karg

Impressum

Herausgeber

Kreisausschuss des Odenwaldkreises
Stabsstelle Chancengleichheit, Integration und Diversität
WIR-Vielfaltszentrum
Michelstädter Straße 12
64711 Erbach

www.odenwaldkreis.de

Verfasser

Diego Ramos Mileli
WIR-Koordinator

Mit Unterstützung von

Christin Hauer
WIR-Koordinatorin

Petra Karg
Leitung der Stabsstelle Chancengleichheit, Integration und Diversität

Erbach, im November 2022
(aktualisiert im März 2023)

Inhalt

Vorwort	3
1. Einleitung	5
1.1. Menschen mit Migrationsgeschichte	5
1.2. Der Integrationsmonitor des Odenwaldkreises	7
1.3. Vorgehensweise	9
2. Bevölkerung im Odenwald	10
2.1. Ausländische Bevölkerung – Gemeinden und Kreis	10
2.1.1. Entwicklung der Bevölkerung im Odenwaldkreis 2010-2020	11
2.1.2. Nichtdeutschen-Anteil in %	11
2.1.3. Demografische Struktur der ausländischen Bevölkerung des Odenwaldkreises 14	
2.1.3.1. Bevölkerungsgruppen nach Herkunftsland	14
2.1.3.2. Ausländische Bevölkerung nach Geschlecht	15
2.1.4. Verteilung nach Gemeinden – 2020	15
2.1.4.1. Altersstruktur der ausländischen Bevölkerung im Vergleich zur Gesamtbevölkerung	16
2.1.4.2. Altersverteilung: Deutsche und Nichtdeutsche im Vergleich	21
3. Strukturelle Dimension	25
3.1. Rechtliche Integration	25
3.1.1. Aufenthaltstitel.....	25
3.1.2. Einbürgerungsanspruch.....	29
3.2. Integration im Bildungssektor	29
3.2.1. Kindertageseinrichtungen	29
3.2.2. Kindertagespflege.....	31
3.2.3. Kindergartenbesuch	32
3.2.4. Schulformen	33
3.2.5. Schulabschlüsse	34
3.3. Integration im Arbeitsmarkt	35
3.3.1. Ausbildungsbeteiligungsquote	35
3.3.2. Beschäftigtenquote bei der Verwaltung	36
3.3.3. Arbeitsmarkt.....	37
3.3.4. Kinderarmut.....	45
3.3.5. Altersarmut.....	47
3.3.6. Sozialleistungsempfang	49
3.3.7. Migrant*innenökonomie.....	52
4. Soziale Integration	53
4.1. Aufenthaltsdauer und Bleibeabsicht	53

4.2.	Wahlen zu den Ausländerbeiräten	55
4.3.	Internationale Ehen	55
4.4.	Jugend	57
4.4.1.	SGB VIII – Kinder - und Jugendhilfe 2021	58
4.4.2.	Inobhutnahme von Minderjährigen durch das Jugendamt.....	60
4.4.3.	Jugendgerichtshilfe 2021.....	62
4.5.	Rentenversorgung	63
4.5.1.	Rentenzugang 2020	64
4.5.1.1.	Rentenarten.....	64
4.5.1.2.	Rentenbetrag.....	65
4.5.1.3.	Länge der Zahlung von Rentenbeiträgen	66
4.5.1.4.	Alter beim Rentenbeginn	67
4.5.2.	Rentenbestand 2020	68
4.5.2.1.	Rentenarten.....	69
4.5.2.2.	Rentenbetrag.....	69
4.5.2.3.	Länge der Zahlung von Rentenbeiträgen	70
4.5.2.4.	Alter beim Rentenbeginn	71
5.	Kulturelle Integration	73
5.1.	Spracherwerb	73
5.2.	Inanspruchnahme von Integrationskursen	76
5.3.	Gesundheit	77
5.3.1.	Pädiatrische Untersuchung	77
5.3.2.	Vorsorgeuntersuchungen für Kinder	78
6.	Identifikatorische Integration	83
6.1.	Einbürgerungsquote	83
6.2.	Aufenthaltsdauer zum Zeitpunkt der Einbürgerung	84
6.3.	Diskriminierungserfahrung	86
6.4.	Politische Partizipation	87
6.4.1.	Parteien	89
6.4.2.	Gewerkschaften.....	89
6.4.3.	Menschen mit Migrationsgeschichte in kommunalen Gremien	90
6.4.4.	Wahlbeteiligung der EU-Bürger*innen bei den Kommunalwahlen	90

Vorwort

Liebe Leser*innen,

der Odenwaldkreis ist vielfältig. Unabhängig von Geschlecht, Religion, Hautfarbe, Herkunft, sexueller Identität, Alter oder Behinderung finden alle Menschen im Odenwaldkreis ihr Zuhause. Es ist unsere Aufgabe als Mensch, für ein diskriminierungs- und vorurteilsfreies Miteinander zu sorgen, das gemeinsam auf Augenhöhe und mit gegenseitigem Respekt aufgebaut wird, denn der Odenwaldkreis sind wir alle.

Ich als Landrat setze mich dementsprechend für Teilhabe- und Chancengleichheit aller Einwohnerinnen und Einwohner unseres Kreises ein, darunter auch unsere ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, die rund 15 Prozent der Bevölkerung des Odenwaldkreises ausmachen. Sie bereichern unsere Städte und Gemeinden zum einen mit ihren Kenntnissen, Talenten, Erlebnissen und Kulturen, die sie aus über 90 Ländern mitbringen. Das ist eine große Vielfalt, die sich schwer unter dem Hut einer „Migrationsgeschichte“ vereinheitlichen lässt. Aus dieser Diversität ergibt sich eine große Verschiedenheit von Bedarfen, Interessen, Wissen und Lebensrealitäten, die erkannt und anerkannt werden müssen, damit sich alle Menschen bei uns zurechtfinden und ihr Leben frei entfalten können. Ein zweiter Aspekt ist, dass die in unserer Region ansässiger Firmen und Handwerksgetriebe, die Einzelhandelsgeschäfte, unser Kreiskrankenhaus, unsere Kreisverwaltung und die Rathäuser sowie viele andere Betriebe die ausländischen Kolleginnen und Kollegen nicht nur schätzen, sondern dass unsere Wirtschaft ohne sie schlicht und ergreifend nicht funktionieren würde.

Vor diesem Hintergrund hat die WIR-Koordination der Kreisverwaltung einen Integrations- und Teilhabemonitor für den Landkreis erstellt, der die Entwicklung der Lage der Menschen mit Migrationsgeschichte erster und zweiter Generation im letzten Jahrzehnt darstellen soll. Der Monitor zielt darauf ab herauszufinden, wo es Auffälligkeiten im Vergleich zu der Bevölkerung ohne Migrationsgeschichte gibt. Die Barrieren zu einer gleichberechtigten Teilhabe werden zunächst identifiziert, damit diese im zweiten Schritt gezielt abgebaut werden können.

Unser größtes Ziel ist eine zukunftsorientierte Teilhabepolitik mit der Partizipation von Städten und Gemeinden, Migrantenorganisationen, Ausländerbeiräten und Integrationskommissionen, gemeinnützigen Vereinen und freien Trägern, Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen zu schaffen, damit wir gemeinsam eine Lösung für jede Schwierigkeit des gemeinschaftlichen Lebens finden. Dementsprechend wird als nächster Schritt das Integrations- und Teilhabekonzept des Kreises fortgeschrieben werden. Damit werden evidenzbasierte und zweckorientierte Maßnahmen konzipiert und ergriffen, damit jede Einwohnerin und jeder Einwohner des Odenwaldkreises die gleichen Chancen in Schule, Verwaltung,

im Gesundheitsbereich, Arbeits- und Wohnungsmarkt und alltäglichen Leben genießt und sich anerkannt sowie wertgeschätzt fühlt.

Hiermit bekenne ich mich für den Odenwaldkreis gegen jegliche Form von Rassismus und Diskriminierung. Niemand darf benachteiligt werden, weder in der Schule noch in der Gesundheitsversorgung, im alltäglichen Leben oder am Arbeitsplatz, bei der Wohnungssuche oder bei der Ausübung seiner Rechte. Deshalb engagiert sich die Kreisverwaltung aktiv für eine gleichberechtigte Teilhabe aller Odenwälderinnen und Odenwälder, unabhängig davon ob sie hier geboren sind oder erst danach im Odenwaldkreis ihr Zuhause gefunden haben.

Ihr

A handwritten signature in purple ink that reads "Frank Matiaske". The signature is written in a cursive style with a large initial 'F' and 'M'.

Frank Matiaske

Landrat des Odenwaldkreises

1. Einleitung

1.1. Menschen mit Migrationsgeschichte

Im Rahmen des Mikrozensus 2005 wurde zum ersten Mal die Kategorie „Migrationshintergrund“ erfasst. -Es wurde sichtbar gemacht, dass damals ein Fünftel aller Einwohner*innen Deutschlands einen sogenannten Migrationshintergrund hatte, das heißt, entweder selbst eingewandert ist oder mindestens einen Elternteil ausländischer Herkunft hatte. Mittlerweile ist der Begriff ins Zentrum von Kritik geraten und durch andere Termini ersetzt worden. Während in Nordrhein-Westfalen seit Anfang des Jahres das Teilhabe- und Integrationsgesetz der Begriff „Menschen mit Einwanderungsgeschichte“ festgelegt hat, hat sich das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung dazu entschlossen, die Begrifflichkeit „Eingewanderte und ihre (direkten) Nachkommen“ zu verwenden. Das verdeutlicht die Komplexität des Themas, da hinter diesem Diskurs zur adäquaten Bezeichnung die herausfordernde Frage zur Geeignetheit der Begriffe steht. Einerseits soll der Begriff dazu beitragen, eine vulnerable Gruppe an Menschen sichtbar zu machen, aber andererseits weder stigmatisierend noch diskriminierend wirken. In Hessen wird von „Menschen mit Migrationsgeschichte“ gesprochen. Dieser Terminus wird im vorliegenden Monitor verwendet, um all diejenigen zu bezeichnen, die entweder ausschließlich eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzen oder einen Elternteil haben, der die deutsche Staatsangehörigkeit ursprünglich nicht besaß. „Ausländerinnen und Ausländer“ bzw. „Nichtdeutsche“ bezeichnet in diesem Monitor die Gesamtheit all derjenigen, die nicht deutsche Staatsangehörige sind, unabhängig davon, wo sie geboren wurden. Die Bezeichnung „Nichtdeutsche“ wird bevorzugt, um hervorzuheben, dass es Menschen gibt, die in Deutschland geboren bzw. aufgewachsen sind, aber die deutsche Staatsangehörigkeit nicht besitzen. Sie als Ausländer*innen zu bezeichnen, entspricht nicht der Tatsache ihrer Sozialisierung und Lebensrealität. Nichtdeutsche Staatsangehörige können sich trotzdem Deutschland zugehörig fühlen und das soll ihnen nicht abgesprochen werden. Deswegen ist es wichtig zu betonen, dass der Begriff „Nichtdeutsche“ sich lediglich auf die Staatsangehörigkeit und nicht auf die Zugehörigkeit bezieht.

Menschen mit Migrationsgeschichte stellen über ein Viertel der Bevölkerung Deutschlands dar. Darunter fallen alle ausländischen Einwohner*innen Deutschlands, Deutsche nach Einbürgerung und Deutsche mit mindestens einem Elternteil, dessen ursprüngliche Staatsangehörigkeit eine andere war. Zusammen waren sie im Jahr 2020 21,9 Millionen Menschen und machen damit 26,7 % der Bevölkerung Deutschlands aus¹. Knapp die Hälfte von ihnen, d.h. 10,8 Millionen, hat keine deutsche Staatsangehörigkeit².

¹ <https://mediendienst-integration.de/migration/bevoelkerung.html>

² [Bevölkerung nach Nationalität und Geschlecht - Statistisches Bundesamt \(destatis.de\)](https://www.destatis.de/DE/Presseportal/Neuerscheinungen/Bevoelkerung/Bevoelkerung_nach_Nationalitaet_und_Geschlecht.html)

Die Repräsentation und Präsenz dieser Bevölkerungsgruppe in der Öffentlichkeit entspricht jedoch nicht ihrer tatsächlichen Größe. Menschen mit Migrationsgeschichte sind unterrepräsentiert beispielsweise in Medienredaktionen, Filmen und Fernsehen – insbesondere in Hauptrollen – und der Politik. Dagegen wird zum Beispiel die Herkunft von Tatverdächtigen in der Regel erst dann erwähnt, wenn sie eine Migrationsgeschichte haben³. Das führt zu einer verzerrten Wahrnehmung der Gesellschaft gegenüber den Menschen mit Migrationsgeschichte. Dies kann einerseits zur Verfestigung von Vorurteilen und andererseits zum Darüber hinwegsehen von struktureller Benachteiligung führen. Die zu beseitigenden Benachteiligungen sind mittels zahlreicher Studien nachgewiesen und umfassen verschiedene Bereiche der Gesellschaft. Die Gründe dafür sind vielfältig. Eine Verbesserung dieser Lage wird dadurch erschwert, dass Menschen mit Migrationsgeschichte häufig nicht über die notwendigen Ressourcen für die Bewältigung von Benachteiligungen und Ausgrenzungen verfügen oder nicht mal das Recht haben, von bestimmten Mitgestaltungsmitteln Gebrauch zu machen. Ein Beispiel für den Mangel an verfügbaren Partizipationsmöglichkeiten ist der Anteil von Menschen mit Migrationsgeschichte an den parlamentarischen Organen. Von den 735 Abgeordneten des neu gewählten Bundestages haben 83, also 11,3 %, eine Migrationsgeschichte. Wenngleich unzureichend stellt die aktuelle Situation im Vergleich zu den vorigen Legislaturperioden einen Fortschritt dar. 2013 hatten lediglich 5,9 % der Bundestagsabgeordneten eine Migrationsgeschichte. Im Jahre 2017 stieg der Anteil bis auf 8,2 % und erreichte dann 2021 die aktuellen 11,3 %⁴.

In Hessen leben aktuell über 6 Millionen Menschen, von denen 1 Million die deutsche Staatsangehörigkeit nicht besitzt. Anders ausgedrückt sind circa 16,86 % der Bevölkerung Hessens ausländische Staatsangehörige. Im Odenwaldkreis lebten 2020 wiederum 96.754 Menschen, von denen 13.961 ohne die deutsche Staatsangehörigkeit, was ca. 14,43 % aller Einwohner*innen des Kreises entspricht⁵. Wie die Situation der Menschen mit Migrationsgeschichte im Odenwaldkreis aussieht, wie sie im Vergleich zu den Deutschen ohne eine Migrationsgeschichte in der unmittelbaren vorigen Generation stehen und was sich in den letzten Jahren geändert hat, soll der vorliegende Integrationsmonitor aufzeigen.

³ Vgl.: <https://mediendienst-integration.de/integration/politische-teilhabe.html>; <https://mediendienst-integration.de/integration/medien.html>

⁴ [Recherche Bundestag 2021 Mediendienst.pdf \(mediendienst-integration.de\)](#)

⁵ Hessische Statistische Landesamt. Die Bevölkerung in Hessen am 31.12.2020 nach Alter, Geschlecht und Staatsangehörigkeit (bis zur Gemeindeebene)

1.2. Der Integrationsmonitor des Odenwaldkreises

Seit dem Beginn des WIR-Programms im Jahre 2014 nimmt der Odenwaldkreis an der hessenweiten Umsetzung einer zukunftsorientierten Integrationspolitik teil. Beim WIR-Programm geht es grundsätzlich darum, gleiche Teilhabechancen zu gewährleisten, und zwar nachhaltig durch eine verbesserte Anerkennungs- und Willkommenskultur, vielfaltsorientierte Öffnung der Verwaltung und Gesellschaft und durch die Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe, insbesondere von Menschen mit Migrationsgeschichte. In diesem Zusammenhang müssen Maßnahmen zum Abbau von Benachteiligung, Diskriminierung und Rassismus ergriffen werden. Alle diese Ziele lassen sich nur auf Basis einer grundlegenden Analyse des aktuellen Ist-Zustandes und der bisherigen Entwicklung der Indikatoren über die gesellschaftliche Lage von Menschen mit Migrationsgeschichte erreichen. Vor diesem Hintergrund wurde der Integrationsmonitor des Odenwaldkreises erneut überarbeitet.

Der erste Integrationsmonitor des Odenwaldkreises ist 2014 auf Basis von Daten erschienen, die bis zum Jahre 2008 zurückgreifen. Im November 2017 wurde er nachbearbeitet, verbessert und ergänzt. Der vorliegende Monitor stellt sich der Aufgabe, den vorherigen Integrationsmonitor zu überarbeiten und ihn möglichst auf den aktuellsten Forschungsstand zu bringen und seinen Rahmen zu erweitern. Dafür werden den Richtlinien und vorgeschlagenen Dimensionen des Hessischen Integrationsmonitors 2020 gefolgt, nämlich der strukturellen, kulturellen, sozialen und identifikatorischen Dimension.

Beim Integrationsmonitor 2020 geht es darum herauszufinden, welche Hemmnisse und Herausforderungen für eine gelungene Integration es gibt. In dieser Hinsicht ergänzt der vorliegende Monitor seinen Vorgänger und zeigt die tatsächliche Entwicklung der bisherigen gesellschaftlichen vielfaltsorientierten Öffnung auf. Wie der Handreichung „Kommunales Integrationsmanagement“ des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration – HSMI 2020 zu entnehmen ist, ist Integration keine einseitige Anpassungsleistung, sondern fordert die Gesellschaft dazu auf, „rechtliche und strukturelle Verhältnisse so zu verändern, dass sich Institutionen an die Fähigkeiten der Menschen anpassen und nicht umgekehrt“⁶. Dementsprechend wird der Versuch unternommen, die Daten für Migrant*innen der ersten Generation und weitere Menschen mit Migrationsgeschichte in Bezug auf ihre Teilnahme an der Verwaltung, an den politischen Instanzen, wie beispielsweise an den Ausländer- und Ortsbeiräten, aber auch an politischen Parteien und Gemeinderäten zu ergänzen. Dazu kommt noch unter anderem die Teilhabe am Arbeitsmarkt, Sozialsystem einschließlich der Gesundheitsversorgung. Die Daten werden nach Gemeinde untergliedert, wo es möglich ist. Der Begriff Gemeinde wird in diesem Monitor im Sinne der §§ 12 und 13 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) als Oberbegriff verwendet und

⁶ Hessisches Ministerium für Soziales und Integration – HSMI, Kommunales Integrationsmanagement: Handreichung. Wiesbaden, 2020. S. 6.

https://integrationskompass.hessen.de/sites/integrationskompass.hessen.de/files/KIM-20-fin-Webversion_Unterschrift_StM_0.pdf

schließt somit Städte und die Kreisstadt mit ein. Dies begründet sich einerseits in der Vereinfachung der Lesbarkeit, denn ansonsten müsste an jeder Stelle Städte, Gemeinde und Kreisstadt erwähnt werden. Andererseits ist damit auch entsprechend der gesetzlichen Vorgaben eine einheitliche Schreibweise gewährleistet (vgl. bspw. Art. 28 GG, Art. 25 ff. und 137 ff. HV, §§ 12 f. HGO).

Um die jüngste Entwicklung abzubilden, werden die Informationen für das ganze zweite Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts, das heißt von 2011 bis 2020, zusammengefasst. Somit wird nicht nur eine Dekade erfasst, sondern auch die Wende vom Nationalen Integrationsplan (NIP)⁷ zum Nationalen Aktionsplan Integration (NAP-I)⁸ ab 2012 miteinbezogen. Dadurch lassen sich gegebenenfalls die Änderungen der Integrationspolitik auf der Datenentwicklung widerspiegeln.

Bei der Analyse und Interpretation von einem Integrationsmonitor ist immer zu bedenken, dass Kategorien wie Ausländer*innen oder Menschen mit Migrationsgeschichte eine Vielfalt von Lebensrealitäten miteinbezieht. Es gibt nicht der oder die Migrant*in bzw. den Menschen mit Migrationsgeschichte. Nur im Vergleich zu der Gruppe „Deutsch (ohne Migrationsgeschichte)“ stellen sie eine Gruppe dar. Unter allen Menschen mit Migrationsgeschichte, ob ausländische oder deutsche Staatsangehörige, steht eine Vielzahl von Menschen aus fast allen Ländern und Kontinenten der Welt. Je nach Religionszugehörigkeit, Bildungsniveau, Alter, sozioökonomischen Hintergründen, Persönlichkeiten, Begabungen und Sitten sowie auch hinsichtlich Geschlecht, Hautfarbe sowie sexuelle Orientierung bzw. Identität gehören Menschen vielfältige Gruppen an. Bei der Erstellung eines Monitors aufgrund letztendlich einer *Nicht-Zugehörigkeit* – d.h. nicht Deutsch ohne Migrationsgeschichte zu sein – besteht die Gefahr, dass Denkmuster von als einheitlich wahrgenommenen Menschengruppen verfestigt werden. Dies könnte dazu führen, dass rassistisch gesinnte Personen die strukturelle Benachteiligung dieser Bevölkerungsgruppe als Rechtfertigung für ihre vorurteilsbehaftete Einstellung und ihr diskriminierendes Verhalten sehen. Deswegen muss deutlich betont werden, dass Menschen mit Migrationsgeschichte keine Einheit darstellen, sondern alle möglichen Facetten haben sowie diverse Lebensentwürfe entfalten wollen. Die Gliederung, die hier vorgenommen wird, dient zur Feststellung der Problemlagen, die aufgrund der Einwanderungsgeschichte oder dem nicht Vorhandensein einer deutschen Staatsangehörigkeit entstehen, damit diesen Benachteiligungen entgegnet werden kann. Andererseits zielt

⁷ Bundesregierung, Der nationale Integrationsplan: Neue Wege – Neue Chancen (NIP). Presse und Informationsamt der Bundesregierung, 2007.

<https://www.bundesregierung.de/re-source/blob/975226/441038/acdb01cb90b28205d452c83d2fde84a2/2007-08-30-nationaler-integrationsplan-data.pdf?download=1>

⁸ Bundesregierung, Der Nationale Aktionsplan Integration: Zusammenhalt stärken – Teilhabe verwirklichen. Presse und Informationsamt der Bundesregierung, 2012.

<https://www.bundesregierung.de/re-source/blob/974430/441026/136cdd0c82e45766265a0690f6534aa9/2012-01-31-nap-gesamt-barrierefrei-data.pdf>

der Monitor auf die Sichtbarmachung der Benachteiligungen ab, mit denen sich eine Vielzahl von Menschen konfrontiert sieht, wenn sie in Deutschland leben. Auf Basis der Daten dieses Monitors werden Entscheidungen getroffen, die zur Gleichheit der Teilhabemöglichkeiten in allen Lebensbereichen führen sollen. Eine demokratische Gesellschaft muss alle die gleichen Lebenschancen unabhängig von Gruppenzugehörigkeiten ermöglichen, auch den Menschen mit anderen Staatsangehörigkeiten und ihren Nachkommen.

1.3. Vorgehensweise

Zur Erstellung dieses Monitors wurde zunächst der letzte Integrationsmonitor kritisch betrachtet, um Verbesserungsbedarfe festzustellen. Hierbei geht es bei diesen Bedarfen in erster Linie um eine Erweiterung der Datenerhebung. Drei Aspekten heben sich hervor: (1) Die Einführung von Indikatoren zur Teilnahme an der Verwaltung, (2) die Datenerhebung hinsichtlich des politischen und gesellschaftlichen Engagements im breiteren Sinne und (3) die Teilhabe am Sozialsystem und der Altersversorgung.

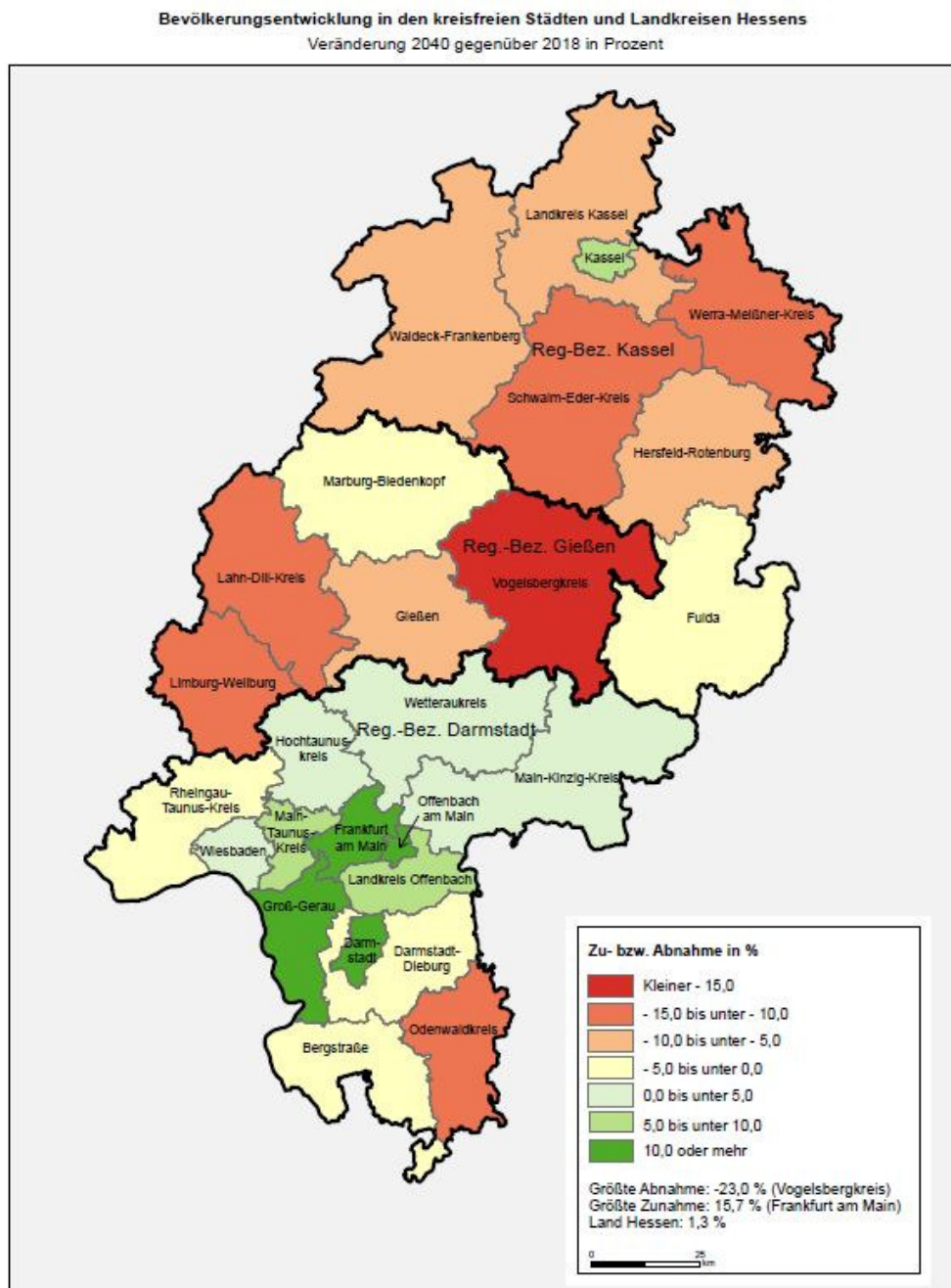
Was die Datenerhebung angeht, wurden die Datensätze vom Statistischen Bundesamt und Hessischen Statistischen Landesamt verwendet. Sie decken jedoch nicht alle Indikatoren ab, die für diesen Monitor von Interesse sind. Deshalb wurden andere öffentliche Institutionen angefragt, um weitere Informationen zu ermitteln. Der Bildungsmonitor des Odenwaldkreises wurde ebenso als Quelle verwendet. Die Einwohnermeldeämter, Standesämter ebenso wie die Ausländerbehörde und die Bundesagentur für Arbeit wurden entsprechend angefragt und um Unterstützung gebeten. Anschließend wurden auch Parteien und Wohlfahrtsträgern bei der Datenerhebung eingebunden. Die Informationen, die für eine umfassende Datenerhebung notwendig gewesen wären, konnten nicht immer in Erfahrung gebracht und somit zusammengestellt werden. Über die unternommenen Versuche wird an dieser Stelle trotzdem berichtet, um die Datenlücke für den nächsten Monitor möglicherweise zu überwinden.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig hervorzuheben, dass der Monitor keine Antwort auf die Ursachen einer Situation geben kann. Die Daten werden hier vielmehr mit kleinen Anmerkungen und Erklärungen dargestellt. Der Monitor beschreibt die Lage für bestimmte Lebensbereiche und wirft gegebenenfalls Hypothesen auf, deren Plausibilität und Genauigkeit anhand ausführlicher Studien und Untersuchungen nachgeprüft werden müssen. Das Ziel ist es, das Verständnis der gegenwärtigen Realität aller Menschen mit Migrationsgeschichte im Odenwaldkreis zu erfassen und der Öffentlichkeit darzulegen. Darauf aufbauend wird das Integrationskonzept des Odenwaldkreises novelliert, um die festgestellten Ungleichheiten möglichst effektiv zu beseitigen. Somit leistet die Integrationspolitik ihren Beitrag zur Chancengleichheit aller Menschen unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Kultur, Ethnizität, Geschlecht, sexuelle Orientierung und Identität, Religion oder Alter.

2. Bevölkerung im Odenwald

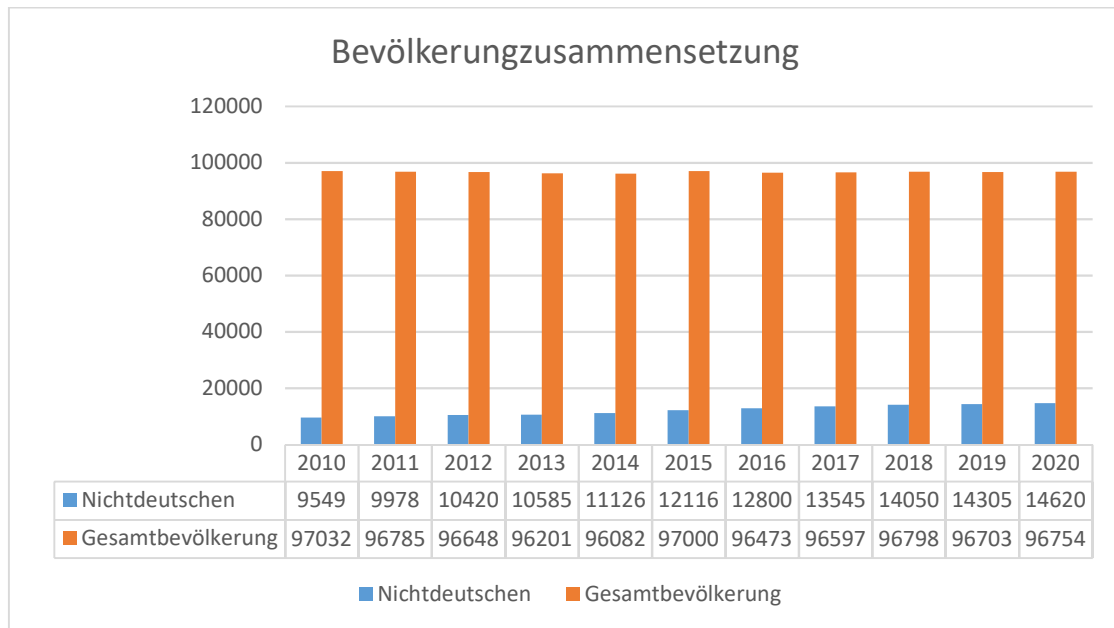
2.1. Ausländische Bevölkerung – Gemeinden und Kreis

Der demografische Wandel im Odenwaldkreis wird durch Zuzüge und Fortzüge geprägt. Bis 2040 soll die Bevölkerung des Odenwaldkreises um 10 bis 15 % im Vergleich zu 2018 sinken. Aufgrund dieser Tendenz wird sich der Mangel an Arbeitskräften erhöhen, insbesondere im Zusammenhang mit der Alterung der Bevölkerung. Das heißt, es wird nicht nur weniger Einwohner*innen geben, sondern auch wahrscheinlich weniger Menschen im erwerbsfähigen Alter.



2.1.1. Entwicklung der Bevölkerung im Odenwaldkreis 2010-2020

Die Daten zeigen, dass die Gesamtbevölkerung des Odenwaldkreises in den letzten zehn Jahren stabil blieb. Im Jahre 2014 hat der Landkreis mit 96.082 die wenigsten Einwohner*innen. Die höchste Einwohner*innenzahl ergab sich 2010 mit 97.032. Die aktuelle Bevölkerungszahl (2020) liegt bei 96.754. Der Stichtag jedes Jahres war der 31.12.

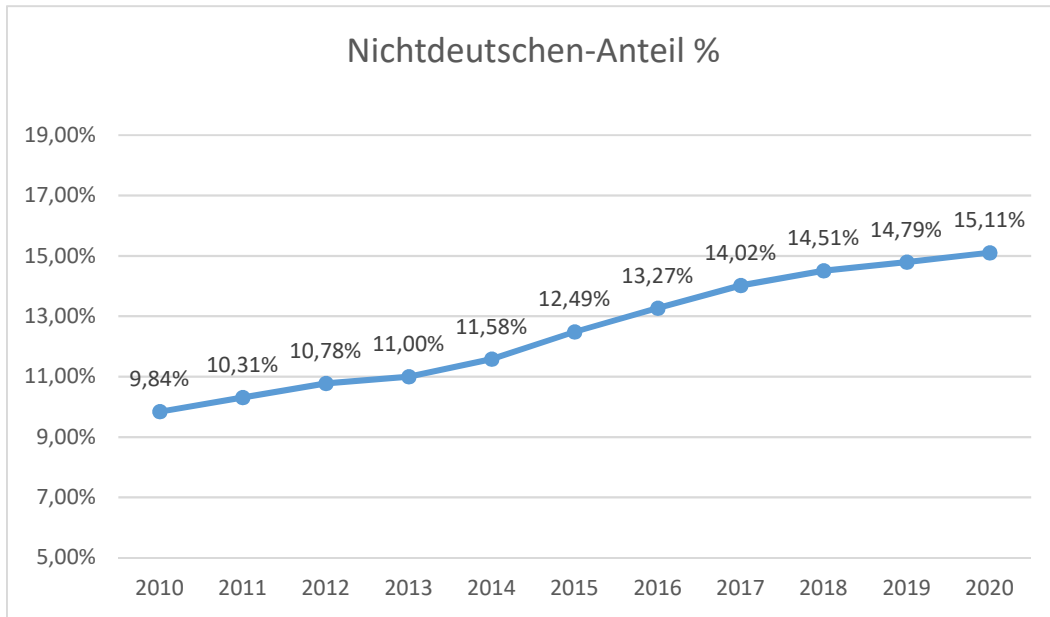


Quelle der Gesamtbevölkerung 2012-2020: Statistisches Bundesamt 12411-0016
 Quelle der ausländischen Bevölkerung: Statistisches Bundesamt 12521-0040

2.1.2. Nichtdeutschen-Anteil in %

Angesichts der Entwicklung des Nichtdeutschen-Anteils im Odenwaldkreis lässt den Schluss zu, dass diese Stabilität der Bevölkerungsanzahl nur durch die Einwanderung ausländischer Staatsangehöriger erreicht wurde, da der ausländische Anteil in der untersuchten Zeitspanne bei gleichzeitiger stabiler Einwohner*innenzahl gestiegen ist. Von den 9,84 % 2010 nahm der Anteil bis auf 15,11 % 2020 jährlich zu⁹. Das heißt, dass ohne Einwanderung die Bevölkerung des Odenwaldkreises geschrumpft wäre.

⁹ Zu bemerken ist, dass die Daten des Statistischen Bundesamtes sich von denen des Hessischen Statistischen Landesamtes unterscheiden. Während der ausländische Bevölkerungsanteil laut dem Statistischen Bundesamt bei 15,11 % liegt, beträgt ihr Anteil 14,43 % laut dem Hessischen Statistischen Landesamt.



Fortzüge

Zu- und Fortzüge (über Kreisgrenzen) nach Geschlecht und Nationalität - Jahressumme - regionale Tiefe: Kreise und krfr. Städte
Wanderungsstatistik

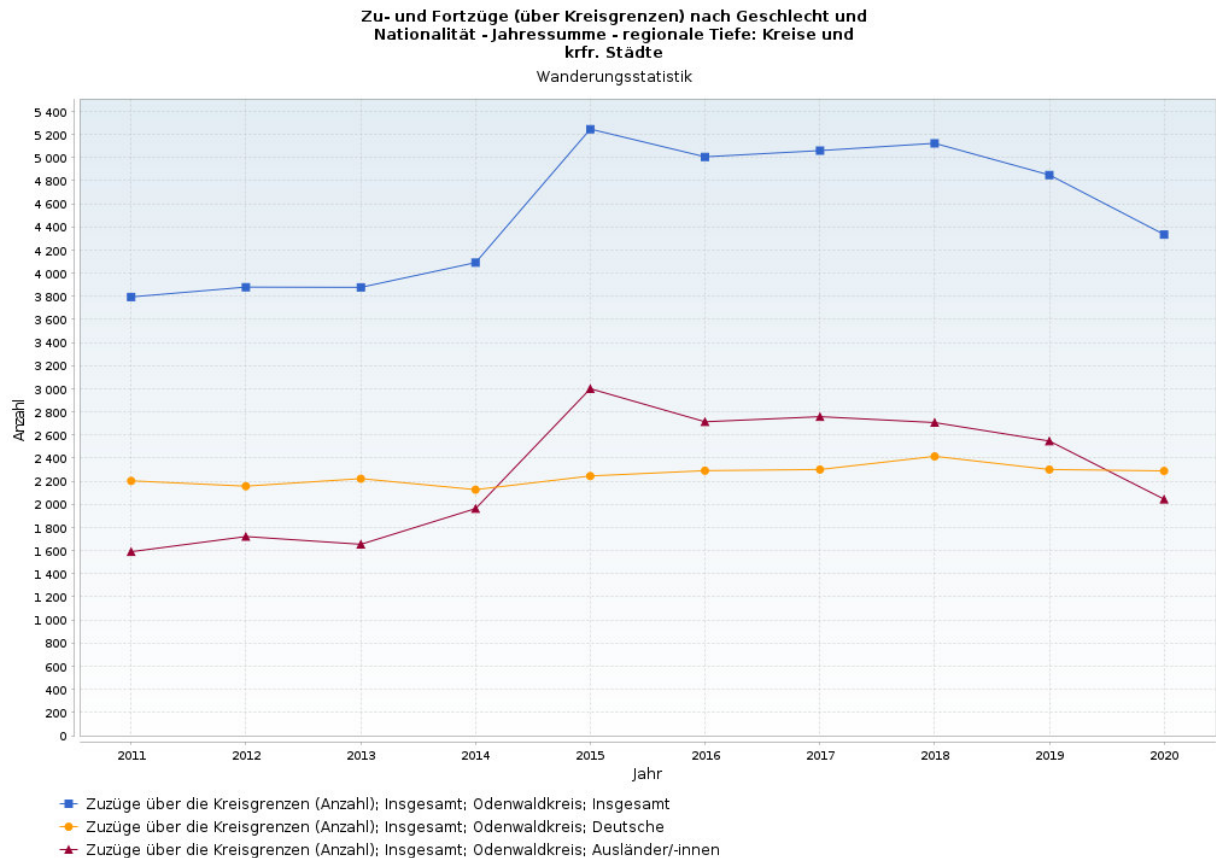


© Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Deutschland, 2022.
Dieses Werk ist lizenziert unter der Datenlizenz Deutschland
- Namensnennung - Version 2.0. | Stand: 11.04.2022 / 08:07:39

Die Fortzüge bezeichnen die Personen, die den Odenwaldkreis verlassen haben. 2016 spitzte sich die Gesamtzahl von Fortzügen aus dem Odenwaldkreis hinsichtlich der Fortzüge von Nichtdeutschen zu.

Damals überstiegen die Fortzüge von Nichtdeutschen die der Deutschen. Zwischen 2011 und 2020 sinken die Fortzüge von deutschen Staatsangehörigen von 2.583 auf 2.115. Dagegen verlassen ausländische Staatsbürger den Kreis inzwischen öfters als 2011. Die Anzahl der Fortzüge von Nichtdeutschen ist von 1.002 auf 1.659 im Jahr 2020 gestiegen (Regionalstatistik: Tabelle 12711-05-02-4.)

Zuzüge



© Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Deutschland, 2022.
Dieses Werk ist lizenziert unter der Datenlizenz Deutschland
- Namensnennung - Version 2.0. | Stand: 11.04.2022 / 08:07:39

Die Zuzüge von deutschen Staatsbürger*innen in den Odenwaldkreis ist gewissermaßen stabil geblieben. 2020 sind 2.290 Deutsche zum Kreis zugezogen, gegen 2.204 im Jahr 2011. Der höchste Wert wurde 2014 mit 2.416 Zuzügen registriert. Der niedrigste lag wiederum 2.014 bei 2.128 Zuzügen deutscher Staatsbürger*innen.

Zuzüge ausländischer Staatsangehöriger sind inzwischen von 1.591 auf 2.045 gestiegen. Spitzenwerte waren 2015 mit 3.001 Zuzügen, vermutlich im Zusammenhang mit der großen Anzahl von Geflüchteten in jenem Jahr, und 2011 mit 1.591 Zuzügen. Zwischen 2015 und 2019 sind mehr Nichtdeutsche als Deutsche in den Odenwaldkreis zugezogen (Regionalstatistik: Tabelle 12711-05-02-4).

2.1.3. Demografische Struktur der ausländischen Bevölkerung des Odenwaldkreises

Im Hinblick auf den Herkunftskontinent kommen 88,41 % der ausländischen Bevölkerung des Odenwaldkreises aus Europa selbst. 68,04 % von denen sind EU-Bürger*innen.

Was das Geschlecht angeht, sind die vom Statistischen Bundesamt erhobenen Datensätze noch nicht mit dem Geschlecht „divers“ versehen, deswegen beziehen sich die Daten auch in diesem Monitor ausschließlich auf männlich und weiblich.

Herkunftskontinent	männlich	weiblich	Insgesamt	%
Insgesamt	7465	7155	14620	100,00 %
Europa	6620	6305	12925	88,41 %
EU-28 (bis 31.01.2020)	4580	4215	8795	
Afrika	125	95	220	1,50 %
Amerika	70	115	190	1,30 %
Asien	640	625	1265	8,65 %
Australien und Ozeanien	5	5	10	0,07 %
Ungeklärt			10	0,07 %

Quelle: Statistisches Bundesamt 12521-0041

2.1.3.1. Bevölkerungsgruppen nach Herkunftsland

Land	männlich	weiblich	insgesamt	Prozentanteil an der Migrant*innen-bevölkerung	Summe der Prozentanteile
Türkei	1570	1520	3090	21,14 %	21,14 %
Griechenland	1115	1135	2250	15,39 %	36,53 %
Rumänien	1070	825	1895	12,96 %	49,49 %
Polen	595	565	1165	7,97 %	57,46 %
Bulgarien	580	505	1085	7,42 %	64,88 %
Italien	345	235	580	3,97 %	68,84 %
Syrien	230	170	400	2,74 %	71,58 %
Portugal	190	180	370	2,53 %	74,11 %
Kroatien	155	180	335	2,29 %	76,40 %
Bosnien und Herzegowina	160	155	315	2,15 %	78,56 %

Die 10 Hauptherkunftsländer der ausländischen Staatsangehörigen im Odenwaldkreis machen 78,52 % der ausländischen Gesamtbevölkerung des Odenwaldkreises aus. Die drei Länder mit dem größten Anteil von ausländischen Staatsangehörigen sind Türkei, Griechenland und Rumänien. Diese bilden gemeinsam bereits knapp 50% der ausländischen Bevölkerung im Kreisgebiet. An dieser Stelle ist zu beachten, dass diese Zahlen die Einwanderung von Geflüchteten aus der Ukraine noch nicht miteinschließen, denn die Daten stammen aus dem Jahr 2021 und somit vor dem Kriegsausbruch am 24.02.2022.

2.1.3.2. Ausländische Bevölkerung nach Geschlecht

Kreise		männlich	weiblich	Insgesamt
06437	Odenwaldkreis	7465	7155	14620
		51,06 %	48,94 %	100,00 %

Was das Geschlecht angeht, ist die Mehrheit der ausländischen Staatsangehörigen männlich, wobei der Frauenanteil bei knapp 49% liegt. Die vorhandenen Datensätze haben bisher das Geschlecht „divers“ noch nicht erfasst.

2.1.4. Verteilung nach Gemeinden – 2020

Gebiet	Insgesamt	Deutsche	%	Nichtdeutsche	%
Breuberg	7 496	5 708	76,15 %	1 788	23,85 %
Höchst i. Odw.	10 209	7 865	77,04 %	2 344	22,96 %
Erbach, Kreisstadt	13 813	11 412	82,62 %	2 401	17,38 %
Bad König	9 835	8 329	84,69 %	1 506	15,31 %
Michelstadt	15 970	13 818	86,52 %	2 152	13,48 %
Reichelsheim (Odenwald)	8 471	7 509	88,64 %	962	11,36 %
Oberzent	10 153	9 012	88,76 %	1 141	11,24 %
Lützelbach	6 834	6 099	89,24 %	735	10,76 %
Mossautal	2 429	2 238	92,14 %	191	7,86 %
Brensbach	4 963	4 604	92,77 %	359	7,23 %
Brombachtal	3 467	3 218	92,82 %	249	7,18 %
Fränkisch-Crumbach	3 114	2 981	95,73 %	133	4,27 %
Odenwaldkreis	96 754	82 793	85,57 %	13 961	14,43 %

(Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt „Die Bevölkerung in Hessen am 31.12.2020 nach Alter, Geschlecht und Staatsangehörigkeit (bis zur Gemeindeebene)“)

Die obigen Daten wurden nach ihrem prozentual höchsten Anteil von Nichtdeutschen an der Gesamtbevölkerung in der jeweiligen Gemeinde geordnet. Zum Vergleich: Hessen hat einen Anteil nichtdeutscher Staatsangehörigen von 16,86 %¹⁰, und Deutschland von 12,96 %¹¹.

Der Odenwaldkreis liegt mit einem ausländischen Anteil von 14,43 % – bzw. 15,11 %, je nach Datensatz – über dem deutschen, jedoch unter dem hessischen Durchschnitt. Allerdings haben drei Städte eine überdurchschnittliche ausländische Bevölkerung im Landesvergleich: Breuberg, Erbach und Höchst. Im Bundesvergleich liegen noch Bad König und Michelstadt über dem Mittelwert.

¹⁰ (Quelle: Die Bevölkerung in Hessen am 31.12.2020 nach Alter, Geschlecht und Staatsangehörigkeit (bis zur Gemeindeebene))

¹¹ (Quelle [Bevölkerung nach Nationalität und Geschlecht - Statistisches Bundesamt \(destatis.de\)](https://www.destatis.de) Stand: 4. Januar 2022)

2.1.4.1. Altersstruktur der ausländischen Bevölkerung im Vergleich zur Gesamtbevölkerung

Was die Altersstruktur der Bevölkerung betrifft, sind ausländische Einwohner*innen Deutschlands durchschnittlich jünger als die deutsche Bevölkerung, was in der Regel zur Entgegenwirkung des demografischen Wandels beiträgt.

Bundesland	Durchschnittliches Alter		Gesamtbevölkerung	Nichtdeutschen-Anteil an der Gesamtbevölkerung (2020)
	männlich	weiblich		
Baden-Württemberg	39,1	40,0	43,8	16,1 %
Bayern	38,0	38,7	44,0	13,7 %
Berlin	38,7	39,0	42,7	19,6 %
Brandenburg	33,2	33,3	47,2	5,2 %
Bremen	35,3	36,5	43,7	19,0 %
Hamburg	38,9	39,8	42,1	16,8 %
Hessen	38,3	39,2	44,0	16,9 %
Mecklenburg-Vorpommern	33,4	33,1	47,4	4,8 %
Niedersachsen	36,0	36,6	44,8	9,9 %
Nordrhein-Westfalen	38,0	38,8	44,2	13,8 %
Rheinland-Pfalz	37,2	38,0	45,0	11,8 %
Saarland	37,8	38,5	46,5	11,8 %
Sachsen	33,5	32,9	46,9	5,3 %
Sachsen-Anhalt	31,7	30,5	48,1	5,3 %
Schleswig-Holstein	35,7	37,0	45,6	8,6 %
Thüringen	31,8	31,6	47,5	5,4 %

Quelle: Statistisches Bundesamt 12521-0030, Statista¹² und BPP¹³

Das Durchschnittsalter der Bevölkerung in Hessen gehört altersbezogen bei einem Alter von 44 Jahren zu den jüngeren Bundesländern. In der Mitte liegen Niedersachsen mit 44,8 und Rheinland-Pfalz mit 45 Jahren. Trotz der sehr jungen nichtdeutschen Bevölkerung haben die neuen Bundesländern die ältesten Bevölkerungen Deutschlands mit einem Durchschnittsalter von 46,9 (Sachsen) bis 48,1 (Sachsen-Anhalt). Die Länder mit einem großen Migrationsanteil wie Hamburg (42,1), Berlin (42,7), Bremen (43,7) und Baden-Württemberg (43,8) sind die „jüngsten“. Eine Ausnahme ist Hessen, welches an fünfter Stelle steht, anstatt an dritter Stelle, was im Grunde Hessens Anteil an ausländischen Einwohner*innen entsprechen würde.

Wäre der Odenwald ein Bundesland, würde der Landkreis vor dem Saarland und somit den vorletzten Rang der ehemaligen Westbundesländer im Altersschnitt belegen und damit eher dem Profil der neuen Bundesländer entsprechen. Was den Anteil der ausländischen Staatsangehörigen angeht, stünde der

¹² <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1093993/umfrage/durchschnittsalter-der-bevoelkerung-in-deutschland-nach-bundeslaendern/>

¹³ <https://www.bpp.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61625/auslaendische-bevoelkerung-nach-bundeslaendern/>

Kreis aber mit seinen über 15 Prozent vor Nordrhein-Westfalen und somit auf Platz 6 der Bundesländer aufgrund seines größeren Anteils ausländischer Staatsangehörigen. Dies weist darauf hin, dass die ausländische Bevölkerung des Kreises nicht so jung ist. Dies könnte daran liegen, dass der Odenwaldkreis wenige Auszubildende oder Studierenden anzieht.

Durchschnittsalter – Odenwaldkreis				
Gebiet	Insgesamt	Deutsche	Nichtdeutsche	Differenz
Odenwaldkreis	45,7	46,8	39,1	-7,7
Bad König	46,9	48,6	37,4	-11,1
Brensbach	46,7	47,2	40,4	-6,7
Breuberg	43,0	44,3	38,9	-5,4
Brombachtal	47,1	47,4	43,1	-4,3
Erbach	45,4	46,6	39,7	-6,9
Fränkisch-Crumbach	48,2	48,6	40,9	-7,6
Höchst i. Odw.	43,9	45,8	37,8	-8,0
Lützelbach	44,3	45,1	38,5	-6,6
Michelstadt	45,2	46,0	39,6	-6,5
Mossautal	48,6	49,0	43,0	-6,1
Reichelsheim (Odenwald)	46,3	47,0	40,9	-6,1
Oberzent	47,4	48,5	39,0	-9,5

Um die Altersstruktur besser zu begreifen, müssen die Jahre in Altersgruppen klassiert werden. Die Definition dieser Kategorien zur Darstellung der Altersstruktur ist stets schwierig. Je nach Fragestellung taugt eine bestimmte Gliederung besser als andere. Beim vorherigen Monitor gab es keine Gliederung für die unter 18-Jährigen für das Jahr 2011. Das erschwert das Verständnis zur Lage der Bevölkerungsgruppen im Schulalter. Die Angaben für das Jahr 2015 wurden daher folgendermaßen angepasst: unter 6, 6 bis 15, 15 bis 45, 45 bis 65 und über 65 Jahre. Diese Struktur ist nach wie vor nicht optimal, weil sie den Anfang des Arbeitslebens verfehlt, indem 15-Jährige und 45-Jährige in der gleichen Kategorie stehen. Des Weiteren könnte die Schulzeit mithilfe einer zusätzlichen Altersgruppe genauer abgebildet werden. Zum Schluss soll auch das Renteneintrittsalter korrigiert, da es mittlerweile bei 67 Jahren liegt.

Um eine Klassierung zu verwenden, welche möglichst viele Gebräuche zulässt, wurden die Altersgruppen wie folgt gegliedert: Vor der Schulpflicht (unter 6); Grundschule (6 bis 10); mittlerer Schulabschluss/Sekundarstufe I (10 bis 15); Sekundarstufe II und Studium/Ausbildung (15 bis 25); frühes Arbeitsleben (25 bis 45); spätes Arbeitsleben (45 bis 67); und Rentenalter (über 67). Obwohl die Statistiken immer noch überwiegend das Alter 65 benutzen, wird in Erwartung, dass die Gliederung in der Zukunft nicht mehr angepasst werden muss und somit besser vergleichbar wird, für diesen Monitor das Alter 67 angewendet. Die Hervorhebungen für die definierten Altersgruppen sollen somit ermöglichen, integrative und teilhabeorientierte Maßnahmen entsprechend darauf auszurichten.

Gebiet	Insgesamt	Deutsche	%	Nichtdeutsche	%
Odenwaldkreis	96754	82793	85,57 %	13961	14,43 %
unter 6	5146	4400	85,50 %	746	14,50 %
6 bis 10	3299	2841	86,12 %	458	13,88 %
10 bis 15	4188	3645	87,03 %	543	12,97 %
15 bis 25	9506	8004	84,20 %	1502	15,80 %
25 bis 45	21414	16290	76,07 %	5124	23,93 %
45 bis 67	32465	28158	86,73 %	4307	13,27 %
über 67	20736	19455	93,82 %	1281	6,18 %

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt

Im gesamten Odenwaldkreis entspricht die ausländische Bevölkerung nach dem Hessischen Statistischen Landesamt 14,43 % der Gesamtbevölkerung. Dieser Anteil bleibt in den meisten Altersgruppen stabil. Ausnahme sind die Gruppe **im jungen erwerbstätigen Alter (25-45 Jahre)**, wo Nichtdeutsche überdurchschnittlich sind, und das Rentenalter, wo ihr Anteil deutlich unter dem Durchschnitt liegt. Bei den Jungen im **Ausbildungsalter (15-25 Jahre)** steht der Anteil nichtdeutscher Staatsangehörigen leicht über dem Durchschnitt. Bei der zweiten Hälfte des erwerbsfähigen Alters liegen sie leicht unterdurchschnittlich. Bei der Bevölkerung **über 67 Jahre** ist der Anteil der ausländischen Staatsangehörigen ebenfalls viel geringer als der Durchschnitt.

In keiner Gemeinde gibt es eine überdurchschnittlich hohe ausländische Bevölkerung **über 67**. **Unter 6-Jährige** stehen nur in Oberzent (leicht) über dem kommunalen Durchschnitt. Eine höhere Konzentration von **6- bis-10-jährigen** Nichtdeutschen weisen Bad König, Fränkisch-Crumbach, Höchst und die Oberzent auf. Bei **10- bis-15-Jährigen** hat nur Bad König einen größeren Anteil an ausländischen Staatsangehörigen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung der Gemeinde. Mossautal ist die einzige Gemeinde mit größerer Konzentration von Migrant*innen unter den **45- bis-67-Jährigen**.

Unten folgen die Daten der jeweiligen Gemeinden. Die überdurchschnittlich präsenten Altersgruppen wurden markiert, wenn sie über 1 Prozentpunkt vom lokalen Mittelwert abweichen.

Schlüsse bei der Analyse der Staatsangehörigkeit von Kindern müssen vorsichtig gefasst werden, weil in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern nach dem Geburtsortprinzip (*ius soli*), die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten *können*. „Dazu muss mindestens ein Elternteil *seit mindestens acht Jahren* rechtmäßig seinen gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland haben und zum Zeitpunkt der Geburt ein *unbefristetes Aufenthaltsrecht* besitzen. Das heißt, dass diese Kinder mit ihrer Geburt in Deutschland neben der Staatsangehörigkeit ihrer Eltern die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben“¹⁴.

¹⁴ [BMI - Optionspflicht - Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Geburt in Deutschland \(bund.de\)](http://bmi.bund.de)

Gebiet	Insgesamt	Deutsche	%	Nichtdeutsche	%
Bad König	9835	8329	84,69 %	1506	15,31 %
unter 6	516	434	84,11 %	82	15,89 %
6 bis 10	353	287	81,30 %	66	18,70 %
10 bis 15	441	366	82,99 %	75	17,01 %
15 bis 25	905	741	81,88 %	164	18,12 %
25 bis 45	2118	1547	73,04 %	571	26,96 %
45 bis 67	3046	2626	86,21 %	420	13,79 %
über 67	2456	2328	94,79 %	128	5,21 %
Brensbach	4963	4604	92,77 %	359	7,23 %
unter 6	225	211	93,78 %	14	6,22 %
6 bis 10	148	139	93,92 %	9	6,08 %
10 bis 15	198	187	94,44 %	11	5,56 %
15 bis 25	456	418	91,67 %	38	8,33 %
25 bis 45	1107	968	87,44 %	139	12,56 %
45 bis 67	1747	1634	93,53 %	113	6,47 %
über 67	1082	1047	96,77 %	35	3,23 %
Breuberg	7496	5708	76,15 %	1788	23,85 %
unter 6	497	388	78,07 %	109	21,93 %
6 bis 10	310	253	81,61 %	57	18,39 %
10 bis 15	367	295	80,38 %	72	19,62 %
15 bis 25	806	604	74,94 %	202	25,06 %
25 bis 45	1774	1132	63,81 %	642	36,19 %
45 bis 67	2301	1779	77,31 %	522	22,69 %
über 67	1441	1257	87,23 %	184	12,77 %
Brombachtal	3467	3218	92,82 %	249	7,18 %
unter 6	148	142	95,95 %	6	4,05 %
6 bis 10	111	107	96,40 %	4	3,60 %
10 bis 15	161	153	95,03 %	8	4,97 %
15 bis 25	330	299	90,61 %	31	9,39 %
25 bis 45	700	619	88,43 %	81	11,57 %
45 bis 67	1233	1146	92,94 %	87	7,06 %
über 67	776	744	95,88 %	32	4,12 %
Erbach	13813	11412	82,62 %	2401	17,38 %
unter 6	732	605	82,65 %	127	17,35 %
6 bis 10	436	372	85,32 %	64	14,68 %
10 bis 15	635	565	88,98 %	70	11,02 %
15 bis 25	1441	1171	81,26 %	270	18,74 %
25 bis 45	3098	2204	71,14 %	894	28,86 %
45 bis 67	4529	3774	83,33 %	755	16,67 %
über 67	2942	2721	92,49 %	221	7,51 %

Fränkisch-Crumbach	3114	2981	95,73 %	133	4,27 %
unter 6	137	132	96,35 %	5	3,65 %
6 bis 10	95	89	93,68 %	6	6,32 %
10 bis 15	105	102	97,14 %	3	2,86 %
15 bis 25	271	263	97,05 %	8	2,95 %
25 bis 45	603	552	91,54 %	51	8,46 %
45 bis 67	1149	1101	95,82 %	48	4,18 %
über 67	754	742	98,41 %	12	1,59 %
Höchst i. Odw.	10209	7865	77,04 %	2344	22,96 %
unter 6	609	476	78,16 %	133	21,84 %
6 bis 10	360	271	75,28 %	89	24,72 %
10 bis 15	471	372	78,98 %	99	21,02 %
15 bis 25	1109	827	74,57 %	282	25,43 %
25 bis 45	2344	1490	63,57 %	854	36,43 %
45 bis 67	3365	2670	79,35 %	695	20,65 %
über 67	1951	1759	90,16 %	192	9,84 %
Lützelbach	6834	6099	89,24 %	735	10,76 %
unter 6	403	356	88,34 %	47	11,66 %
6 bis 10	265	245	92,45 %	20	7,55 %
10 bis 15	313	288	92,01 %	25	7,99 %
15 bis 25	652	578	88,65 %	74	11,35 %
25 bis 45	1609	1319	81,98 %	290	18,02 %
45 bis 67	2282	2064	90,45 %	218	9,55 %
über 67	1310	1249	95,34 %	61	4,66 %
Michelstadt	15970	13818	86,52 %	2152	13,48 %
unter 6	826	725	87,77 %	101	12,23 %
6 bis 10	572	506	88,46 %	66	11,54 %
10 bis 15	734	635	86,51 %	99	13,49 %
15 bis 25	1653	1441	87,17 %	212	12,83 %
25 bis 45	3601	2809	78,01 %	792	21,99 %
45 bis 67	5240	4546	86,76 %	694	13,24 %
über 67	3344	3156	94,38 %	188	5,62 %
Mossautal	2429	2238	92,14 %	191	7,86 %
unter 6	116	111	95,69 %	5	4,31 %
6 bis 10	75	71	94,67 %	4	5,33 %
10 bis 15	71	67	94,37 %	4	5,63 %
15 bis 25	187	167	89,30 %	20	10,70 %
25 bis 45	496	442	89,11 %	54	10,89 %
45 bis 67	926	839	90,60 %	87	9,40 %
über 67	558	541	96,95 %	17	3,05 %

Reichelsheim (Odenwald)	8471	7509	88,64 %	962	11,36 %
unter 6	423	371	87,71 %	52	12,29 %
6 bis 10	293	266	90,78 %	27	9,22 %
10 bis 15	329	290	88,15 %	39	11,85 %
15 bis 25	771	694	90,01 %	77	9,99 %
25 bis 45	1855	1510	81,40 %	345	18,60 %
45 bis 67	3003	2688	89,51 %	315	10,49 %
über 67	1797	1690	94,05 %	107	5,95 %
Oberzent	10153	9012	88,76 %	1141	11,24 %
unter 6	514	449	87,35 %	65	12,65 %
6 bis 10	273	227	83,15 %	46	16,85 %
10 bis 15	363	325	89,53 %	38	10,47 %
15 bis 25	925	801	86,59 %	124	13,41 %
25 bis 45	2109	1698	80,51 %	411	19,49 %
45 bis 67	3644	3291	90,31 %	353	9,69 %
über 67	2325	2221	95,53 %	104	4,47 %

2.1.4.2. Altersverteilung: Deutsche und Nichtdeutsche im Vergleich

Gebiet	Deutsche	Nichtdeutsche
Odenwaldkreis	100 %	100 %
unter 6	5,31 %	5,34 %
6 bis 10	3,43 %	3,28 %
10 bis 15	4,40 %	3,89 %
15 bis 25	9,67 %	10,76 %
25 bis 45	19,68 %	36,70 %
45 bis 67	34,01 %	30,85 %
über 67	23,50 %	9,18 %

Die Altersstruktur im Landkreis ist bei beiden Bevölkerungsgruppen stabil geblieben. 2015 waren circa 9 % der Nichtdeutschen und 24 % der Deutschen über 65, wie im letzten Integrationsmonitor berichtet. Während unter den Deutschen 30 % zwischen 15 und 45 Jahren lagen, gehörten 45 % der ausländischen Staatsangehörigen derselben Altersgruppe an. 2020 sind dabei 47,5 % Nichtdeutsche und 29,35 % Deutsche.

Gebiet	Deutsche	Nichtdeutsche
Bad König	100 %	100 %
unter 6	5,21 %	5,44 %
6 bis 10	3,45 %	4,38 %
10 bis 15	4,39 %	4,98 %
15 bis 25	8,90 %	10,89 %
25 bis 45	18,57 %	37,92 %
45 bis 67	31,53 %	27,89 %
über 67	27,95 %	8,50 %

Brensbach	100 %	100 %
unter 6	4,58 %	3,90 %
6 bis 10	3,02 %	2,51 %
10 bis 15	4,06 %	3,06 %
15 bis 25	9,08 %	10,58 %
25 bis 45	21,03 %	38,72 %
45 bis 67	35,49 %	31,48 %
über 67	22,74 %	9,75 %
Breuberg	100 %	100 %
unter 6	6,80 %	6,10 %
6 bis 10	4,43 %	3,19 %
10 bis 15	5,17 %	4,03 %
15 bis 25	10,58 %	11,30 %
25 bis 45	19,83 %	35,91 %
45 bis 67	31,17 %	29,19 %
über 67	22,02 %	10,29 %
Brombachtal	100 %	100 %
unter 6	4,41 %	2,41 %
6 bis 10	3,33 %	1,61 %
10 bis 15	4,75 %	3,21 %
15 bis 25	9,29 %	12,45 %
25 bis 45	19,24 %	32,53 %
45 bis 67	35,61 %	34,94 %
über 67	23,12 %	12,85 %
Erbach	100 %	100 %
unter 6	5,30 %	5,29 %
6 bis 10	3,26 %	2,67 %
10 bis 15	4,95 %	2,92 %
15 bis 25	10,26 %	11,25 %
25 bis 45	19,31 %	37,23 %
45 bis 67	33,07 %	31,45 %
über 67	23,84 %	9,20 %
Fränkisch-Crumbach	100 %	100%
unter 6	4,43 %	3,76%
6 bis 10	2,99 %	4,51%
10 bis 15	3,42 %	2,26%
15 bis 25	8,82 %	6,02%
25 bis 45	18,52 %	38,35%
45 bis 67	36,93 %	36,09%
über 67	24,89 %	9,02%

Höchst i. Odw.	100 %	100 %
unter 6	6,05 %	5,67 %
6 bis 10	3,45 %	3,80 %
10 bis 15	4,73 %	4,22 %
15 bis 25	10,51 %	12,03 %
25 bis 45	18,94 %	36,43 %
45 bis 67	33,95 %	29,65 %
über 67	22,36 %	8,19 %
Lützelbach	100 %	100 %
unter 6	5,84 %	6,39 %
6 bis 10	4,02 %	2,72 %
10 bis 15	4,72 %	3,40 %
15 bis 25	9,48 %	10,07 %
25 bis 45	21,63 %	39,46 %
45 bis 67	33,84 %	29,66 %
über 67	20,48 %	8,30 %
Michelstadt	100 %	100 %
unter 6	5,25 %	4,69 %
6 bis 10	3,66 %	3,07 %
10 bis 15	4,60 %	4,60 %
15 bis 25	10,43 %	9,85 %
25 bis 45	20,33 %	36,80 %
45 bis 67	32,90 %	32,25 %
über 67	22,84 %	8,74 %
Mossautal	100 %	100 %
unter 6	4,96 %	2,62 %
6 bis 10	3,17 %	2,09 %
10 bis 15	2,99 %	2,09 %
15 bis 25	7,46 %	10,47 %
25 bis 45	19,75 %	28,27 %
45 bis 67	37,49 %	45,55 %
über 67	24,17 %	8,90 %
Reichelsheim (Odenwald)	100 %	100 %
unter 6	4,94 %	5,41 %
6 bis 10	3,54 %	2,81 %
10 bis 15	3,86 %	4,05 %
15 bis 25	9,24 %	8,00 %
25 bis 45	20,11 %	35,86 %
45 bis 67	35,80 %	32,74 %
über 67	22,51 %	11,12 %

Oberzent	100 %	100 %
unter 6	4,98 %	5,70 %
6 bis 10	2,52 %	4,03 %
10 bis 15	3,61 %	3,33 %
15 bis 25	8,89 %	10,87 %
25 bis 45	18,84 %	36,02 %
45 bis 67	36,52 %	30,94 %
über 67	24,64 %	9,11 %

In der Mehrheit der Gemeinden liegt die Altersgruppe mit mehr Bevölkerungskonzentration zwischen 25 und 45 Jahren unter Nichtdeutschen und zwischen 45 bis 67 Jahren unter den Deutschen. Jedoch liegt in Brombachtal und Mossautal bei beiden Gruppe die höchste Konzentration bei den 45- bis 67-Jährigen. In Mossautal übersteigen die Nichtdeutschen, entsprechend ihrer Bevölkerungsgruppe den Prozentanteil der Deutschen bei den 45- bis 67-Jährigen. Bei der Mehrheit der Gemeinden ist der Anteil der 45- bis 67-Jährigen bei beiden Bevölkerungsgruppen nahezu gleich. Somit schiebt sich die Alterspyramide der Deutschen in die Richtung des späten Arbeitslebens und Rentenalters, während sich die der Nichtdeutschen sich auf dem frühen und späten Arbeitsleben konzentriert.

3. Strukturelle Dimension

„Unter der strukturellen Integration ist die Beteiligung von Personen mit Migrationshintergrund an den Kerninstitutionen der Aufnahmegesellschaft zu verstehen. Bildung und Arbeit gelten in der öffentlichen Diskussion als Schlüssel zur Integration.“ (HMSI 2020: 75)

3.1. Rechtliche Integration

Der Abschnitt zur rechtlichen Integration ist eine Novellierung im Vergleich zu den alten Integrationsmonitoren des Odenwaldkreises. Diese Erhebung stellt jedoch keine Innovation dar, sondern geschieht in Anlehnung an den Integrationsmonitor der Landeshauptstadt Wiesbaden.

Hiermit sollen die verschiedensten rechtlichen Situationen der ausländischen Bevölkerung im Odenwaldkreis beleuchtet werden. Unter anderem wird versucht zu erfassen, wie sich bestimmte Aufenthaltsstatus entwickelt haben, von der Freizügigkeit der EU-Bürger*innen über die befristeten und unbefristeten Aufenthaltserlaubnisse bis hin zu Duldungen. Die rechtliche Integration beinhaltet auch das Erfüllen der Voraussetzungen für eine Einbürgerung, denn nur dadurch werden volle Rechte erlangen. Ein Zeichen hierfür ist das aktive und passive Wahlrecht auf allen Ebenen. An der Stelle ist zu beachten, dass die Erfüllung aller gesetzlichen Voraussetzungen nicht ohne Weiteres in einen Einbürgerungswillen münden. Eine besondere Hürde stellt die Ablehnung einer mehrfachen Staatsangehörigkeit dar, sei es durch das deutsche Recht oder das Recht des Herkunftslandes.

3.1.1. Aufenthaltstitel

Auf Genesis-Destatis sind 195 verschiedene Aufenthaltstitel kategorisiert (12521-0042). Das zeigt, wie kompliziert es ist, alle aufenthaltsrechtlichen Konstellationen zu begreifen und zu erfassen, insbesondere für Neuzugewanderte. Die Kategorien basieren auf verschiedenen gesetzlichen Grundlagen: Asylgesetz (AsylG), Aufenthaltsgesetz (AufenthG) sowie Ausländergesetz (AuslG). In diesem Monitor wird deswegen mit der Tabelle einiger ausgewählten Aufenthaltstitel gearbeitet (12521-0043), welche immer noch 13 Ausprägungen abbilden.

Ausgewählte Aufenthaltstitel - 15521-0043

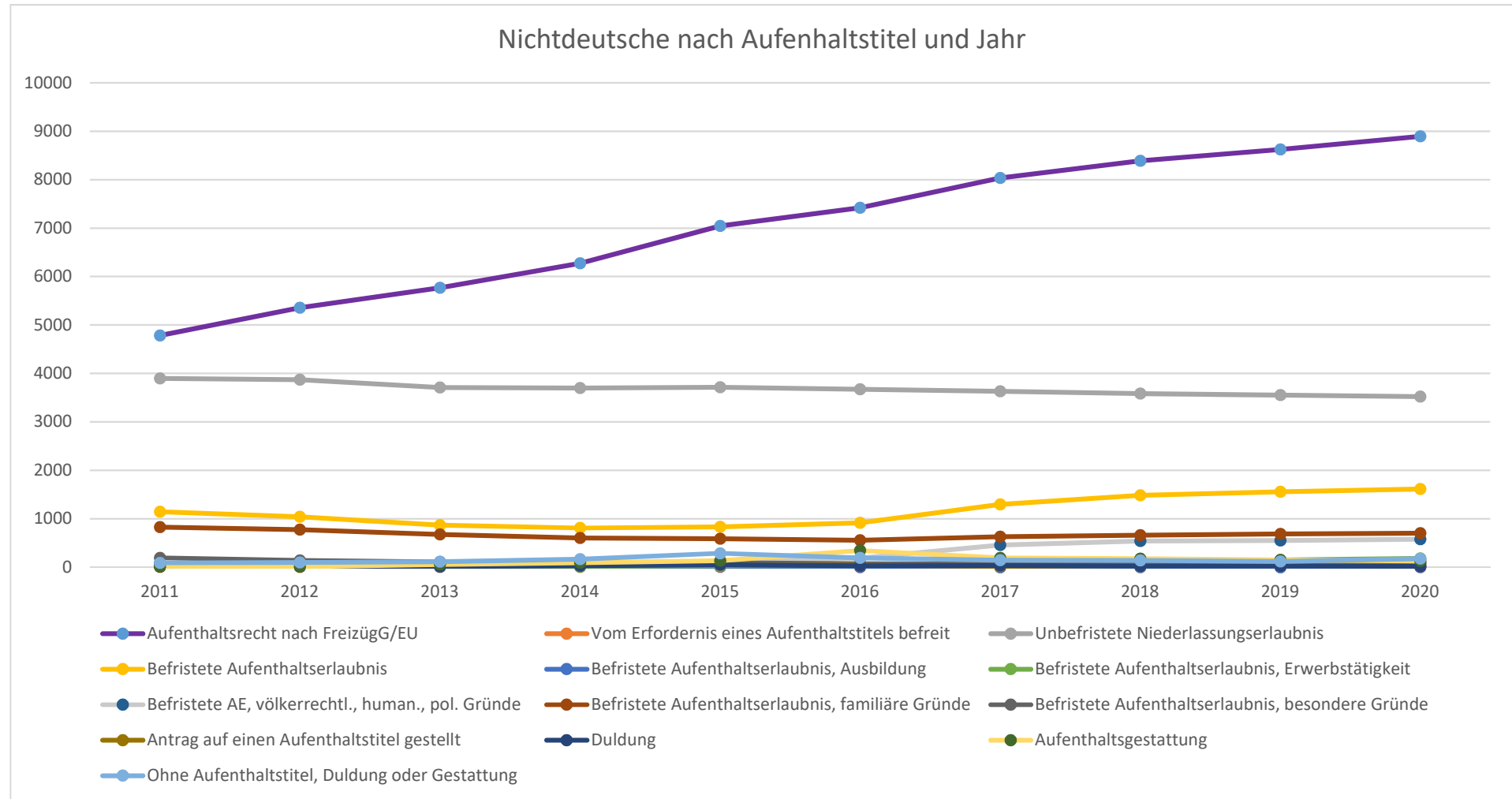
Jahr	Aufenthaltsrecht nach FreizügG/EU		Vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreit		Unbefristete Niederlassungserlaubnis		Befristete Aufenthaltserlaubnis		Befristete Aufenthaltserlaubnis, Ausbildung		Befristete Aufenthaltserlaubnis, Erwerbstätigkeit		Befristete AE, völkerrechtl., human., pol. Gründe		Befristete Aufenthaltserlaubnis, familiäre Gründe		Befristete Aufenthaltserlaubnis, besondere Gründe		Antrag auf einen Aufenthaltstitel gestellt		Duldung		Aufenthaltsgestattung		Ohne Aufenthaltstitel, Duldung oder Gestattung	
	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w
2020	4620	4275	0	0	1695	1825	810	805	5	0	110	70	345	230	260	440	45	25	50	40	10	10	100	30	85	90
2019	4535	4090	0	0	1725	1830	795	760	0	0	100	50	355	195	245	440	45	30	30	40	15	10	110	40	65	55
2018	4450	3940	0	0	1735	1850	755	730	5	0	60	40	345	195	245	415	45	35	20	15	10	15	130	45	70	70
2017	4245	3790	0	0	1765	1865	620	675	0	0	55	30	300	155	225	405	25	40	10	10	20	15	135	55	75	70
2016	3870	3550	0	0	1795	1880	405	510	5	0	20	15	130	55	185	370	35	35	30	10	20	10	245	100	110	80
2015	3736	3307	4	2	1821	1891	361	471	8	8	22	9	58	47	226	361	47	46	25	26	39	11	94	41	182	105
2014	3219	3056	3	2	1815	1885	344	465	8	8	11	5	38	38	240	365	47	49	28	24	22	7	60	32	78	86
2013	2960	2806	3	2	1823	1888	356	513	8	3	10	8	27	31	265	410	46	61	23	28	11	4	39	17	55	57
2012	2845	2509	3	2	1894	1975	433	606	7	6	19	3	46	41	297	480	64	76	19	15	10	4	7	0	52	46
2011	2500	2282	4	2	1906	1992	499	648	6	6	15	14	44	41	334	494	100	93	15	16	12	5	8	0	49	40

Bei den Daten zu Aufenthaltstiteln lässt sich feststellen, dass die Aufenthaltserlaubnisse aus politischen Gründen ab 2016 und zwecks der Erwerbstätigkeit ab 2019 deutlich stiegen. Die Aufenthalte im Rahmen der Freizügigkeit-EU stieg hingegen konstant an. Rückläufig sind die unbefristeten Aufenthaltserlaubnisse und die befristeten Aufenthaltserlaubnisse nach familiären Gründen. Bemerkenswert ist ebenso, dass insbesondere Frauen von dieser letzten Kategorie Gebrauch machen.

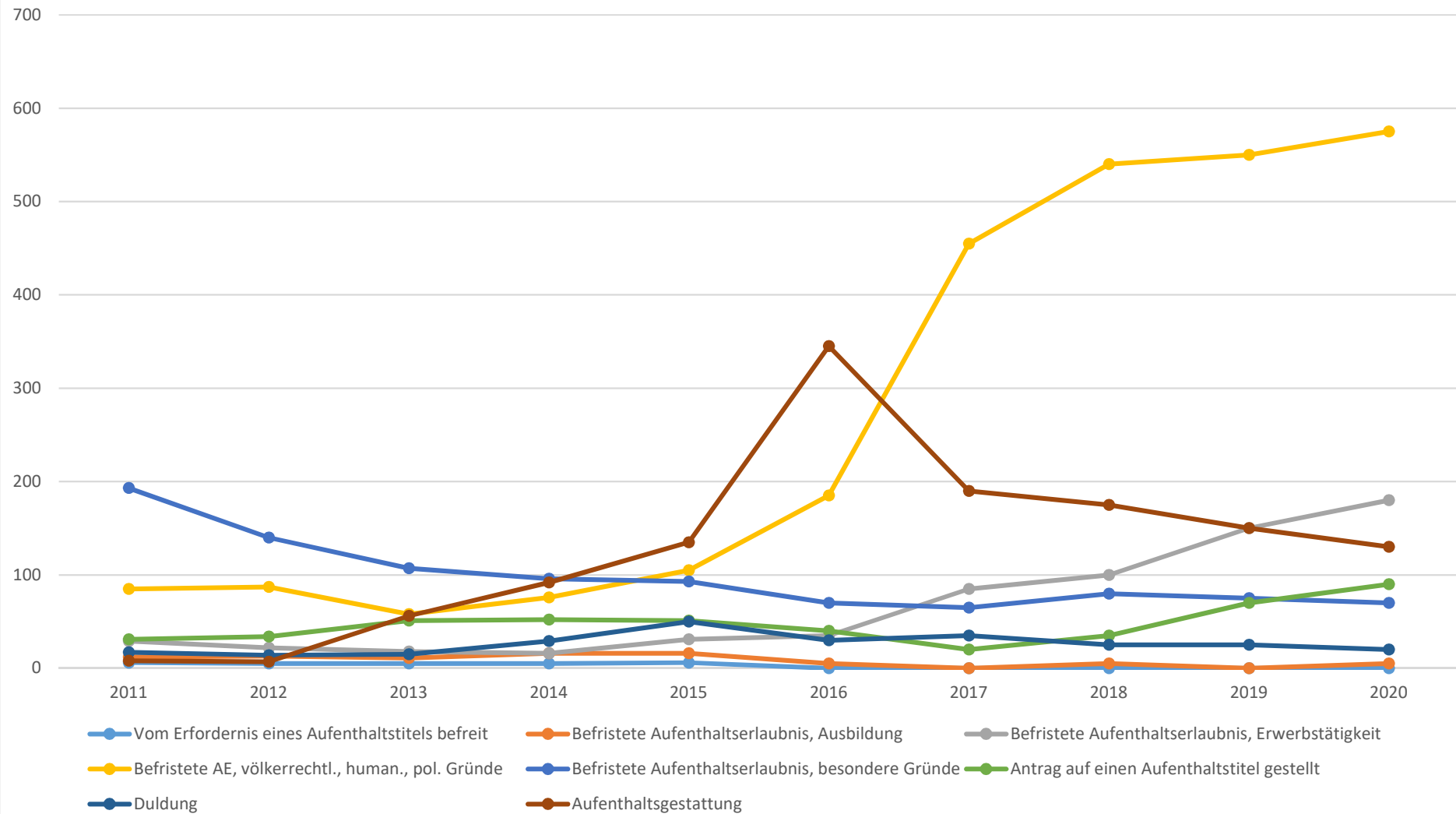
Die Attraktivität des Kreises für ausländische Auszubildende ist gering. Die befristete Aufenthaltserlaubnis zum Zwecke einer Ausbildung hat ihren Höhepunkt in den Jahren 2014 und 2015 mit der Aushändigung von 16 Aufenthaltserlaubnissen erreicht. Seit 2016 sind im Abstand von 2 Jahren fünf Aufenthaltserlaubnisse zu diesem Zweck erteilt worden, wobei ausschließlich männliche Auszubildende sich für eine entsprechende Aufenthaltserlaubnis interessiert haben.

Die zwei Hauptarten von Aufenthaltstiteln sind im Rahmen des „Aufenthaltsrechts nach der Freizügigkeit-EU“ gefolgt von den „unbefristeten Aufenthaltserlaubnissen“. Anschließend kommen befristete Aufenthaltserlaubnisse, die nicht an einem spezifischen Grund gebunden sind, gefolgt von den Aufenthaltstiteln nach familiären Gründen.

Unten sind alle obigen Aufenthaltstitel in einer Trendgrafik dargestellt. Darauf folgt eine Grafik ohne die vier Hauptaufenthaltsgründe, damit der Trend der anderen ebenso sichtbar wird. Hier lässt sich der Anstieg der befristeten Aufenthaltstitel zwecks der Erwerbstätigkeit ab 2017 und nach humanitären Gründen ab 2016 darstellen. Die Aufenthaltsgestattungen sinken nach 2016 ab.



Nichtdeutsche nach Aufenthaltstitel und Jahr
(4 Hauptaufenthaltstitelarten ausgenommen)



3.1.2 Einbürgerungsanspruch

Unter diese Kategorie fallen diejenigen, die mindestens 16 Jahre alt sind, seit acht Jahren den Wohnsitz rechtmäßig in Deutschland haben und einen unbefristeten Aufenthaltstitel bzw. eine Freizügigkeitsberechtigung haben. In Anlehnung an den Integrationsmonitor der Landeshauptstadt Wiesbaden wurde diesbezüglich die Ausländerbehörde nach den Daten zum Einbürgerungsanspruch gefragt. Leider verfügt sie nicht über diese Informationen. Der zweite Versuch, an einen entsprechenden Datensatz zu erhalten, erfolgte über das Ausländerzentralregister – AZR. Hier bestand die Schwierigkeit darin, die durchschnittliche Aufenthaltsdauer zu errechnen. Daneben werden dort die Daten lediglich auf Kreisebene gesammelt und nicht auf die kommunale Ebene heruntergebrochen dargestellt. Bis zur Fertigstellung dieses Monitors stand die Antwort des AZR noch aus. Aus diesem Grund konnte die Darstellung der aktuellen Situation zum Einbürgerungsanspruch nicht im Monitor aufgenommen werden.

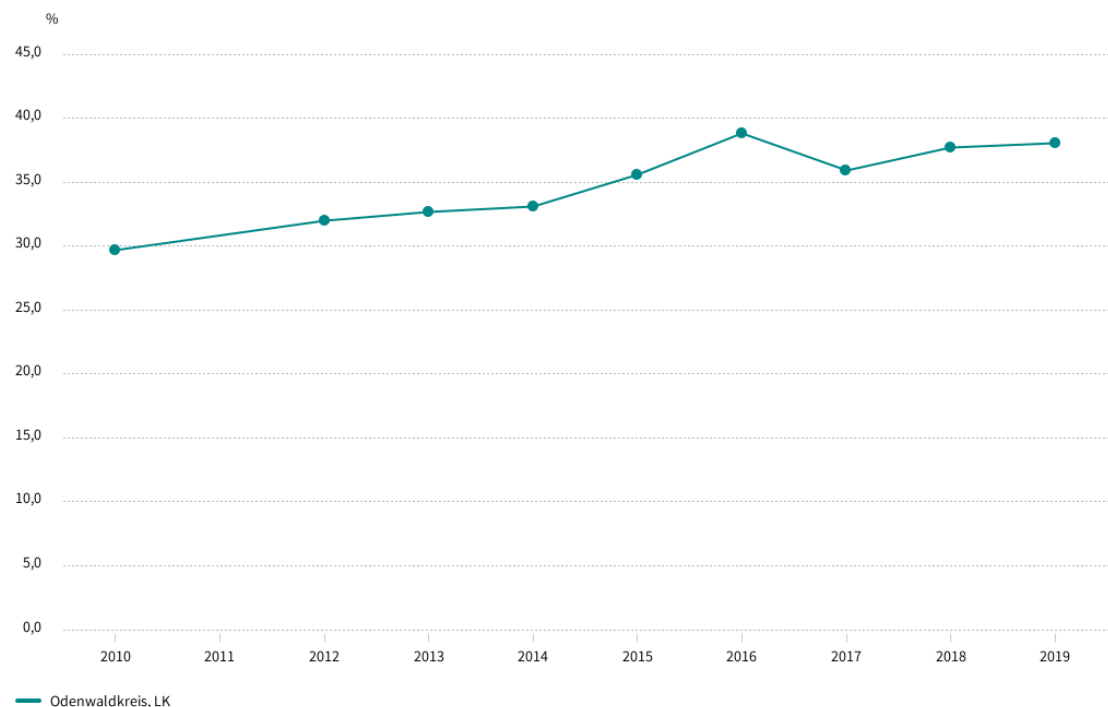
3.2. Integration im Bildungssektor

3.2.1. Kindertageseinrichtungen

Wegweiser Kommune

Kinder mit Migrationshintergrund in Tageseinrichtungen

Odenwaldkreis, Landkreis



Quelle: Statistische Ämter der Länder, ZEFIR, eigene Berechnungen

Datenlizenz Deutschland - Namensnennung - Version 2.0

| Bertelsmann Stiftung

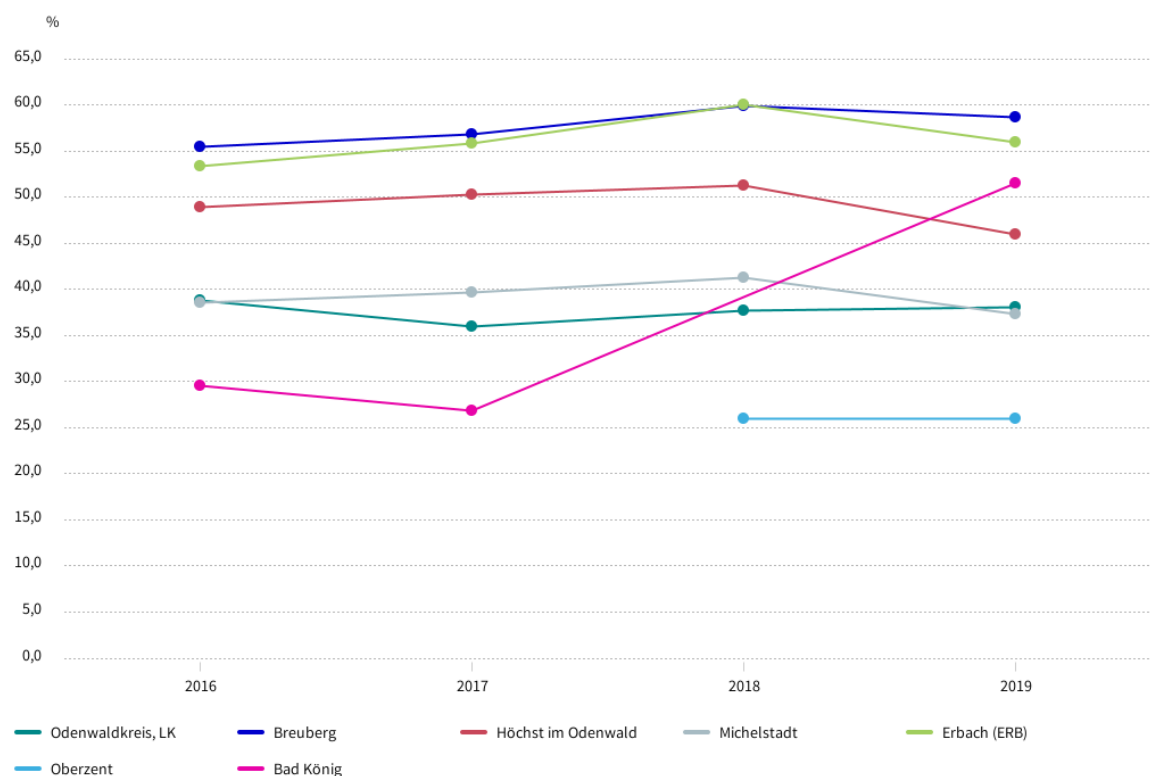
Laut der Daten des Wegweisers Kommune ist der Anteil von Menschen mit Migrationsgeschichte in Kindertageseinrichtungen im Odenwaldkreis von 29,7 % auf 38 % zwischen 2010 und 2019 gestiegen. Der Höchstwert lag 2016 bei 38,8 %.

Für einen kommunalen Vergleich wurden nur die Daten der Städte herausgesucht, die derzeit einen Ausländerbeirat bzw. eine Integrationskommission haben oder aufgrund gesetzlicher Vorgaben gründen müssen.

Wegweiser Kommune

Kinder mit Migrationshintergrund in Tageseinrichtungen

Odenwaldkreis, Landkreis, Breuberg (im Odenwaldkreis), ...



Quelle: Statistische Ämter der Länder, ZEFIR, eigene Berechnungen

Datenlizenz Deutschland - Namensnennung - Version 2.0

| Bertelsmann Stiftung

Abgesehen von der Oberzent liegen alle sechs Städte über dem Kreisdurchschnitt. Michelstadt lag nur 2019 knapp unter dem Durchschnitt. Breuberg und Erbach haben den höchsten Anteil von Menschen mit Migrationsgeschichte in Kindertageseinrichtungen. 2018 haben beide den Höchststand mit 60 % erreicht. In Bad König ist der Anteil zwischen 2017 und 2019 von 26,8 % auf 51,5 % stark gestiegen. In Höchst fand eine Verringerung des Anteils von Kindern mit Migrationsgeschichte zwischen 2018 und 2019 von 51,2 % auf 46 % statt. Für Oberzent liegen keine Daten vor dem Jahre 2018 vor, weil die Stadt am 01.01.2018 durch Zusammenschluss mehrerer Gemeinden gegründet wurde.

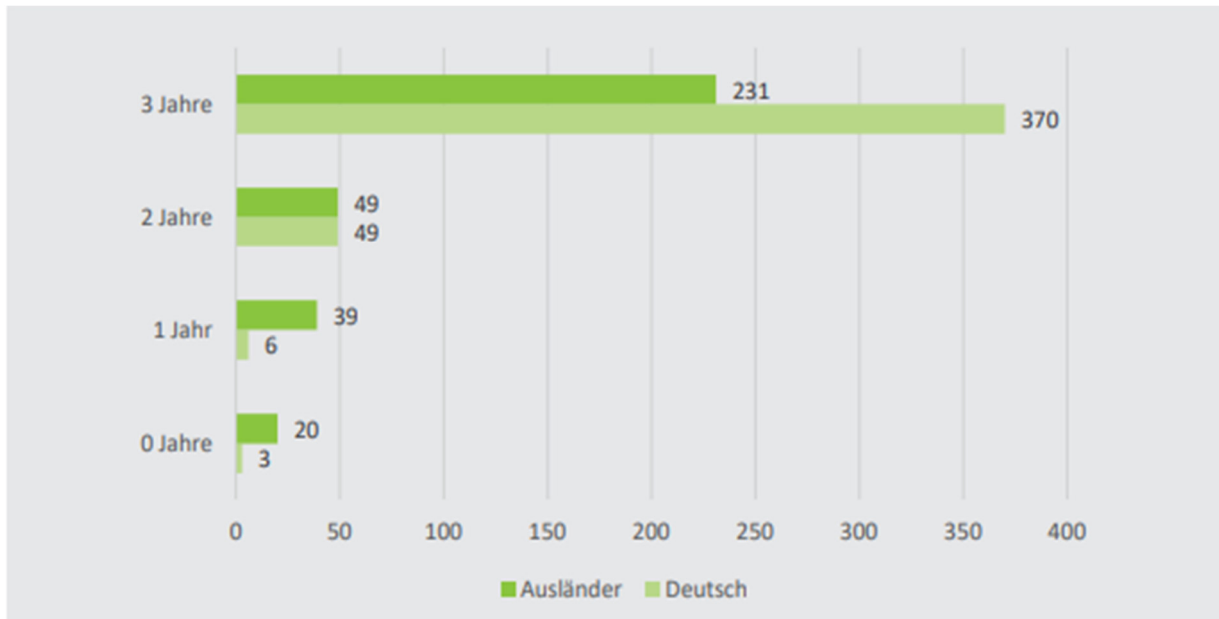


Abbildung 38: Besuchsjahre in einer Kindertageseinrichtung nach Herkunft

Quelle: Gesundheitsamt des Odenwaldkreises

Quelle: Bildungsmonitor S. 43 – Schuleingangsuntersuchung 2018-19

Die Daten zum Besuch von Kindertageseinrichtungen nach Lebensjahren zeigen, dass Kinder unter 2 Jahren überwiegend ausländisch sind, was sich ab dem 3. Lebensjahr ändert. Während bei 0 und 1 Jahr circa 85 % der Kinder eine ausländische Staatsangehörigkeit besaßen, lag der Anteil bei 50 % für Kinder im 2. Lebensjahr und 38 % im 3. Lebensjahr.

3.2.2. Kindertagespflege

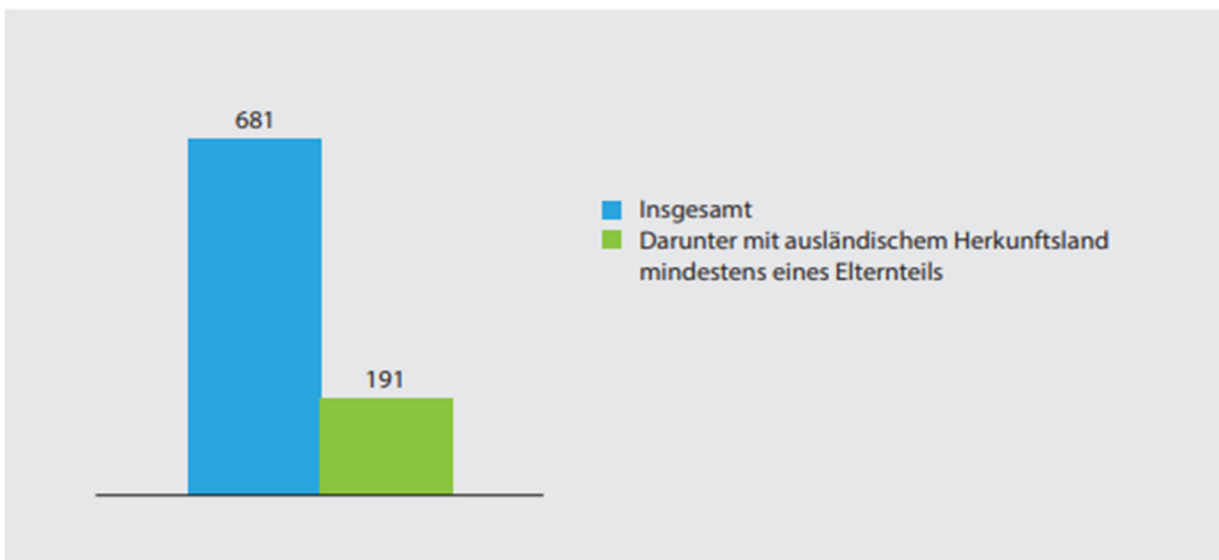


Abbildung 35: Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege

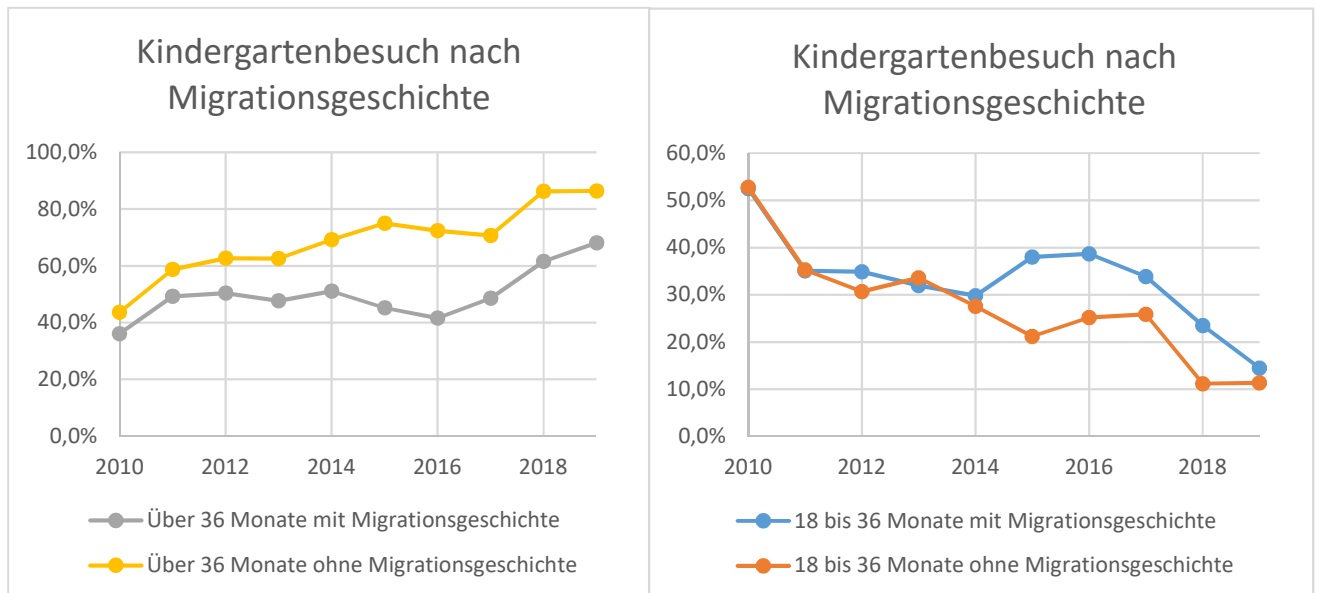
Quelle: statistische Ämter der Länder und des Bundes: kommunale Bildungsdatenbank

Bildungsmonitor S. 41-42. Daten vom März 2018

Bei der Kindertagespflege lag 2018 der Anteil von Kindern mit Migrationsgeschichte bei 28,04 %. Im letzten Monitor waren keine Daten für Kinder mit Migrationsgeschichte erfasst. Damals wurde zwischen deutschen und ausländischen Kindern unterschieden. 2016 waren 11 % der Kinder ausländische Staatsbürger*innen.

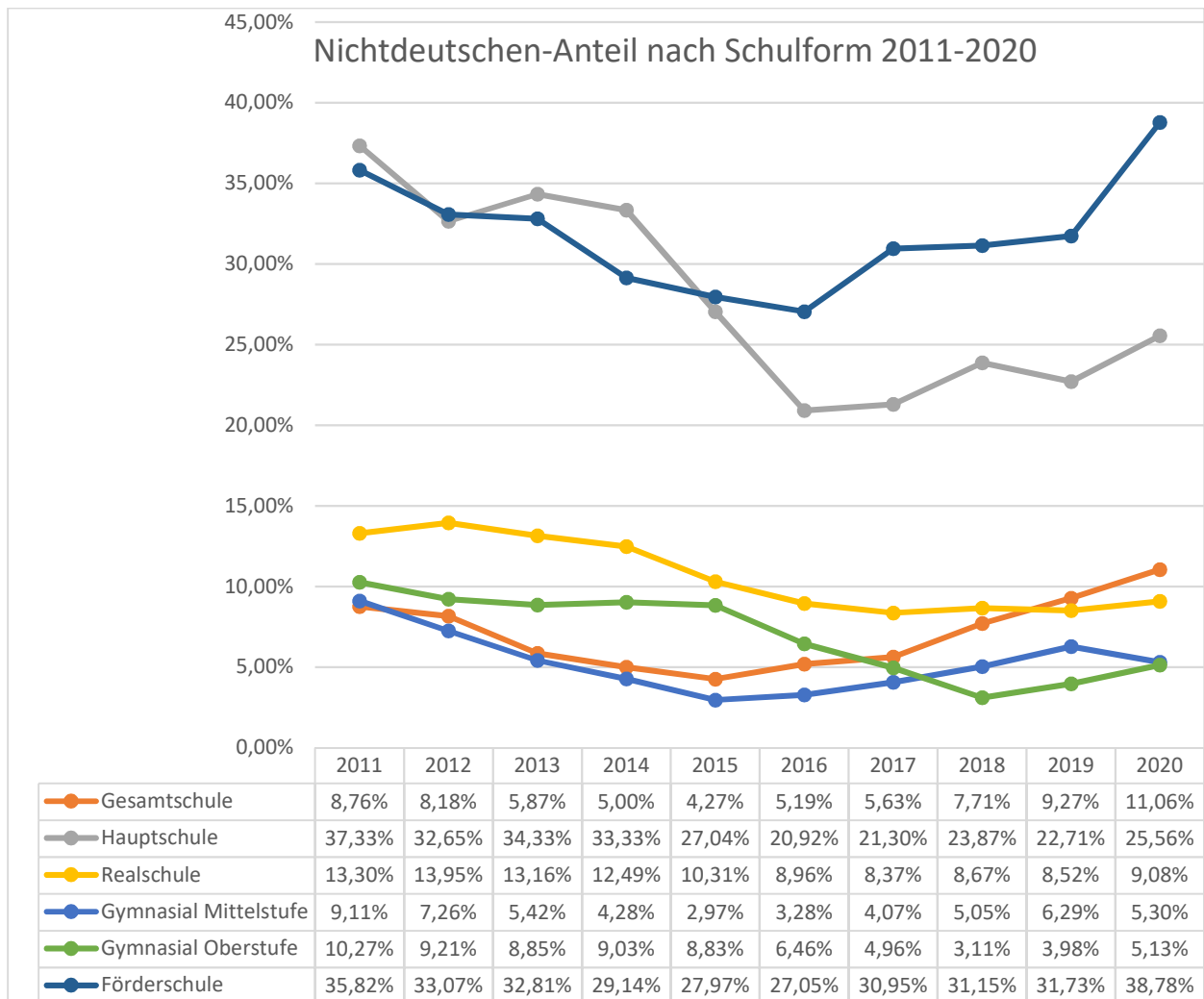
3.2.3. Kindergartenbesuch

Die Dauer des Kindertagesbesuchs von Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte unterscheiden sich voneinander. 2019 haben 86,4 % der Kinder ohne Migrationsgeschichte einen Kindergarten für mehr als 3 Jahre besucht im Gegensatz zu 68,1 % der Kinder mit Migrationsgeschichte. Für beide Bevölkerungsgruppen hat sich die Dauer des Kindertagesbesuchs verlängert, wobei ungleich. Der im Jahre 2010 bestehende Unterschied von 7,5 Prozentpunkte (PP) bei einer Dauer von über 3 Jahren hat sich 2019 auf über 18 PP vergrößert.



Quelle: HLPUG – Daten-Feedback der dokumentierten Einschulungsuntersuchungen im Jahr 2019 für den Odenwaldkreis

3.2.4. Schulformen



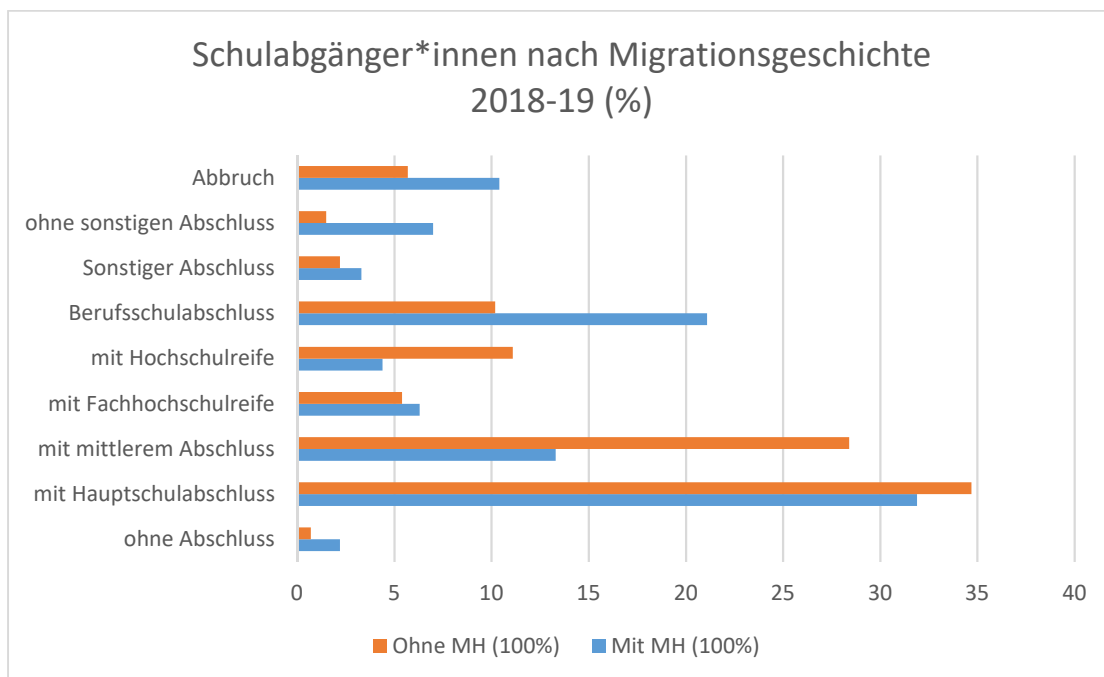
Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt - "Die allgemeinbildenden Schulen in Hessen Teil 4"

Eine genaue Analyse des Anteils ausländischer Schüler*innen setzt einen Vergleich mit dem Anteil an der Bevölkerung im entsprechenden Alter voraus. Von den Kindern zwischen dem 6. und 10. Lebensjahr im Odenwaldkreis sind 13,88 % ausländische Staatsangehörige. Zwischen dem 10. und 15. Lebensjahr sind 12,97 % und von den Jugendlichen zwischen dem 15. und 25. sind 15,80 % Nichtdeutsche (vgl. Abschnitt 2.1.4.1).

Es lässt sich feststellen, dass ausländische Kinder überrepräsentiert an der Haupt- und Förderschule und unterrepräsentiert am Gymnasium sind. An der gymnasialen Oberstufe gibt es einen Rückwärtstrend, dem ab 2018 anscheinend entgegengewirkt wird. Die langsam steigende Tendenz der Oberstufe erfährt einen Rückschritt im Jahre 2020. Die Gesamtschule wird immer mehr von ausländischen Schüler*innen besucht und hat ihren Höchststand 2020 mit 11,06 % erreicht. Bei der Realschule und dem Gymnasium lagen die Höchstwerte am Anfang der Dekade.

3.2.5. Schulabschlüsse

An den hessischen statistischen Berichten des Bereiches Bildung sind die ausländischen Absolvent*innen nicht von den Deutschen nach Art der Abschlüsse getrennt dargestellt. In Tabelle 20 des Teil 1 sind sie gesondert aufgeführt, aber nur bis zum Realschulabschluss. Bei der allgemeinen Hochschulreife sind die Daten in dem Bericht nicht vorhanden. Im Bildungsmonitor gibt es Daten zu Schulabgänger*innen nach Migrationsgeschichte für das Jahr 2018-19. Im Integrationsmonitor des Odenwaldkreises 2.0 sind die Daten nach Schulabschluss hessenweit dargestellt. Angaben für andere Schuljahre für den Odenwaldkreis konnten nicht ermittelt werden. Infolgedessen ist eine Auswertung der bisherigen Entwicklung schwierig. Die Analyse erfolgt dementsprechend punktuell zum Jahrwechsel 2018-19. Zu diesem Zeitpunkt ist deutlich festzustellen, dass die Abbruchquote bei Schüler*innen mit Migrationsgeschichte im Vergleich zu den Schulkindern ohne Migrationsgeschichte viel höher ist. Der Anteil der Schüler*innen mit Migrationsgeschichte an Berufsabschlüssen ist ebenso signifikant höher. Ihr Anteil bei den Absolvent*innen des mittleren Abschlusses oder der Hochschulreife hingegen ist vergleichsweise wesentlich niedriger. Bei der Fachhochschulreife und dem Hauptschulabschluss ist der Unterschied zwischen den beiden Gruppen dagegen relativ gering.



Quelle: Bildungsmonitor 2022, Abbildung 59

In Bezug auf den Abstand zwischen beiden Bevölkerungsgruppen entlang der letzten Jahre lässt sich feststellen, dass der Unterschied beim Hauptschulabschluss geringer geworden ist. Das heißt, dass ähnlich viele Kinder mit und ohne deutsche Staatsangehörigkeit den Hauptschulabschluss erwerben

(siehe linke Darstellung in der unten angeführten Grafik). Beim Abitur ist der Abstand zwischen deutschen und nichtdeutschen Schüler*innen erstmal geringer geworden. Er vergrößert sich allerdings im Schuljahr 2018-19 erneut (siehe rechte Darstellung in der unten angeführten Grafik).

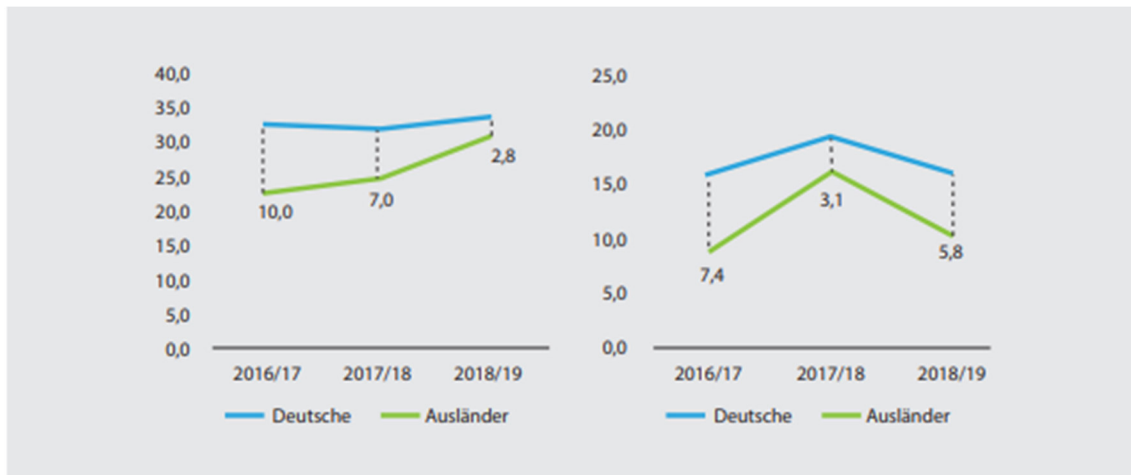


Abbildung 62: Gegenüberstellung der Hauptschulabschluss und Abiturquoten in den Schuljahren 2016/17 bis 2018/19 nach Herkunft

Quelle: Bildungsmonitor 2022, Abbild 62

Um Missverständnisse zu vermeiden, ist es zu beachten, dass die obige Grafik die Abschlüsse von Kindern mit Migrationsgeschichte und die untere von Nichtdeutschen abbildet.

3.3. Integration im Arbeitsmarkt

3.3.1. Ausbildungsbeteiligungquote

Jahr	Insgesamt	Nicht-deutsche	Prozentzahl der Nicht-deutschen
2011	1020	154	15,10%
2012	978	180	18,40%
2013	935	162	17,33%
2014	887	144	16,23%
2015	884	140	15,84%
2016	943	241	25,56%
2017	902	210	23,28%
2018	876	158	18,04%
2019	835	156	18,68%
2020	759	140	18,45%

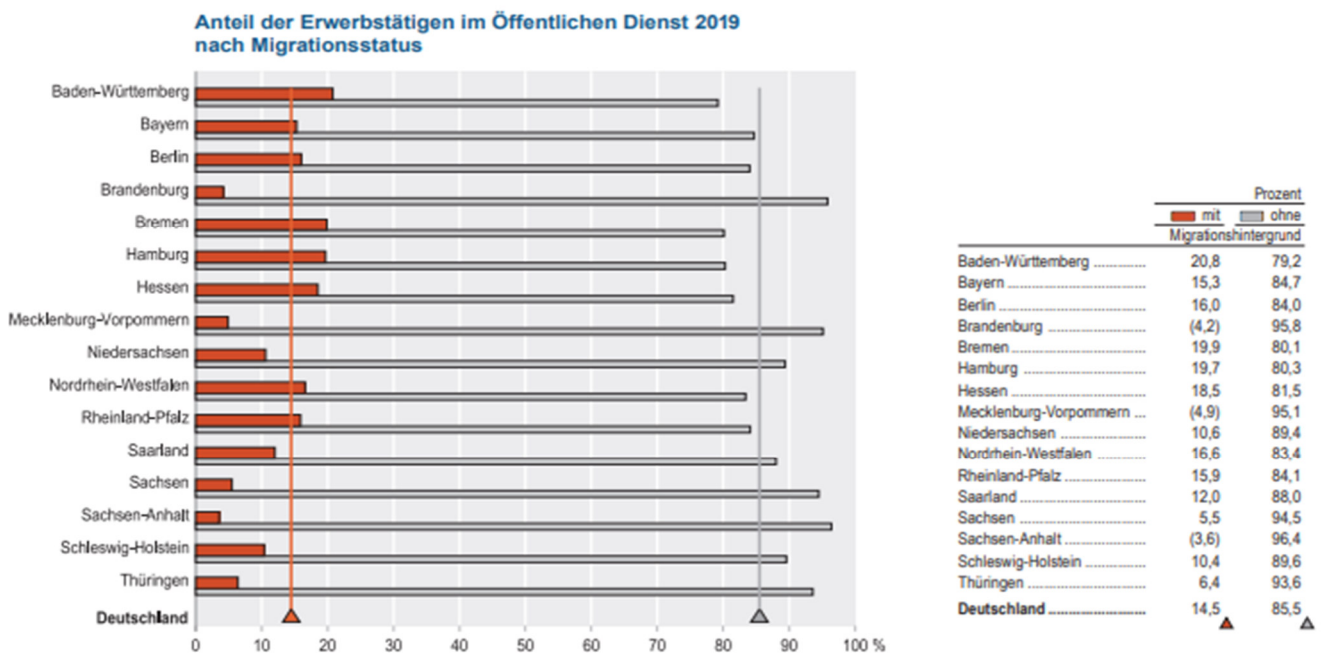
Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt
Die beruflichen Schulen in Hessen - Teil 1: Berufsschule Tab. 4

Die Daten, die in den Berichten „Die beruflichen Schulen in Hessen, Teil 1: Berufsschule“ dargelegt sind, stimmen nicht mit denjenigen übereinstimmen, die im letzten Integrationsmonitor aufgezeigt

waren. Dort wurde als Quelle „Hessisches Statistisches Landesamt“ angegeben. Entsprechend des Berichts „Die beruflichen Schulen in Hessen“ wurde die obige Tabelle erstellt. Sie zeigt eine hohe Anzahl von Schüler*innen ausländischer Herkunft an den Berufsschulen des Odenwaldkreises. Im Ausbildungsalter (15 bis 25 Jahre) im Odenwaldkreis sind 2020 15,80 % der Gesamtbevölkerung Nichtdeutsche. Somit liegt der Anteil der Auszubildenden mit ausschließlich einer ausländischen Staatsangehörigkeit nahezu entsprechend ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung im Ausbildungsalter. Der große Anteil von Nichtdeutschen in diesem Bereich kann im Zusammenhang damit stehen, dass sie im Gymnasium unterrepräsentiert sind. Da sie nicht über einen Abschluss verfügen, der sie zur Aufnahme eines Studiums berechtigt, bleibt ihnen die Ausbildung als Übergang von der Schule zum Berufsleben.

3.3.2. Beschäftigtenquote bei der Verwaltung

Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in der hessischen Verwaltung liegt mit 18,5 % auf Platz 4 in Deutschland hinter Baden-Württemberg (20,8 %), Bremen (19,9 %) und Hamburg (19,7%). Hessen liegt über dem bundesweiten Durchschnitt vom 14,5 %, jedoch weit unter dem Verhältnis der Menschen mit Migrationsgeschichte in der hessischen Gesamtbevölkerung. 2019 hatten 33,7 % der hessischen Bevölkerung eine Migrationsgeschichte¹⁵.



Quelle: Integrationsmonitoring der Länder 2017-2019, S. 131.

¹⁵ Integrationsmonitoring der Länder 2017-2019, S. 17.

Für den Odenwaldkreis liegen keine Daten hinsichtlich der Migrationshintergrund vor. Dementsprechend folgt die Analyse dieses Monitors dem Verhältnis der ausländischen Einwohner an der Gesamtbevölkerung. Es liegt heute bei 15,11 % (siehe Abschnitt 2.1.2). Unter der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ist der Anteil von ausländischen Staatsangehörigen noch größer. Unter den 25- bis 45-Jährige liegt der Ausländischer Anteil bei 23,93 %. Bei der Gesamtheit der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (25 – 67) im Odenwaldkreis machen die Nichtdeutschen 17,50 % aus.

Odenwaldkreis

Die Kreisverwaltung erhebt die Daten nach Migrationsgeschichte bzw. ausländischer Staatsangehörigkeit nicht systematisch. Die Information wird zwar erfasst, aber nicht zum Zwecke der Analyse des Anteils von Menschen mit Migrationsgeschichte ausgewertet. Die Anzahl von ausländischen Staatsangehörigen, die in der Kreisverwaltung tätig sind, konnte erfasst werden. Der Anteil von ausländischen Staatsangehörigen liegt bei ca. 1,6 %. Das zeigt einen Verbesserungsbedarf diesbezüglich, denn die Anzahl von Nichtdeutschen in der Kreisbevölkerung im erwerbsfähigen Alter beträgt ca. 17,50 %. Aufgrund der geringeren Anzahl von Nichtdeutschen in der Verwaltung können die Daten nicht nach Hierarchiestufe, Bildungsniveau oder sonstigem gesondert ausgewertet werden, ansonsten wären Rückschlüsse auf die Personen möglich, was datenschutzrechtlich bedenklich ist. Wie der Kreis im Bundesvergleich steht, lässt sich nicht feststellen, weil weder Daten nach Migrationshintergrund der Beschäftigten im Odenwaldkreis vorhanden sind, noch der Anteil von nichtdeutschen Beschäftigten in den anderen Landkreisen, Ländern oder bundesweit zur Verfügung stehen.

3.3.3. Arbeitsmarkt

Ein genauer Vergleich der Unterschiede zwischen Deutschen mit und ohne Migrationsgeschichte und Nichtdeutschen lässt sich nicht erstellen. Die Daten der Bundesagentur für Arbeit sind nicht bei jeder Kategorie nach Deutsch/Nichtdeutsch, sondern nur für die Gesamtheit gegliedert. Es lässt sich dementsprechend nicht ableiten, inwiefern ein erhöhter Anteil ausländischer Staatsbürger*innen unter den Arbeitslosen mit der Altersstruktur der jeweiligen Bevölkerungsgruppen zusammenhängt. Das Merkmal „Migrationsgeschichte“ wird nicht erfasst.

Die Arbeitslosigkeit nach Schulabschluss wird ebenfalls nicht nach Staatsangehörigkeit gesondert dargestellt, sodass es sich nicht untersuchen lässt, inwiefern die Arbeitslosigkeit vom Bildungsniveau abhängt. Es kann sein, dass bei bestimmten Bildungsniveaus die Kluft zwischen Deutschen und Nichtdeutschen kleiner ist als bei anderen, sodass die Maßnahmen auf eine spezifische Gruppe angepasst werden könnten.

Die Daten sind ebenfalls nicht nach Gemeinden getrennt. Aus diesem Grund lässt sich nicht feststellen, in welcher Stadt oder Gemeinde der Bedarf am größten ist.

1. Strukturmerkmale von Bedarfsgemeinschaften und Personen im SGB II

Daten nach einer Wartezeit von 3 Monaten
Zeitreihe Januar 2005 bis November 2021; Gebietsstand: November 2021; Datenstand: Februar 2022

Odenwaldkreis

Merkmal	Nov. 10	Nov. 11	Nov. 12	Nov. 13	Nov. 14	Nov. 15	Nov. 16	Nov. 17	Nov. 18	Nov. 19	Nov. 20	Nov. 21
Personen in Bedarfsgemeinschaften (PERS)	6.101	5.822	5.906	5.979	6.201	6.015	5.797	5.725	5.287	4.975	5.311	5.028
Deutsche	4.658	4.319	4.212	4.146	4.178	3.923	3.575	3.346	3.007	2.784	2.878	2.683
Ausländer	1.440	1.500	1.694	1.832	2.023	2.092	2.222	2.378	2.279	2.190	2.432	2.344
Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB)	4.255	4.076	4.157	4.145	4.179	4.034	3.871	3.766	3.433	3.214	3.398	3.248
Deutsche	3.165	2.932	2.839	2.731	2.676	2.506	2.275	2.120	1.888	1.749	1.778	1.690
Ausländer	1.087	1.141	1.318	1.413	1.503	1.528	1.596	1.645	1.544	1.464	1.619	1.557
Nichterwerbsfähige Leistungsberechtigte (NEF)	1.652	1.557	1.565	1.660	1.725	1.667	1.664	1.681	1.618	1.519	1.631	1.493
Deutsche	1.310	1.210	1.208	1.255	1.266	1.177	1.107	1.035	954	872	914	823
Ausländer	342	347	357	405	459	490	557	646	664	647	717	670

Hinweis: Nicht plausible Werte werden mit "." ausgewiesen.

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

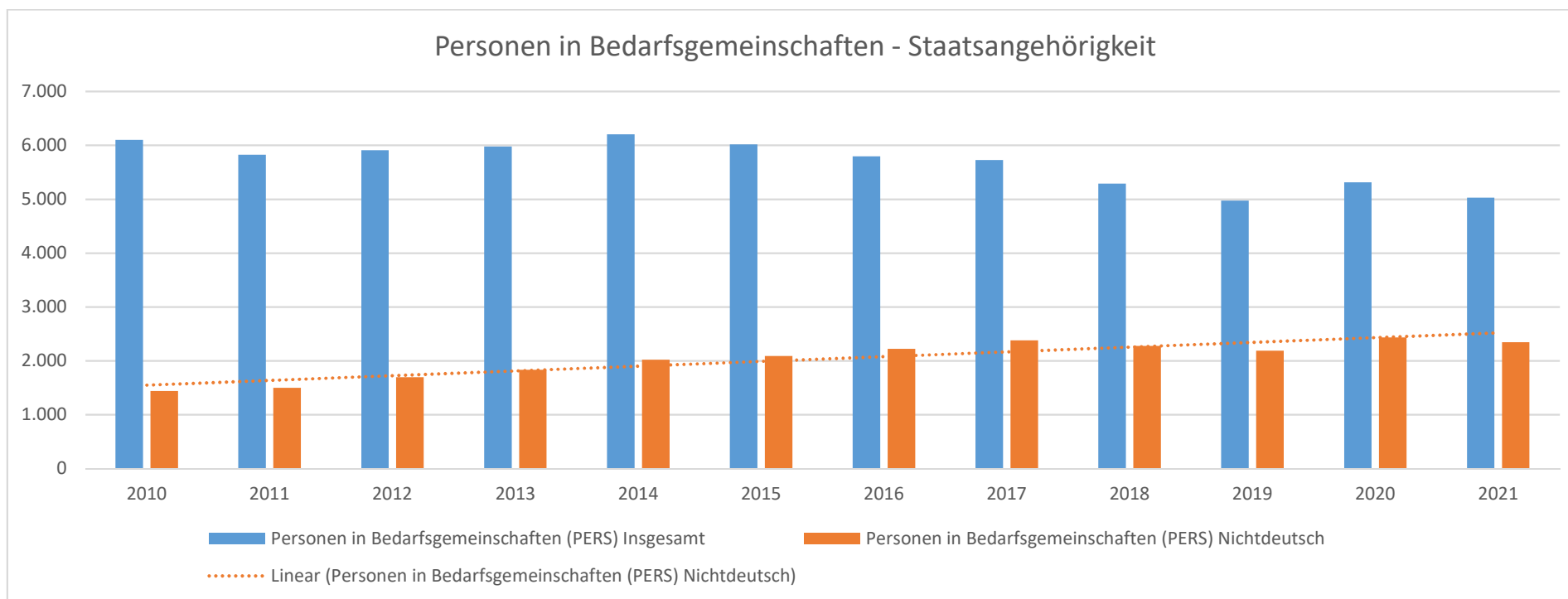
Hinweis: Die Hochrechnung der Länder- und Bundesergebnisse basiert auf den Kreisen, deren Daten zur Grundsicherungsstatistik SGB II als vollständig bzw. plausibel eingestuft wurden.
*) Aus Datenschutzgründen und Gründen der statistischen Geheimhaltung werden Zahlenwerte von 1 oder 2 und Daten, aus denen rechnerisch auf einen solchen Zahlenwert geschlossen werden kann, anonymisiert.

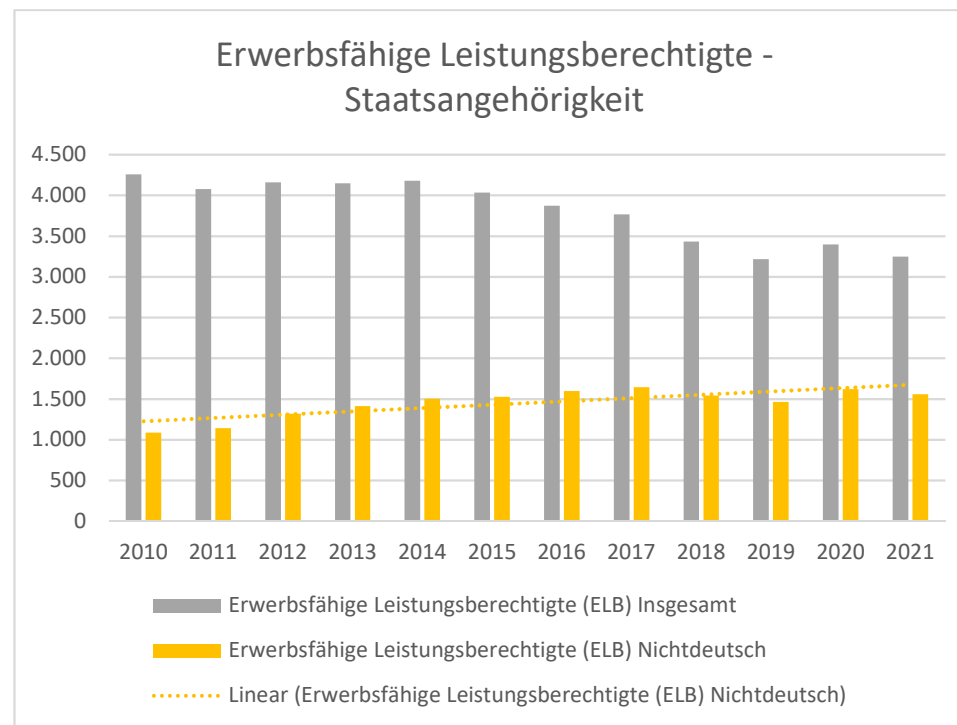
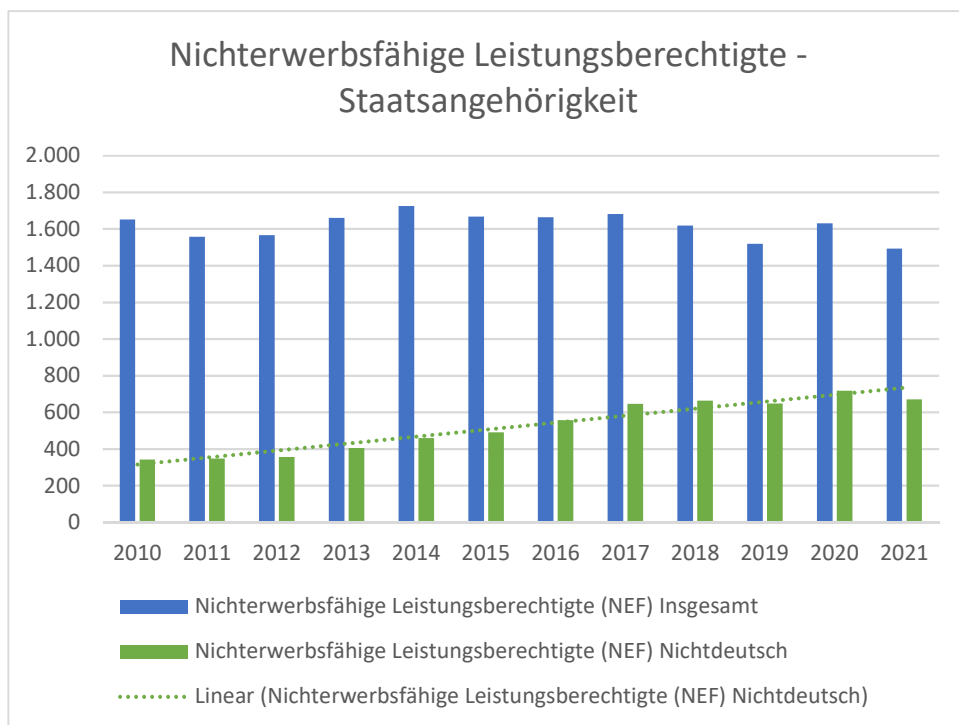
Bitte beachten Sie: Die Zählweise von Ausländern hat sich im Vergleich zu früheren Publikationen geändert. Staatenlose und Personen ohne Angabe zur Staatsangehörigkeit werden nun nicht mehr unter „Keine Angabe“, sondern zu den Ausländern gezählt.

Details dazu finden Sie in der Hintergrundinfo „Statistiken nach Staatsangehörigkeit – neue Zuordnung von Staatenlosen und Personen ohne Angabe der Staatsangehörigkeit“ auf unserer Internetseite Grundlagen > Methodik und Qualität > Methodenberichte und Hintergrundinfos > Übergreifende Themen.

Für den Jahresvergleich werden die Daten vom November angeschaut, damit ein Vergleich auf Basis der Daten gemacht werden kann, die am nächsten zum jetzigen Zeitpunkt vorhanden sind, nämlich Nov. 2021.

Es lässt sich deutlich feststellen, dass sich die Anzahl von Personen in Bedarfsgemeinschaften, erwerbsfähigen und nichterwerbsfähigen Leistungsberechtigten reduziert hat. Zwischen 2010 und 2021 hat sich die Gesamtzahl der Personen in Bedarfsgemeinschaften um ca. 18 %, die der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten um ca. 25 % und die der nichterwerbsfähigen um ca. 10 % reduziert. Jedoch betrifft die Verbesserung der Lage ausschließlich die deutschen Staatsangehörigen. Während Nichtdeutsche 2010 ca. 25 % aller erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (ELB) darstellten, sind sie heute knapp die Hälfte aller Leistungsberechtigten. Die Zahl ausländischer ELB im Jahre 2010 ist von 1.087 auf 1.557 im Jahr 2021 gestiegen, d.h. eine Zunahme von ca. 43 %. Im selben Zeitabschnitt ist die Zahl deutscher Staatsbürger*innen aller ELB von 3.165 auf 1.690 gesunken, was eine Reduktion von 38 % darstellt. Bei der Analyse der Daten lässt sich kein Einfluss von Sonderereignissen feststellen. Die Verschlechterung der Lage der ausländischen Staatsangehörigen fand allmählich während der letzten Jahre statt.





Die Ergebnisse lassen die Hypothese einer erfolgreichen Arbeitsmarktpolitik für deutsche Staatsangehörige annehmen, die aber anscheinend nicht für ausländische Leistungsberechtigte gleichermaßen umgesetzt wurde oder erfolgreich war. Dies weist auf den Bedarf einer Anpassung bzw. Umgestaltung der Arbeitsmarktpolitik bei der nichtdeutschen Bevölkerungsgruppe hin.

Eckwerte des Arbeitsmarktes im Rechtskreis SGB II

Odenwaldkreis
Februar 2022

Merkmale	Feb 2022	Jan 2022	Dez 2021	Veränderung gegenüber		Vorjahresmonat ¹⁾		Jan 2021	Dez 2020
				Vormonat		Feb 2021			
				absolut	in %	absolut	in %	in %	in %
Bestand an Arbeitslosen									
Insgesamt	1.402	1.446	1.448	-44	-3,0	85	6,5	10,2	14,9
51,6% Männer	724	748	729	-24	-3,2	64	9,7	13,9	17,8
48,4% Frauen	678	698	719	-20	-2,9	21	3,2	6,6	12,2
10,1% 15 bis unter 25 Jahre	141	143	140	-2	-1,4	24	20,5	22,2	13,8
3,1% dar. 15 bis unter 20 Jahre	44	41	45	3	7,3	21	91,3	57,7	73,1
27,2% 50 Jahre und älter	381	386	407	-5	-1,3	12	3,3	-2,3	9,1
18,3% dar. 55 Jahre und älter	257	268	282	-11	-4,1	8	3,2	-	9,3
61,4% Langzeitarbeitslose	861	879	890	-18	-2,0	104	13,7	16,6	24,0
4,9% Schwerbehinderte Menschen	69	67	60	2	3,0	10	16,9	21,8	15,4
47,2% Ausländer ²⁾	662	658	655	4	0,6	40	6,4	7,3	10,3

1) Bei Quoten werden die entsprechenden Vorjahreswerte ausgewiesen. Arbeitslosenquoten nach Rechtskreisen sind anteilige Quoten, d.h. aufgrund der jeweils gleichen Basis ergibt sich in Summe die Arbeitslosenquote insgesamt.

2) Vorläufige, hochgerechnete Werte für Dezember 2021 bis Februar 2022.

*) Die Zählweise von Ausländern und die Berechnung der Unterbeschäftigung haben sich seit September/Oktober 2021 geändert (s. Hinweisblatt).

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Eckwerte des Arbeitsmarktes im Rechtskreis SGB III

Odenwaldkreis
Februar 2022

Merkmale	Feb 2022	Jan 2022	Dez 2021	Veränderung gegen- über		Vorjahresmonat ¹⁾		Jan 2021	Dez 2020
				Vormonat		Feb 2021			
				absolut	in %	absolut	in %	in %	in %
Bestand an Arbeitsuchenden									
Insgesamt	1.528	1.512	1.494	16	1,1	-445	-22,6	-25,2	-26,5
Bestand an Arbeitslosen									
Insgesamt	848	875	778	-27	-3,1	-440	-34,2	-34,9	-36,7
60,6% Männer	514	518	455	-4	-0,8	-281	-35,3	-37,4	-39,8
39,4% Frauen	334	357	323	-23	-6,4	-159	-32,3	-31,1	-31,7
11,9% 15 bis unter 25 Jahre	101	85	78	16	18,8	-67	-39,9	-43,7	-44,7
1,2% dar. 15 bis unter 20 Jahre	10	9	10	1	11,1	-15	-60,0	-52,6	-44,4
44,8% 50 Jahre und älter	380	399	363	-19	-4,8	-170	-30,9	-29,3	-27,5
35,3% dar. 55 Jahre und älter	299	306	289	-7	-2,3	-119	-28,5	-28,2	-22,9
12,9% Langzeitarbeitslose	109	108	115	1	0,9	-113	-50,9	-53,2	-37,5
8,4% Schwerbehinderte Menschen	71	67	64	4	6,0	-33	-31,7	-36,2	-28,9
25,1% Auslän- der ²⁾	213	223	186	-10	-4,5	-100	-31,9	-34,2	-41,7

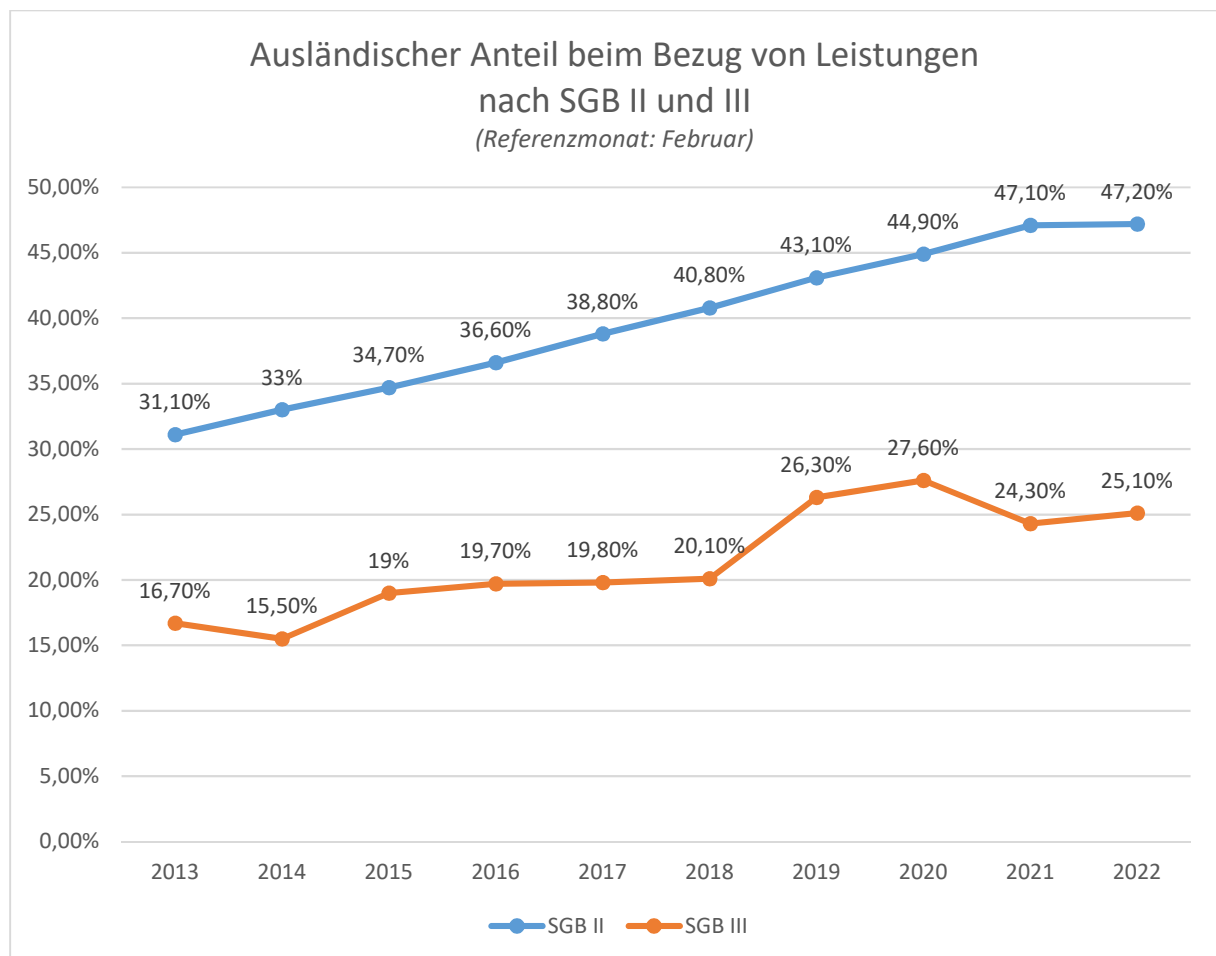
1) Bei Quoten werden die entsprechenden Vorjahreswerte ausgewiesen. Arbeitslosenquoten nach Rechtskreisen sind anteilige Quoten, d.h. aufgrund der jeweils gleichen Basis ergibt sich in Summe die Arbeitslosenquote insgesamt.

2) Vorläufige, hochgerechnete Werte beim Arbeitslosengeld für die letzten zwei und bei Unterbeschäftigungsdaten für die letzten drei Monate.

*) Die Zählweise von Ausländern und die Berechnung der Unterbeschäftigung haben sich seit September/Oktober 2021 geändert (s. Hinweisblatt).

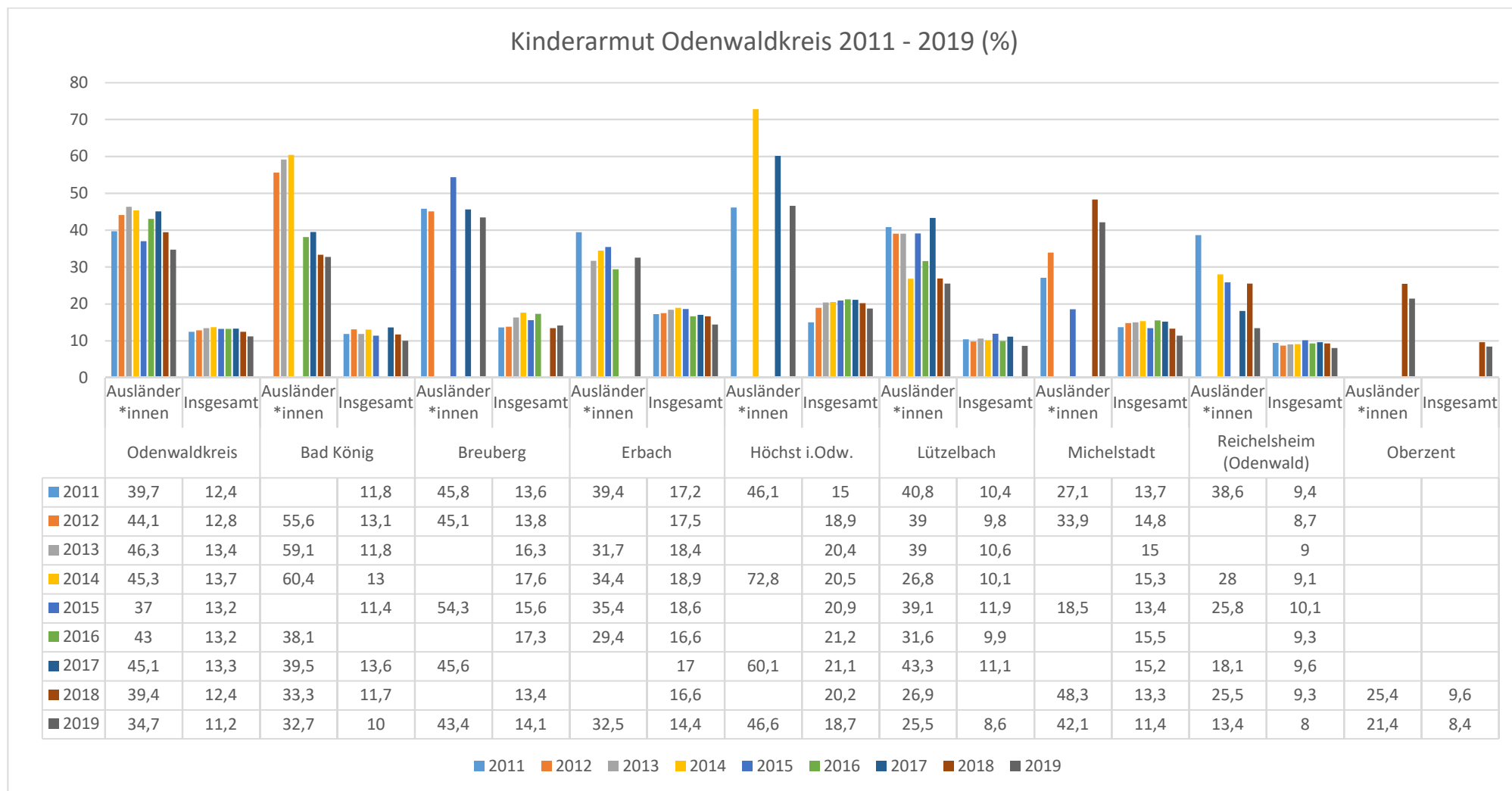
© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Ein Vergleich der Daten für den Odenwaldkreis für Februar 2022 hinsichtlich SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende) und SGB III (Arbeitsförderung) lässt erkennen, dass Nichtdeutsche weniger Zugang zu Maßnahmen zur Verbesserung der individuellen Beschäftigungsfähigkeit (25 %) haben, obwohl sie gut die Hälfte der Arbeitssuchenden (47,2 %) darstellen. Diese unverhältnismäßige Teilnahme an Arbeitsförderungsmaßnahmen, die dem Entstehen von Arbeitslosigkeit entgegenwirken sollen, könnte die Zunahme vom ausländischen Anteil bei den erwerbsfähigen Leistungsberechtigten erklären. Dies weist auf die Notwendigkeit einer Schwerpunktsetzung auf die Teilhabe ausländischer Staatsangehöriger im Hinblick auf die Arbeitsförderung hin.



Laut den Arbeitsmarktberichten der Bundesagentur für Arbeit über den Odenwaldkreis für Februar der letzten zehn Jahre ist der Anteil von ausländischen Staatsangehörigen bei den Leistungsempfängerinnen und -empfängerin nach SGB II ständig gestiegen. Beim SGB III gab es Schwankungen beim Anstieg mit kleinen Senkungen des ausländischen Anteils in den Jahren 2014 und 2021 im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr. Dies weist auf eine unverhältnismäßige Benachteiligung ausländischer Staatsangehöriger hin, deren Gründe zu untersuchen sind. Der Anteil von Nichtdeutschen beim SGB III beträgt etwa die Hälfte von SGB-II-Empfängern und -Empfängerinnen.

3.3.4. Kinderarmut



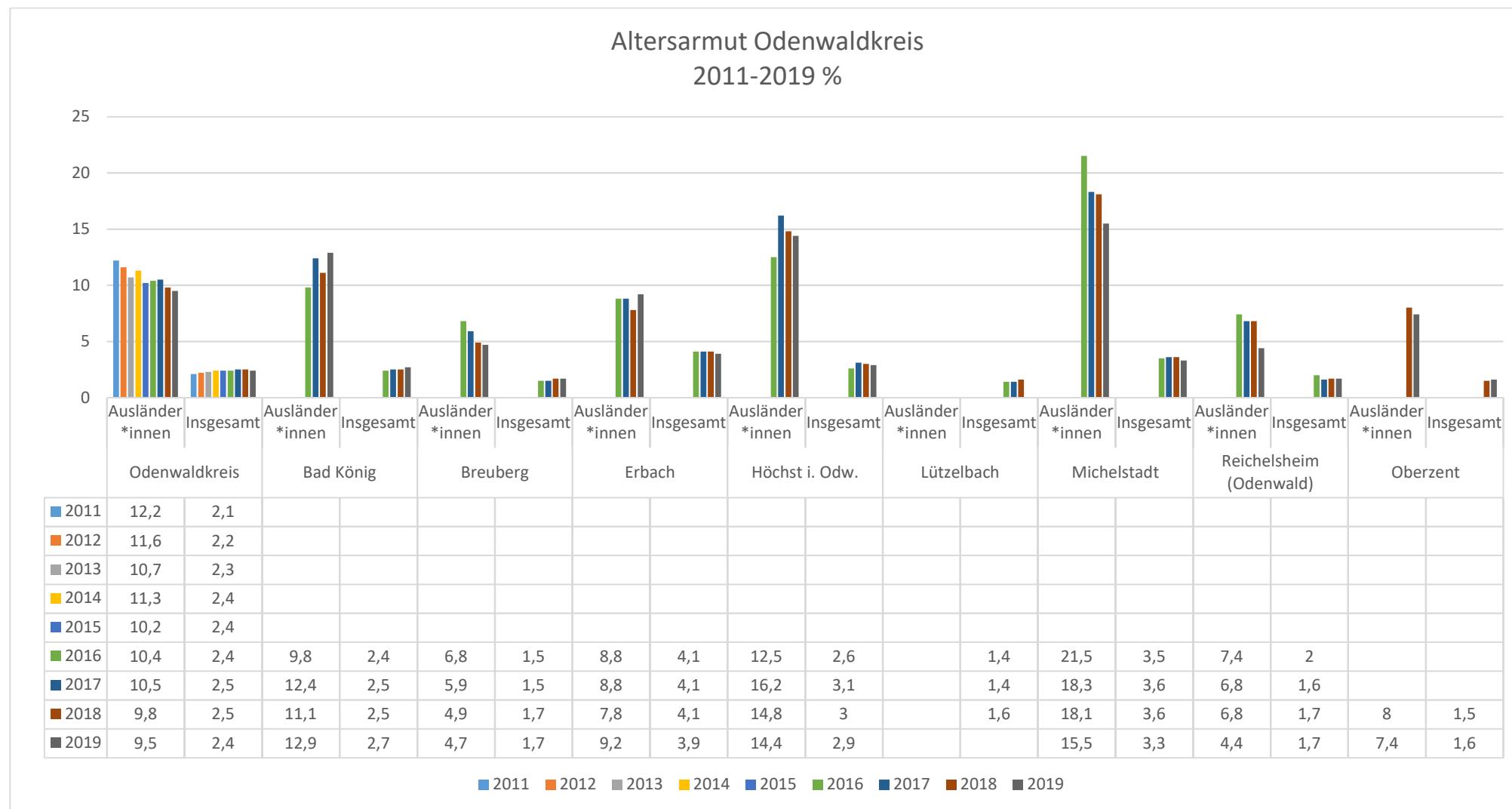
Quelle: Bertelsmann Stiftung, Wegweiser Kommune

Die vorhandenen Daten zur Kinderarmut zeigen eine deutliche Benachteiligung der ausländischen Kinder im Vergleich zu den deutschen. 2014 hat die Armut fast Dreiviertel (72,8 %) aller ausländischen Kinder in Höchst erreicht. Zum gleichen Zeitpunkt lag die Kinderarmut im Allgemeinen bei 20,5 %. Bei den ausländischen Kindern lag die Armutsquote am niedrigsten bei 18,1 % in Reichelsheim im Jahr 2017. Anhand der obigen Daten wurde der Durchschnitt der Kinderarmut erstellt.

Im Odenwaldkreis liegt die Armut bei ausländischen Kindern im Zeitraum 2011-2019 bei 41,6 %. Im Allgemeinen liegt die Kinderarmut bei 12,84 %. Am stärksten von Armut bedroht sind die ausländischen Kinder in Höchst, wo mehr als die Hälfte aller ausländischen Kinder in Armut leben. Die Armut ausländischer Kinder ist in der Oberzent am niedrigsten. Dort liegt sie bei 23,4 %. Trotzdem zweimal so hoch wie der Durchschnitt des Odenwaldkreises und 2,6-mal höher als die allgemeine Kinderarmut in der Stadt Oberzent selbst.

	Kinderarmut	Durchschnitt
Odenwaldkreis	Nichtdeutsche	41,60%
	Insgesamt	12,84%
Bad König	Nichtdeutsche	45,53%
	Insgesamt	12,05%
Breuberg	Nichtdeutsche	46,84%
	Insgesamt	15,21%
Erbach	Nichtdeutsche	33,80%
	Insgesamt	17,24%
Höchst i. Odw.	Nichtdeutsche	56,40%
	Insgesamt	19,66%
Lützelbach	Nichtdeutsche	34,67%
	Insgesamt	10,30%
Michelstadt	Nichtdeutsche	33,98%
	Insgesamt	14,18%
Reichelsheim (Odenwald)	Nichtdeutsche	24,90%
	Insgesamt	9,17%
Oberzent	Nichtdeutsche	23,40%
	Insgesamt	9,00%

3.3.5. Altersarmut



Quelle: Bertelsmann Stiftung, Wegweiser Kommun

Die Benachteiligung ausländischer Staatsangehöriger wiederholt sich bei der Altersarmut. Die Daten zu den jeweiligen Kommunen vor 2016 fehlen. Für Lützelbach gibt es keine gesonderte Zahl zur Altersarmut ausländischer Staatsangehöriger. Die niedrigste Altersarmut ausländischer Staatsangehöriger ist 2019 in Reichelsheim zu finden und lag bei 4,4 %. Die höchste Altersarmut wurde in Michelstadt 2016 festgestellt, als 21,5 % von Armut betroffen waren. Inzwischen hat sich die Lage der ausländischen Staatsangehörigen verbessert, wobei sie immer noch kritisch ist. Ein anderwärtiger Trend ist in Bad König, Erbach und Höchst zu verzeichnen, wo die Altersarmutsquote ausländischer Staatsangehöriger 2019 größer ist als im Jahr 2016. Allerdings besteht in Michelstadt die höchste Altersarmutsgefahr für ausländische Staatsangehörige (15,5 %), wobei an dieser Stelle mit einem Verbesserungstrend. Anhand der obigen Daten wurde die untenliegende Tabelle mit den durchschnittlichen Werten erstellt. Ausländische Staatsangehörige sind im Odenwaldkreis durchschnittlich 4,5-mal mehr von Altersarmut bedroht im Vergleich zur Gesamtbevölkerung. Knapp 10 % aller ausländischen Staatsangehörigen sind von Altersarmut betroffen, obwohl die gesamte Altersarmutsquote bei 2,35 % liegt. Wo ausländische Staatsangehörige am stärksten von Altersarmut bedroht sind, ist in Michelstadt (18,35 %) und in Höchst (14,47 %). In Breuberg ist die niedrigste Altersarmutsquote bei ausländischen Staatsangehörigen zu finden (5,57 %). Jedoch immer noch 3,5-mal höher als die der Gesamtbevölkerung. Wo der Unterschied am kleinsten ist, ist in Erbach, wo Altersarmutsgefährdung ausländischer Staatsangehöriger zweimal höher ist als bei der Gesamtbevölkerung. Die größte relative Benachteiligung lässt sich in Höchst und der Oberzent feststellen, wo die Armutsgefahr von ausländischen Staatsangehörigen im Alter fünfmal höher ist.

	Altersarmut	Durchschnitt
Odenwaldkreis	Nichtdeutsche	10,69%
	Insgesamt	2,35%
Bad König	Nichtdeutsche	11,55%
	Insgesamt	2,52%
Breuberg	Nichtdeutsche	5,57%
	Insgesamt	1,60%
Erbach	Nichtdeutsche	8,65%
	Insgesamt	4,05%
Höchst i. Odw.	Nichtdeutsche	14,47%
	Insgesamt	2,90%
Lützelbach	Nichtdeutsche	k.A.
	Insgesamt	1,47%
Michelstadt	Nichtdeutsche	18,35%
	Insgesamt	3,50%
Reichelsheim (Odenwald)	Nichtdeutsche	6,35%
	Insgesamt	1,75%
Oberzent	Nichtdeutsche	7,70%
	Insgesamt	1,55%

3.3.6. Sozialleistungsempfang

Allgemein

Hilfe zum Lebensunterhalt							
Jahr	Insgesamt	In Einrichtungen	Außerhalb von Einrichtungen				Nichtdeutschen-Anteil Gesamtgesellschaft
			Insgesamt	Deutsche	Nichtdeutsche	Nichtdeutschen-Anteil %	
2011	187	65	122	86	36	29,51%	10,31%
2012	193	64	129	101	28	21,71%	10,78%
2013	203	75	128	97	31	24,22%	11,00%
2014	228	79	149	116	33	22,15%	11,58%
2015	234	68	166	142	24	14,46%	12,49%
2016	315	83	232	194	38	16,38%	13,27%
2017	272	57	215	194	21	9,77%	14,02%
2018	257	51	206	185	21	10,19%	14,51%
2019	288	51	237	206	31	13,08%	14,79%
2020	345	110	235	200	35	14,89%	15,11%

Quelle: Die Sozialhilfe in Hessen Teil II: Empfängerinnen und Empfänger - A - Tabelle 3

Bei der Zusammensetzung der Sozialleistungsempfängerinnen und -empfänger im Bereich der Hilfe zum Lebensunterhalt lässt sich feststellen, dass bis 2014 der Anteil ausländischer Staatsangehöriger bei dieser Gruppe fast zweimal so groß war wie der entsprechende Anteil an der Gesamtbevölkerung. Ab 2015 ist der Anteil geringer und zeigt Schwankungen zwischen 9,77 % bis 2020 14,89 % auf. Ab 2017 steigt der Anteil ausländischer Staatsangehöriger an der Gesamtbevölkerung bei den Sozialleistungsempfänger*innen wieder an. Dies kann ein Zeichen für eine gut geleistete Integrationsarbeit sein, aber könnte auch darauf hinweisen, dass die Berechtigten mit ausländischer Staatsangehörigkeit nicht wissen, dass sie ein Recht auf die Sozialleistungen haben oder, dass sie in mehreren Fällen doch keinen Anspruch auf Sozialleistungen haben. Die Erklärungshypothese einer Unwissenheit über die Rechte scheint wahrscheinlicher, auch mit Blick auf die Beantragung von Leistungen nach Kapitel 5 bis 9 des SGB XII, welche unter anderem Leistung wegen Behinderung einschließt. Hier sind ausländische Staatsangehörige stark unterrepräsentiert.

Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel SGBXII

Der Bericht für Sozialhilfe in Hessen stellt die Leistungen nach den obengenannten Kapiteln gesondert dar. Sie beinhalten a) die Hilfe zur Gesundheit, darunter vorbeugende Gesundheitshilfe, Hilfe bei Krankheit, Schwangerschaft und Mutterschaft, Sterilisation und zur Familienplanung; b) die Hilfe zur

Pflege, wenn die Pauschalleistungen der Pflegeversicherung nach SGBXI für die Kosten des Pflegedienstes nicht ausreichen, c) Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten, die keiner klaren gesetzlichen Regelung unterliegen und d) Hilfe in anderen Lebenslagen, darunter Hilfe zur Weiterführung des Haushalts, Altenhilfe, Blindenhilfe, Bestattungskosten und Hilfe in sonstigen Lebenslagen. Das Kapitel 6 ist weggefallen. Deswegen sind nur 4 Punkte beschrieben, welche der Reihenfolge nach den Kapitel 5, 7, 8 und 9 entsprechen.

Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel SGBXII					
Jahr	Insgesamt	Deutsche	Nichtdeutsche	Nichtdeutschen-Anteil %	Nichtdeutschen-Anteil Gesamtgesellschaft
2011	359	349	10	2,79%	10,31%
2012	394	384	10	2,54%	10,78%
2013	269	263	6	2,23%	11,00%
2014	265	259	6	2,26%	11,58%
2015	347	339	8	2,31%	12,49%
2016	323	311	12	3,72%	13,27%
2017	Daten nicht nach Kreis vorhanden				14,02%
2018	329	308	21	6,38%	14,51%
2019	318	310	8	2,52%	14,79%
2020	240	230	10	4,17%	15,11%

Quelle: Die Sozialhilfe in Hessen Teil II: Empfängerinnen und Empfänger - B - Tabelle 2

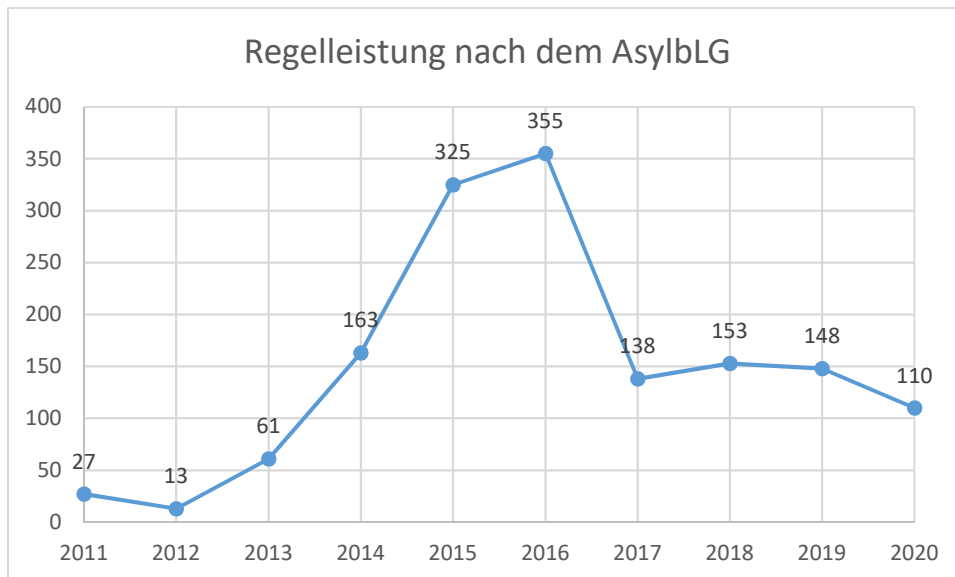
Der geringe Anteil ausländischer Staatsangehöriger beim Empfang von Sozialleistungen in diesem Zusammenhang könnte auf eine Zugangsbarriere hinweisen.

Asylbewerberleistung

Die Sozialleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz steigt ab 2014 stark an und sinkt wieder ab 2017, jedoch nicht auf das Niveau von vor 2014. Frauen sind bei dieser Gruppe unterrepräsentiert. Der Frauenanteil beträgt circa ein Drittel aller Leistungsempfängerinnen und -empfänger im Rahmen des AsylbLG.

Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz				
Jahr	Insgesamt	männlich	weiblich	Frauenanteil %
2011	27	19	8	29,63%
2012	13	10	3	23,08%
2013	61	40	21	34,43%
2014	163	94	69	42,33%
2015	325	214	111	34,15%
2016	355	229	126	35,49%
2017	138	86	52	37,68%
2018	153	96	57	37,25%
2019	148	90	58	39,19%
2020	110	75	35	31,82%

Quelle: Die Sozialhilfe in Hessen Teil II: Empfängerinnen und Empfänger - C - Tabelle 4-5



Es ist zu erwarten, dass die Anzahl von Leistungsempfängerinnen und -empfängern sowohl im Rahmen des Asylbewerberleistungsgesetzes als auch von Sozialhilfen im Allgemeinen im Zusammenhang mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine steigen wird. Geflüchtete aus der Ukraine haben Anspruch auf eine Aufenthaltsgewährung zum vorübergehenden Schutz nach dem § 24 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG). Eventuell benötigte Sozialleistungen werden zunächst auf dem AsylbLG gestützt zugewiesen. Hilfsbedürftige werden danach im Rahmen des Arbeitslosengeld II (ALG II) unterstützt. Allerdings ist es zu beachten, dass die Geflüchtete aus der Ukraine eventuell keine große Änderung bei der Regelleistung nach dem AsylbLG veranlassen werden, weil der Stichtag der Statistik der 31. Dezember ist. Zu dem Zeitpunkt wird die Mehrzahl der ukrainischen Geflüchteten den Rechtskreis vom AsylbLG auf SGB gewechselt haben.

3.3.7. Migrant*innenökonomie

Im letzten Monitor des Odenwaldkreises gab es Informationen zur Migrant*innenökonomie. Derzeit liegen aber keine neueren Daten dazu vor. Der Grund dafür ist, dass im Dezember 2013 eine Studie zu dem Thema veröffentlicht wurde. Eine eigene Sammlung der Daten war im Rahmen des aktuellen Monitors nicht möglich, da die Daten nicht über diesen Zeitraum hinaus weiter erhoben wurden. Die Daten von Destatis sind weder nach Kreis noch nach Staatsangehörigkeit gesondert ausgewertet. Infolgedessen konnte nicht untersucht werden, inwiefern sich die Migrant*innenökonomie im Odenwaldkreis mittlerweile entwickelt hat. Die Folgen der Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie konnten in Hinblick auf ihrer Wirkung auf gewerbetreibende Menschen mit Migrationsgeschichte auch nicht erfasst werden.

4. Soziale Integration

„Die soziale Dimension der Integration umfasst zum einen die ‚Herausbildung persönlicher Beziehungen‘, zu denen die Haushaltsstruktur von Personen gezählt werden können, aber auch interethnische oder interkulturelle Alltagskontakte, Freundschaften und Eheschließungen. Ferner fallen darunter auch Gruppenzugehörigkeiten, Vereinsmitgliedschaften, verschiedene Formen des bürgerschaftlichen [...] Engagements sowie [...] Teilhabe generell.“ (HMSI 2020: 155)

4.1. Aufenthaltsdauer und Bleibeabsicht

Im letzten Monitor wurde die durchschnittliche Aufenthaltsdauer als Zeichen der allgemeinen Bleibeabsicht der Eingewanderten aufgenommen. 2015 hielten sich die im Odenwaldkreis lebenden ausländischen Staatsangehörigen seit über 18 Jahren in Deutschland auf, nämlich: 18,2 Jahre für männliche und 19,1 Jahre für weibliche Eingewanderte. Als Quelle wurde damals das Statistische Bundesamt genannt.

In Deutschland beträgt 2021 die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der ausländischen Staatsangehörige 15,2 Jahre für männliche und 16 Jahre für weibliche Eingewanderten¹⁶. Hessen weist eine durchschnittliche Aufenthaltsdauer von 16,2 Jahre für männliche und 16,8 für weibliche Eingewanderte auf und steht somit über dem Bundesdurchschnitt.

Bundesland	Durchschnittliche Aufenthaltsdauer	
	Männlich	weiblich
Baden-Württemberg	17,4	18,1
Bayern	14,5	15,4
Berlin	14,8	15,3
Brandenburg	8,6	9,2

¹⁶ Statistisches Bundesamt, Tabelle 12521-0013, Stichtag 31.12.2021.

Bremen	13,8	14,7
Hamburg	15,8	16,3
Hessen	16,2	16,8
Mecklenburg-Vorpommern	7,9	8,2
Niedersachsen	13,3	14,0
Nordrhein-Westfalen	17,2	17,8
Rheinland-Pfalz	14,1	14,8
Saarland	15,8	16,2
Sachsen	8,4	8,6
Sachsen-Anhalt	8,0	7,8
Schleswig-Holstein	12,3	13,7
Thüringen	7,3	7,2

(Quelle: Statistisches Bundesamt, Tabelle 12521-0031, Stichtag 31.12.2021)

Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer ist zum einem durch die historische und zum anderen die jüngste Ein- und Zuwanderung geprägt. Das heißt, dass eine Region ohne große Zuwanderung in den letzten Jahrzehnten eine niedrige durchschnittliche Aufenthaltsdauer aufweist, weil die dort lebenden ausländischen Staatsangehörigen vor kürzerer Zeit angekommen sind. Dagegen könnte eine Region mit überdurchschnittlicher Aufenthaltsdauer auf eine kleinere Attraktivität hindeuten, denn es kommen anscheinend unterdurchschnittlich neue Eingewanderten dazu. Alternativ wirft sich die Hypothese auf, dass es Barrieren bei der Einbürgerung gibt, weil die Eingebürgerten nicht mehr als Ausländer*innen in der Statistik aufgenommen werden, ungeachtet dessen, ob sie eine zweite Staatsangehörigkeit beibehalten.

Aktuelle Daten für den Odenwaldkreis liegen auf DESTATIS nicht vor. Die Ausländerbehörde des Kreises wurde angefragt, aber die entsprechende Information sind dort ebenfalls nicht vorhanden. Ist die auf dem letzten Monitor stehende durchschnittliche Aufenthaltsdauer des Jahres 2015 gleichgeblieben, würde der Odenwaldkreis, wenn er ein Bundesland wäre, den ersten Platz unter den Bundesländern erlangen. Wenn dies einerseits eine faktische Niederlassung der ausländischen Staatsangehörigen zeigt, könnte sie andererseits auf einen unterdurchschnittlichen Zuzug von Neueingewanderten hinweisen.

4.2. Wahlen zu den Ausländerbeiräten

Hessenweit lag die Wahlbeteiligung für die Ausländerbeiräte bei 10,49 %. Ein Sprung von ca. 4,5 Prozentpunkten im Vergleich zur Wahlbeteiligung vom 6,00 % im Jahre 2015. Der bisherige Höchststand war 2010 mit 8,15 % Wahlbeteiligung¹⁷. Laut dem letzten Integrationsmonitor gab es 2015 Ausländerbeiratswahlen im Odenwaldkreis lediglich in Breuberg. Die Wahlbeteiligung lag bei 6,3 %.

Nach § 84 der Hessischen Gemeindeordnung müssen alle Gemeinden, die über 1.000 angemeldete ausländische Einwohner*innen haben, entweder einen Ausländerbeirat oder eine Integrationskommission gründen. Im Odenwaldkreis erfüllen sechs Gemeinden diese Voraussetzung: Breuberg, Bad König, Erbach, Höchst, Michelstadt, und Oberzent.

Die **Wahlbeteiligung** im Odenwaldkreis 2021 lag im Landesdurchschnitt mit 10,01 % in Bad König¹⁸, 10,32 % in Michelstadt¹⁹ und überdurchschnittlich in Breuberg²⁰ mit 13,98 %. Die Wahlbeteiligung war weiterhin niedrig, obwohl sich ein starker Anstieg feststellen lässt. In Erbach, Höchst und Oberzent hat es 2021 keine Wahlen gegeben. Bis zur Erstellung dieses Monitors wurden Integrationskommissionen in Erbach und Oberzent gebildet. In Höchst wurde die Integrationskommission in der 10. Sitzung der Gemeindevertretung am 13. Juni 2022 gebildet und ihre Mitglieder gewählt²¹.

Gründe für die niedrige Wahlbeteiligung können daran liegen, dass die ausländischen Einwohner*innen den Ausländerbeirat nicht kennen, dass die Ausländerbeiräte über ungenügende Ressourcen und Strukturen für Wahlkampagnen, Öffentlichkeitsarbeit und Durchführung der Aufgaben verfügen oder, dass die Räte bisher nicht als ein effektives Mitwirkungsinstrument auf den politischen Willensbildungsprozess wahrgenommen werden.

4.3. Internationale Ehen

Für die Eheschließungen wurden zunächst alle Ehen mit ausländischen Staatsangehörigen addiert. Dafür wurden die Daten zur Ehe von Deutschen mit Nichtdeutschen der Tabelle 12611-01-04-4 (bis 2017) zu den Eheschließungen von Nichtdeutschen mit Deutschen und Nichtdeutschen aufaddiert. Die Gliederung der Tabelle basiert auf den Eheschließungen der Männer. Somit werden die Eheschließungen von Nichtdeutschen männlichen Geschlechts mit Deutschen und Nichtdeutschen und die Eheschließungen Deutscher männlichen Geschlechts mit Nichtdeutschen aufsummiert. Um die Eheschließungen

¹⁷ https://www.agah-hessen.de/fileadmin/Dokumente/Auslaenderbeiratswahlen/Analysen/AB-Wahl2021-Analyse-Juni_2021.pdf

¹⁸ <https://www.agah-hessen.de/wahl2021/wahlergebnisse/bad-koenig/>

¹⁹ <https://www.agah-hessen.de/wahl2021/wahlergebnisse/michelstadt/>

²⁰ <https://www.agah-hessen.de/wahl2021/wahlergebnisse/breuberg/>

²¹ Gemeindevertretung Höchst i. Odw., Protokoll: Sitzung Nr. 10 – 13. Juni 2022, S. 5. URL: <https://www.hoechst-i-odw.de/pdf/sitzungen/protokolle/sitzung-der-gemeindevertretung-am-13.06.2022.pdf?cid=dtj>

aller ausländischen mit allen deutschen Staatsbürger*innen zu erfassen, wurden die Ehen Deutscher männlichen Geschlechts mit Nichtdeutschen und die Ehe der Nichtdeutschen männlichen Geschlechts mit Deutschen aufsummiert. Gleichgeschlechtsehe wurden allen Anschein nach nicht erfasst. Das Ergebnis wurde in der untenliegenden Tabelle zusammengefasst:

Eheschließungen – Nichtdeutsche					
Jahr	Insgesamt	Mit Deutsche*n		mit Nicht-deutsche	
			%		%
2017	81	65	80,25%	16	19,75%
2016	72	53	73,61%	19	26,39%
2015	91	74	81,32%	17	18,68%
2014	79	57	72,15%	22	27,85%
2013	65	50	76,92%	15	23,08%
2012	53	43	81,13%	10	18,87%
2011	60	50	83,33%	10	16,67%

Es zeigt sich, dass über drei Viertel aller Ehen ausländischer Staatsangehöriger mit einem deutschen Staatsbürger bzw. einer deutschen Staatsbürgerin geschlossen werden. An dieser Stelle ist es auch wichtig darauf hinzuweisen, dass es bei Ehen zwischen ausländischen Staatsangehörigen nicht heißt, dass sie Menschen derselben Herkunft geheiratet haben.

Ab 2018 werden die Daten anders erfasst. Es wird nur differenziert, ob beide Partner*innen die deutsche Staatsangehörigkeit haben oder nicht (Regionalstatistik, Tabelle 12611-01-02-4). Somit ist es nicht mehr möglich zu erfassen, zu welchem Anteil die Ehen von ausländischen Staatsangehörigen mit deutschen Staatsangehörigen geschlossen werden. Es wird nur möglich herauszufinden, wie viele von allen Ehen mit ausländischen Staatsangehörigen geschlossen werden. Wenn die Daten von Eheschließungen eine Aussagekraft zu Integration hatten, haben sie bei der neuen Statistik weniger Aussagekraft als vorher.

Jahr	Nationalität der Ehepartner*innen				%
	Insgesamt	Beide deutsch	Mindestens einer ausländisch	%	Nichtdeutsche bei der Gesamtbevölkerung
2020	419	350	69	16,47 %	15,11 %
2019	487	411	76	15,61 %	14,79 %
2018	487	413	74	15,20 %	14,51 %

Auf Basis dieser Daten kann lediglich ersehen werden, dass ausländische Staatsangehörige im Odenwaldkreis entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil heiraten.

4.4. Jugend

Das Leben von Kindern und Jugendlichen mit und ohne eigene Migrationserfahrung oder Migrationsgeschichte unterscheidet sich in vielerlei Hinsichten, auch außerhalb der Schule. Ein Einblick in die Daten der Stabsstelle Jugendhilfeplanung/Controlling-Grundsatz des Odenwaldkreises zeigt Auffälligkeiten in einigen Bereichen auf, die unten dargestellt werden. Eine Auslegung dieser Informationen muss vor dem Hintergrund der Zusammensetzung der Bevölkerung im jeweiligen Alter durchgeführt werden.

Im Abschnitt 2.1.4.1. wurde mithilfe einer Tabelle die Zusammensetzung der Bevölkerung nach deutscher oder nichtdeutscher Staatsangehörigkeit präsentiert. Zu der Migrationsgeschichte der Kinder und Jugendlichen im Schulalter hilft die folgende Tabelle, welche die Stabsstelle Jugendhilfeplanung dem Integrations- und Teilhabemonitor zur Verfügung gestellt hat. Dabei werden die Kinder nach dem Bestehen einer doppelten Staatsangehörigkeit gesondert aufgeführt. Einerseits werden die Kinder, die nur die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, aufgezählt und andererseits die Kinder, die entweder nichtdeutsch sind oder neben der deutschen eine weitere Staatsangehörigkeit haben. Allerdings sind damit nicht alle Kinder mit Migrationsgeschichte eingeschlossen. Dazu gibt es noch Kinder und Jugendlichen, die nur die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, aber ausländische Eltern haben. Dennoch ermöglicht diese Methodik einen besseren Einblick in die tatsächliche Zusammensetzung der Kinder als die einfache Gliederung nach deutscher und nichtdeutscher Staatsangehörigkeit.

Gemeinde	Insgesamt	Deutsche (nicht Doppelstaatler)		Doppelte Staatsangehörigkeit (deutsche eingeschlossen)	
		Anzahl	%	Anzahl	%
Bad König	883	659	74,63 %	224	25,37 %
Brensbach	125	102	81,60 %	23	18,40 %
Breuberg	880	645	73,30 %	235	26,70 %
Brombachtal	129	123	95,35 %	6	4,65 %
Erbach	1269	1035	81,56 %	234	18,44 %
Fränkisch-Crumbach	128	123	96,09 %	5	3,91 %
Höchst i. Odw.	1579	1227	77,71 %	352	22,29 %
Lützelbach	238	181	76,05 %	57	23,95 %
Michelstadt	3994	3408	85,33 %	586	14,67 %
Mossautal	82	74	90,24 %	8	9,76 %
Oberzent	623	520	83,47 %	103	16,53 %
Reichelsheim (Odenwald)	1359	1173	86,31 %	186	13,69 %
Odenwaldkreis	11289	9270	82,12 %	2019	17,88 %

Quelle: Staatsangehörigkeit Schüler SJ 2020/20212, Staatliches Schulamt (Stabsstelle Jugendhilfeplanung)

Bei noch nicht schulpflichtigen Kindern ist der Anteil von Mehrfachstaatsangehörigen größer. Der Durchschnitt von Unter-6-Jährigen mit Migrationsgeschichte im Odenwaldkreis steigt vom obigen mindestens 17,88 % auf 40,60 %. In Breuberg und Höchst erreicht ihr Anteil knapp 60 %. Dies weist auf

eine baldige Änderung des Bildes der Schüler*innen im Odenwaldkreis in den nächsten Jahren mit einer relevanten Steigerung des Anteils von Kindern mit Migrationsgeschichte hin. In diesem Kontext sind Maßnahmen zur Förderung der Integration und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen besonders beachtenswert, aber auch die von ihren Eltern, denn Kinder brauchen Unterstützung auch zu Hause, damit sie sich besser entwickeln können.

Bevölkerungszusammensetzung der 0-6-Jährigen laut Geburtsjahrgangstatistik							
Gemeinde	insgesamt	Deutsche (nicht Doppel- staatler)	Migrationsgeschichte				
			Insgesamt		davon		
			Anzahl	%	Doppelstaatler (auch Deutsch)	EU- Bürger*innen	EU- Aus- land
Bad König	497	298	199	40,04 %	118	45	36
Brensbach	264	196	68	25,76 %	54	10	4
Breuberg	526	221	305	57,98 %	190	101	14
Brombachtal	170	133	37	21,76 %	30	7	0
Erbach	780	406	374	47,95 %	237	77	60
Fränkisch-Crumbach	128	112	16	12,50 %	11	4	1
Höchst i. Odw.	628	259	369	58,76 %	263	86	20
Lützelbach	400	259	141	35,25 %	93	46	2
Michelstadt	874	543	331	37,87 %	211	75	45
Mossautal	117	96	21	17,95 %	17	4	0
Oberzent	564	393	171	30,32 %	90	70	11
Reichelsheim (Odenwald)	421	273	148	35,15 %	96	34	18
Odenwaldkreis	5369	3189	2180	40,60 %	1410	559	211

Quelle: Stabsstelle Jugendhilfeplanung/Controlling-Grundsatz des Odenwaldkreises, Stichtag: 01.03.2022

4.4.1. SGB VIII – Kinder - und Jugendhilfe 2021

Die Daten der Stabsstelle Jugendhilfeplanung bezüglich der Kinder und Jugendhilfe im Rahmen des Kapitels VIII des Sozialgesetzbuches sind nach Migrationsgeschichte gegliedert. Das heißt, dass abgefragt wurde, ob mindestens ein Elternteil eine ausländische Herkunft hat. Nach der Staatsangehörigkeit der Kinder und Jugendlichen sind sie nicht gesondert aufgeführt.

Rechtliche Grundlage	Migrationsgeschichte	
	ohne	mit
§ 30 Betreuungshelfer	1	0
§ 27 Hilfe zur Erziehung, Vorrangig außerhalb der Familie (Ohne Verbindung zu Hilfen Gemäß § § 28-35 SGB VIII)	2	2
§ 27 Hilfe zur Erziehung, Ergänzende bzw. sonstige Hilfen (Ohne Verbindung zu Hilfen Gemäß § § 28-35 SGB VIII)	3	3

§ 33 Vollzeitpflege (Besondere Pflegeformen für entwicklungsbeeinträchtigte junge Menschen gemäß Satz 2)	6	1
§ 32 Erziehung in einer Tagesgruppe	9	8
§ 30 Erziehungsbeistandschaft	35	27
§ 34 Heimerziehung, sonstige betreute Wohnform	37	35
§ 33 Vollzeitpflege (Allgemein gemäß Satz 1)	41	11
§ 29 Soziale Gruppenarbeit	62	50
§ 31 Sozialpädagogische Familienhilfe	90	61
§ 35A Eingliederungshilfe für seelisch behinderte junge Menschen	151	37

Quelle: Stabsstelle Jugendhilfeplanung/Controlling-Grundsatz des Odenwaldkreises

Vergleichsweise auffällig ist der Unterschied zwischen Kindern mit und ohne Migrationsgeschichte bei der Inanspruchnahme von Sozialhilfe nach §§ 33 und 35a. Von allen 188 Jugendlichen, die im Jahr 2021 eine Eingliederungshilfe für seelisch beeinträchtigte junge Menschen erhalten haben, waren 80,32 % Deutsche ohne Migrationsgeschichte. Bei allgemeiner Vollzeitpflege waren 78,85 % Deutsche ohne Migrationsgeschichte. Bei den anderen Paragrafen scheinen Kinder mit Migrationsgeschichte überrepräsentiert zu sein.

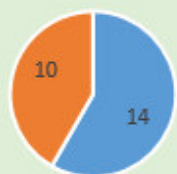
Eine genaue Analyse hierzu verkompliziert sich dadurch, dass eine Erhebung des Merkmales „Migrationshintergrund“ bei der Statistik zur Bevölkerungszusammensetzung nur im Zensus 2011 vorliegt. Damals hatten von den 96.040 Einwohner*innen 21.490 einen Migrationshintergrund, d.h. 22,38 %²². Dieser Anteil ist schätzungsweise mittlerweile gestiegen. Außerdem soll der Anteil von Kindern und Jugendlichen mit Migrationsgeschichte höher sein als der Durchschnitt der Gesamtbevölkerung. Wie oben gesehen haben mindestens 40,60 % der Kinder unter 6 Jahren im Odenwaldkreis eine Migrationsgeschichte.

²² Zensus 2011 Datenbank. <https://ergebnisse2011.zensus2022.de/datenbank>

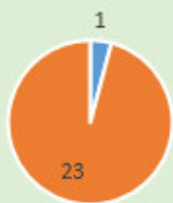
4.4.2. Inobhutnahme von Minderjährigen durch das Jugendamt

Zur Inobhutnahme Minderjähriger durch das Jugendamt führende Problemlagen 2021 - Migrationshintergrund = nein

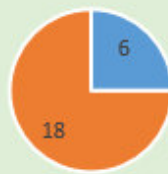
Überforderung Eltern



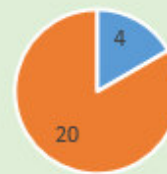
Probleme Schule/Ausb.



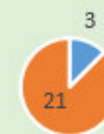
Vernachlässigung



Delinquenz/Straftat



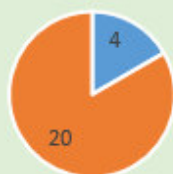
Integrationsprobleme



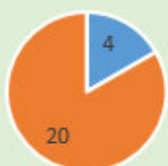
Trennung/Scheidung Eltern



Wohnungsprobleme



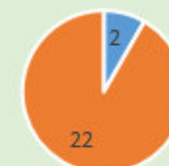
Beziehungsprobleme



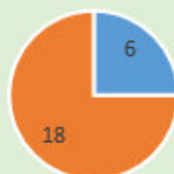
Sonstige Probleme



Suchtprobleme



Anzeichen körperl. Misshandlung



Anzeichen psych. Misshandlung



Anzeichen sex. Missbrauch



■ ja ■ nein

Zur Inobhutnahme Minderjähriger durch das Jugendamt führende Problemlagen
2021 - Migrationshintergrund = ja

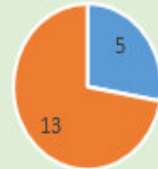
Überforderung Eltern



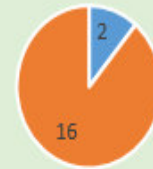
Probleme Schule/Ausb.



Vernachlässigung



Delinquenz/Straftat



Integrationsprobleme



Trennung/Scheidung Eltern



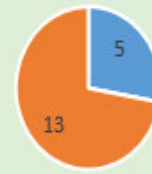
Wohnungsprobleme



Beziehungsprobleme



Sonstige Probleme



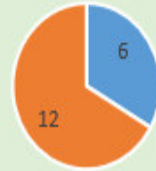
Suchtprobleme



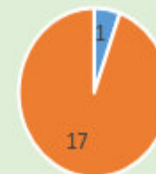
Anzeichen körperl. Misshandlung



Anzeichen psych. Misshandlung



Anzeichen sex. Missbrauch



■ ja ■ nein

Die obigen Diagramme der Stabstelle Jugendhilfeplanung/Controlling-Grundsatz des Odenwaldkreises bilden die Problemlagen der Minderjährigen bei der Inobhutnahme durch das Jugendamt im Jahr 2021 ab. Damals ist das Jugendamt bei 24 Kindern ohne und 18 mit Migrationsgeschichte eingeschritten. Anders gesagt haben 43 % der betroffenen Kinder eine Migrationsgeschichte. Bezüglich der Situation der Kinder lässt sich feststellen, dass bei denjenigen mit Migrationsgeschichte die Problemlage vom Jugendamt in den Bereichen Wohnung, Schule und Integration identifiziert wurde. Bei den Kindern ohne Migrationsgeschichte hat nur die Problemlage „Trennung/Scheidung Eltern“ alle Kinder betroffen. Dieses Thema erwies sich nicht relevant für die Inobhutnahme durch das Jugendamt von Kindern mit Migrationsgeschichte. Wegen der geringen Anzahl von Inobhutnahmen insgesamt ist der Anteil bei den anderen Problemlagen nicht aussagekräftig.

4.4.3. Jugendgerichtshilfe 2021

Vom Jugendamt sind ebenso Daten nach Jugendgerichtshilfe vorhanden. Die Informationen sind nach dem Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit gegliedert. Der Anteil der Fälle wurde hinsichtlich dem Bevölkerungsanteil in dem Alter der jeweiligen Gruppen berechnet. Jugendlichen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit sind ca. zweimal öfter im Strafverfahren als deutsche Staatsangehörige.

Bevölkerung Jugendgerichtshilfe- Fälle deutsch - nichtdeutsch 2021									
2021	Bevölk. 14 - 20 Jahre	Fälle insg.	Anteil %	Bevölk. deutsch	JGH- Fälle deutsch	Anteil %	Bevölk. nichtdeutsch	JGH- Fälle nichtdeutsch	Anteil %
Odenwaldkreis	6517	253	3,88%	5747	196	3,41%	770	57	7,40%
Bad König	642	21	3,27%	549	18	3,28%	93	3	3,23%
Brensbach	312	4	1,28%	301	4	1,33%	11	0	0,00%
Breuberg	548	16	2,92%	447	12	2,68%	101	4	3,96%
Brombachtal	251	14	5,58%	229	14	6,11%	22	0	0,00%
Erbach	948	60	6,33%	822	49	5,96%	126	11	8,73%
Fr.- Crumbach	188	3	1,60%	183	2	1,09%	5	1	20,00%
Höchst i. Odw.	727	46	6,33%	573	21	3,66%	154	25	16,23%
Lützelbach	453	8	1,77%	415	7	1,69%	38	1	2,63%
Michelstadt	1149	40	3,48%	1027	31	3,02%	122	9	7,38%
Mossautal	131	10	7,63%	124	8	6,45%	7	2	28,57%
Oberzent	640	11	1,72%	587	10	1,70%	53	1	1,89%
Reichelsheim (Odenwald)	528	20	3,79%	490	20	4,08%	38	0	0,00%

Quelle: Stabstelle Jugendhilfeplanung/Controlling-Grundsatz

In vielen Gemeinden ist die Anzahl von nichtdeutschen Staatsangehörigen gering, sodass es zu Verzerrungen führt wie beispielsweise in Fränkisch-Crumbach oder Mossautal. Dort haben ein Fall bzw. zwei Fälle in der Jugendhilfe im Strafverfahren zu einem Anteil von über 20 % geführt. Dies erweckt den

Eindruck einer großen Problematik, die aber gesamtgesellschaftlich nicht bedeutsam ist. Gemeinde mit unter 20 ausländischen Jugendlichen werden deswegen nicht analysiert.

Im Vergleich zum Kreisdurchschnitt der Jugendlichen mit deutscher Staatsangehörigkeit sind die Nicht-deutschen im Strafverfahren in Bad König, Brombachtal, Lützelbach und Oberzent unterdurchschnittlich in Erscheinung getreten. Mossautal, Fränkisch-Crumbach und Brensbach wurden wegen der geringen Anzahl von Jugendlichen ausländischer Staatsangehörigkeit nicht in Betracht gezogen. In Breuberg stehen ausländische Jugendlichen um den Kreisdurchschnitt von 3,88 %.

Statistisch relevante Auffälligkeiten gibt es insbesondere in Michelstadt (7,38 %), Erbach (8,73 %) und vor allem in Höchst (16,23 %). Dort landen ausländische Jugendliche viel häufiger in der Jugendgerichtshilfe als der Kreisdurchschnitt und als die Jugendlichen mit deutscher Staatsangehörigkeit.

In Bezug auf die deutschen Staatsangehörigen sind die Jugendlichen über dem Kreisdurchschnitt in Brombachtal, Erbach, Mossautal und Reichelsheim auf Jugendgerichtshilfe angewiesen.

4.5. Rentenversorgung

Die Daten zur Rentenversorgung stammen aus den Statistiken der Deutschen Rentenversicherung Bund, DRV Bund. Bei der Interpretation dieser Daten muss beachtet werden, dass sich bei den Hinterbliebenen das Geschlecht auf die verstorbene Person bezieht. Außerdem wird die Region durch den Wohnort des Rentners oder der Rentnerin bestimmt. Dies besagt, dass die Rentenversorgung nicht ohne Weiteres die Arbeitslebensrealität des Kreises widerspiegelt. Wenn die Rentner*innen aus dem Kreis wegziehen, werden sie nicht in der Statistik des Odenwaldkreises erfasst. Andererseits bezieht die Statistik auch diejenigen mit ein, die nach der Rente in den Odenwaldkreis zugezogen sind.

4.5.1. Rentenzugang 2020

ODENWA AuswertungZN_2020							
Standardtabelle		Männer		Frauen		GESAMT	
		Anzahl	Mittelwert	Anzahl	Mittelwert	Anzahl	Mittelwert
Deutsche	Erwerbsminderungsrenten	107	939,03	104	837,93	211	889,20
	Vorgezogene Altersrenten	260	1.497,91	288	1.016,60	548	1.244,96
	Regelaltersrenten	144	888,23	210	548,81	354	686,88
	Witwen-/Witwerrente	304	716,38	80	306,02	384	630,89
	Übrige Renten wegen Todes	50	236,91	11	241,92	61	237,82
	GESAMT	865	979,72	693	753,71	1.558	879,19
Ausl, unbek, staatenlos, ungekl. o.Ang.	Erwerbsminderungsrenten	30	950,73	38	683,38	68	801,33
	Vorgezogene Altersrenten	15	1.144,27	15	837,94	30	991,10
	Regelaltersrenten	37	625,77	37	317,59	74	471,68
	Witwen-/Witwerrente	24	470,07	6	273,81	30	430,82
	GESAMT	106	755,86	96	540,95	202	653,73
GESAMT	Erwerbsminderungsrenten	137	941,59	142	796,57	279	867,78
	Vorgezogene Altersrenten	275	1.478,62	303	1.007,76	578	1.231,78
	Regelaltersrenten	181	834,58	247	514,18	428	649,67
	Witwen-/Witwerrente	328	698,35	86	303,77	414	616,39
	Übrige Renten wegen Todes	50	236,91	11	241,92	61	237,82
	GESAMT	971	955,29	789	727,82	1.760	853,31

Staatsangehörigkeit > Ausgewählte Gruppen von Rentenarten BY Geschlecht des Versicherten > RTZB immer in Euro, auch vor 2002

Renten nach SGB VI,
Reihenfolge der Kriterien:
SAVS
ZLLD
VTLD

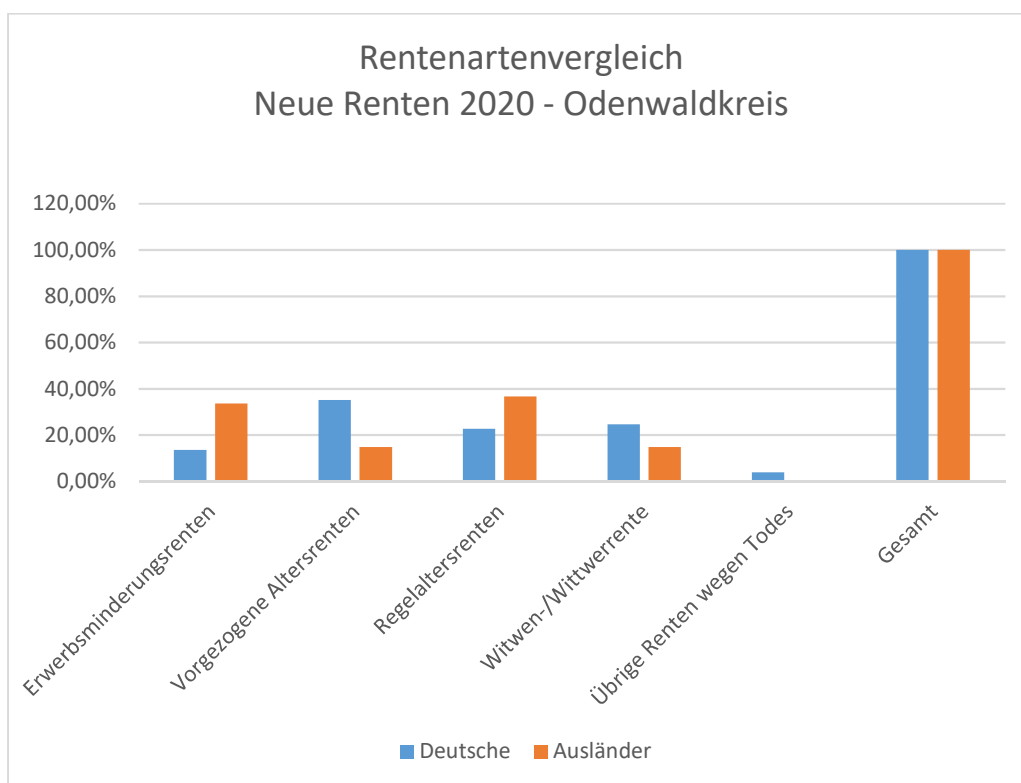
Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung,
Sonderauswertung, DRV BUND, at 21:13:29 on 15.03.2022

Die Daten der Deutschen Rentenversicherung zeigen, dass ausländische Staatsangehörige in allen Bereichen weniger Rente beziehen im Vergleich zu den deutschen Bezieher*innen und dass Frauen in beiden Gruppen jeweils benachteiligt sind. Dies könnte eine überdurchschnittliche Altersarmut bei Frauen erklären.

4.5.1.1. Rentenarten

Wenn der Rentengrund von Deutschen und Nichtdeutschen verglichen wird, stellt sich heraus, dass ausländische Staatsangehörige häufiger nach Regelaltersrenten, aber auch häufiger nach Erwerbsminderungsrenten eine Rente beziehen. Vorgezogene Altersrenten oder Renten aufgrund des Todes der

Partnerin oder des Partners werden häufiger von deutschen Staatsangehörigen bezogen. Übrige Renten wegen Todes (z.B. Erziehungsrente oder Waisenrente §§ 47 und 48 SGB VI) wurden nicht von ausländischen Staatsangehörigen im Odenwaldkreis 2020 bezogen.



4.5.1.2. Rentenbetrag

Rentenwert			
Rentenarten	Deutsche	Nicht-deutsche	Vergleich
Erwerbsminderungsrenten	889,20 €	801,33 €	90,12 %
Vorgezogene Altersrenten	1.244,96 €	991,10 €	79,61 %
Regelaltersrenten	686,88 €	471,68 €	68,67 %
Witwen-/Witwerrente	630,89 €	430,82 €	68,29 %
Übrige Renten wegen Todes	237,82 €	-	-
Gesamt	879,19 €	653,73 €	74,36 %

Wird die Höhe des Rentenbezuges von Nichtdeutschen mit Deutschen verglichen, lässt sich feststellen, dass Nichtdeutschen zwischen 68 und 90 % des Rentenbetrags ihrer deutschen Mitbürger*innen bekommen. Ein Grund dafür könnte in der Länge der Beitragseinzahlungen/Dauer der Erwerbstätigkeit liegen.

4.5.1.3. Länge der Zahlung von Rentenbeiträgen

ODENWA AuswertungZN_2020							
Standardtabelle		Männer		Frauen		GESAMT	
		Anzahl	Mittelwert	Anzahl	Mittelwert	Anzahl	Mittelwert
Deutsche	Erwerbsminderungsrenten	107	31,23	104	30,50	211	30,87
	Vorgezogene Altersrenten	260	45,30	288	40,93	548	43,00
	Regelaltersrenten	144	27,99	210	22,08	354	24,48
	Witwen-/Witwerrente	304	39,34	80	25,93	384	36,55
	Übrige Renten wegen Todes	50	26,78	11	25,58	61	26,57
	GESAMT	865	37,51	693	31,68	1.558	34,92
Ausl, unbek, staatenlos, ungekl. o.Ang.	Erwerbsminderungsrenten	30	29,27	38	18,13	68	23,04
	Vorgezogene Altersrenten	15	39,06	15	36,31	30	37,68
	Regelaltersrenten	37	27,68	37	16,83	74	22,26
	Witwen-/Witwerrente	24	28,17	6	18,64	30	26,26
	GESAMT	106	29,85	96	20,50	202	25,41
GESAMT	Erwerbsminderungsrenten	137	30,80	142	27,19	279	28,96
	Vorgezogene Altersrenten	275	44,96	303	40,70	578	42,73
	Regelaltersrenten	181	27,93	247	21,29	428	24,10
	Witwen-/Witwerrente	328	38,52	86	25,42	414	35,80
	Übrige Renten wegen Todes	50	26,78	11	25,58	61	26,57
	GESAMT	971	36,68	789	30,32	1.760	33,83

Staatsangehörigkeit > Ausgewählte Gruppen von Rentenarten BY Geschlecht des Versicherten > BZ Monate in Jahre umgerechnet

Renten nach SGB VI,

Reihenfolge der Kriterien:

SAVS

ZLLD

VTLD

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung,

Sonderauswertung, DRV BUND, at 19:46:26 on 15.03.2022

Wird die Länge der Beitragszahlungen von Deutschen und Nichtdeutschen verglichen, ergibt sich, dass ausländische Arbeiter*innen weniger Monate lang Beiträge gezahlt haben, bevor sie eine Rente beziehen. Ein Grund dafür könnte sein, dass sie öfter arbeitslos geblieben sind oder dass die Beiträge, die vor der Einwanderung in anderen Ländern gezahlt wurden, nicht mitgerechnet worden sind. Allerdings beziehen Nichtdeutsche eine wesentlich niedrigere Rente – auch im Fall von Regelaltersrenten –, obwohl der Unterschied von Beiträgen in Jahren nicht so groß ist. In dieser Rentenart haben Deutsche durchschnittlich 24,48 und Nichtdeutsche 22,26 Jahre lang beigetragen, was eine Relation von 90,90 % darstellt. Hingegen beziehen Nichtdeutsche eine durchschnittliche Regelaltersrente von 68,67 % im Vergleich zu den Renten der deutschen Mitbürger*innen.

Hier werden Frauen besonders benachteiligt, insbesondere bei Erwerbsminderungsrenten.

Vergleich der Länge der Beitragszahlungen			
	Männer	Frauen	GESAMT
Erwerbsminderungsrenten	93,73 %	59,43 %	74,64 %
Vorgezogene Altersrenten	86,21 %	88,70 %	87,62 %
Regelaltersrenten	98,89 %	76,22 %	90,90 %
Witwen-/Witwerrente	71,61 %	71,87 %	71,86 %
GESAMT	79,57 %	64,71 %	72,76 %

4.5.1.4. Alter beim Rentenbeginn

ODENWA AuswertungZN_2020							
Standardtabelle		Männer		Frauen		GESAMT	
		Anzahl	Mittelwert	Anzahl	Mittelwert	Anzahl	Mittelwert
Deutsche	Erwerbsminderungsrenten	107	53,91	104	54,63	211	54,26
	Vorgezogene Altersrenten	260	63,30	288	63,17	548	63,23
	Regelaltersrenten	144	65,11	210	65,15	354	65,13
	Witwen-/Witwerrente	304	72,73	80	77,45	384	73,71
	Übrige Renten wegen Todes	50	17,94	11	16,73	61	17,72
	GESAMT	865	63,13	693	63,40	1.558	63,25
Ausl, unbek, staatenlos, ungekl. o.Ang.	Erwerbsminderungsrenten	30	53,83	38	48,82	68	51,03
	Vorgezogene Altersrenten	15	63,27	15	62,93	30	63,10
	Regelaltersrenten	37	65,22	37	65,05	74	65,14
	Witwen-/Witwerrente	24	61,46	6	75,33	30	64,23
	GESAMT	106	60,87	96	58,94	202	59,95
GESAMT	Erwerbsminderungsrenten	137	53,89	142	53,07	279	53,47
	Vorgezogene Altersrenten	275	63,29	303	63,16	578	63,22
	Regelaltersrenten	181	65,13	247	65,13	428	65,13
	Witwen-/Witwerrente	328	71,91	86	77,30	414	73,03
	Übrige Renten wegen Todes	50	17,94	11	16,73	61	17,72
	GESAMT	971	62,88	789	62,86	1.760	62,87

Staatsangehörigkeit > Ausgewählte Gruppen von Rentenarten BY Geschlecht des Versicherten > Alter des Rentenberechtigten b. Rentenbeginn - JJ

Renten nach SGB VI,

Reihenfolge der Kriterien:

SAVS

ZLLD

VTLD

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung,

Sonderauswertung, DRV BUND, at 22:00:03 on 15.03.2022

Angesichts dessen, dass sich bei Hinterbliebenenrenten das Geschlecht auf die verstorbene Person bezieht, lässt sich feststellen, dass Migranten männlichen Geschlechts viel früher sterben im Vergleich zu ihren deutschen Mitbürgern. Das durchschnittliche Sterbealter von Männern, die 2020 eine Witwe hinterlassen haben, war 61,46 Jahre für ausländische Staatsangehörige und somit 11 Jahre früher als das der Deutschen (72,73 Jahre).

Vergleich der Alter beim Rentenbeginn 2020			
Rentenarten	Männer	Frauen	GESAMT
Erwerbsminderungsrenten	99,86 %	89,37 %	94,04 %
Vorgezogene Altersrenten	99,95 %	99,62 %	99,79 %
Regelaltersrenten	100,16 %	99,86 %	100,00 %
Witwen-/Witwerrente	84,50 %	97,27 %	87,14 %
GESAMT	96,42 %	92,96 %	94,78 %

Bei Männern, abgesehen vom Sterbefall und Rentenzahlung für Hinterbliebene, ergibt sich keine Diskrepanz zwischen deutschen und ausländischen Staatsangehörigen. Bei ausländischen Frauen stellt sich heraus, dass auch sie früher sterben und Erwerbsminderungsrenten beziehen als die deutschen Frauen.

4.5.2. Rentenbestand 2020

Über die Daten für den Rentenbeginn 2020 hinaus wurden auch Daten zu allgemeinen Rentenbezügen im Odenwaldkreis gesammelt, um einen genaueren Blick über die Gesamtheit der Rentenbezieher im Kreis zu geben.

ODENWA AuswertungBN_2020							
Standardtabelle		Männer		Frauen		GESAMT	
		Anzahl	Mittelwert	Anzahl	Mittelwert	Anzahl	Mittelwert
Deutsche	Erwerbsminderungsrenten	1.080	919,73	1.127	882,12	2.207	900,53
	Vorgezogene Altersrenten	6.015	1.509,45	6.141	931,65	12.156	1.217,55
	Regelaltersrenten	3.131	960,34	5.194	529,76	8.325	691,70
	Witwen-/Witwerrente	4.714	731,42	809	321,04	5.523	671,31
	Übrige Renten wegen Todes	190	245,28	84	252,16	274	247,39
	GESAMT	15.130	1.095,44	13.355	729,90	28.485	924,06
Ausl, unbek, staatenlos, ungekl. o.Ang.	Erwerbsminderungsrenten	281	794,85	267	768,03	548	781,78
	Vorgezogene Altersrenten	313	1.132,49	267	785,82	580	972,90
	Regelaltersrenten	330	807,41	389	495,25	719	638,52
	Witwen-/Witwerrente	312	485,43	48	324,79	360	464,02
	Übrige Renten wegen Todes	47	179,46	15	232,32	62	192,25
	GESAMT	1.283	782,66	986	635,50	2.269	718,71
GESAMT	Erwerbsminderungsrenten	1.361	893,95	1.394	860,27	2.755	876,91
	Vorgezogene Altersrenten	6.328	1.490,80	6.408	925,57	12.736	1.206,41
	Regelaltersrenten	3.461	945,76	5.583	527,35	9.044	687,47
	Witwen-/Witwerrente	5.026	716,15	857	321,25	5.883	658,62

Übrige Renten wegen Todes	237	232,23	99	249,16	336	237,22
GESAMT	16.413	1.070,99	14.341	723,41	30.754	908,91

Staatsangehörigkeit > Ausgewählte Gruppen von Rentenarten BY Geschlecht des Versicherten > RTZB immer in Euro, auch vor 2002

Renten nach SGB VI,
Reihenfolge der Kriterien:
SAVS ZLLD
VTLD

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung,
Sonderauswertung, DRV BUND, at 20:45:42 on 15.03.2022

Die Tabelle zeigt, dass nicht nur für die Rentenzugänge 2020 die Unterschiede zwischen Nichtdeutschen und Deutschen erheblich waren, sondern auch hinsichtlich des Rentenbestandes 2020. Frauen sind ebenso stärker benachteiligt.

4.5.2.1. Rentenarten

Rentenarten	Deutsche	Nichtdeutschen
Erwerbsminderungsrenten	7,75 %	24,15 %
Vorgezogene Altersrenten	42,68 %	25,56 %
Regelaltersrenten	29,23 %	31,69 %
Witwen-/Witwerrente	19,39 %	15,87 %
Übrige Renten wegen Todes	0,96 %	2,73 %
Gesamt	100,00 %	100,00 %

Die Gesamtheit der im Jahre 2020 bezahlten Renten zeigt, dass Nichtdeutsche mehr als dreimal häufiger eine Erwerbsminderungsrente beziehen müssen. Erhebliche Unterschiede weisen ebenso die relativen Häufigkeiten von vorgezogenen Altersrenten auf. Deutsche beziehen diese fast 1,67-mal häufiger im Vergleich zu ausländischen Mitbürger*innen, und die übrigen Renten wegen Todes, die Nichtdeutschen 2,84-mal häufiger beziehen.

4.5.2.2. Rentenbetrag

Rentenarten	Rentenwerte			
	Deutsche	Nichtdeutsche	Vergleich Bestand 2020	Vergleich Zugang 2020
Erwerbsminderungsrenten	900,53 €	781,78 €	86,81 %	90,12 %
Vorgezogene Altersrenten	1.217,55 €	972,90 €	79,91 %	79,61 %
Regelaltersrenten	691,70 €	638,52 €	92,31 %	68,67 %
Witwen-/Witwerrente	671,31 €	464,02 €	69,12 %	68,29 %
Übrige Renten wegen Todes	247,39 €	192,25 €	77,71 %	-
Gesamt	924,06 €	718,71 €	77,78 %	74,36 %

Nicht nur in Bezug auf die Rentenzugänge 2020 ist der Unterschied zwischen Nichtdeutschen und Deutschen im Rentensystem groß, auch in Bezug auf den Bestand hat er sich vergrößert. Das könnte auf eine Verschlechterung der Lage der Migrant*innen im Rentensystem und infolgedessen Altersarmut hindeuten. Der bedeutsamste Unterschied liegt bei den Regelaltersrenten. Bei der Bestandsaufnahme beziehen ausländische Staatsangehörige 92,31 % des durchschnittlichen Bezuges ihrer deutschen Mitbürger*innen. Bei den neuen Renteneintritten stellt die Zahlung für Nichtdeutsche lediglich 68,67 % dar.

4.5.2.3. Länge der Zahlung von Rentenbeiträgen

ODENWA AuswertungBN_2020							
Standardtabelle		Männer		Frauen		GESAMT	
		Anzahl	Mittelwert	Anzahl	Mittelwert	Anzahl	Mittelwert
Deutsche	Erwerbsminderungsrenten	1.080	26,21	1.127	24,29	2.207	25,23
	Vorgezogene Altersrenten	6.015	43,80	6.141	34,71	12.156	39,21
	Regelaltersrenten	3.131	30,67	5.194	18,03	8.325	22,78
	Witwen-/Witwerrente	4.714	32,54	809	25,74	5.523	31,54
	Übrige Renten wegen Todes	190	18,89	84	19,88	274	19,19
	GESAMT	15.130	36,00	13.355	26,71	28.485	31,65
Ausl, unbek, staatenlos, ungekl. o.Ang.	Erwerbsminderungsrenten	281	20,51	267	18,10	548	19,34
	Vorgezogene Altersrenten	313	36,49	267	31,57	580	34,22
	Regelaltersrenten	330	26,10	389	18,53	719	22,00
	Witwen-/Witwerrente	312	22,98	48	20,35	360	22,63
	Übrige Renten wegen Todes	47	16,93	15	12,09	62	15,76
	GESAMT	1.283	26,31	986	21,93	2.269	24,41
GESAMT	Erwerbsminderungsrenten	1.361	25,04	1.394	23,11	2.755	24,06
	Vorgezogene Altersrenten	6.328	43,43	6.408	34,58	12.736	38,98
	Regelaltersrenten	3.461	30,23	5.583	18,06	9.044	22,72
	Witwen-/Witwerrente	5.026	31,94	857	25,44	5.883	31,00
	Übrige Renten wegen Todes	237	18,50	99	18,70	336	18,56
	GESAMT	16.413	35,25	14.341	26,38	30.754	31,11

Staatsangehörigkeit > Ausgewählte Gruppen von Rentenarten BY Geschlecht des Versicherten > BZ Monate in Jahre umgerechnet Renten nach SGB VI,

Reihenfolge der Kriterien:

SAVS

ZLLD

VTLD

Quelle: Statistik der Deutschen Rentenversicherung,

Sonderauswertung, DRV BUND, at 20:12:25 on 15.03.2022

Insgesamt tragen Eingewanderte durchschnittlich wenig länger als Deutsche zum Rentensystem bei, bevor sie in Rente gehen. Im Vergleich scheint sich der Abstand zwischen beiden Bevölkerungsgruppen zu verringern.

Länge der Beitragszahlungen von Nichtdeutschen im Vergleich zu Deutschen						
Rentenarten	Männer Bestand 2020	Männer Zugang 2020	Frauen Bestand 2020	Frauen Zugang 2020	GESAMT Bestand 2020	GESAMT Zugang 2020
Erwerbsminderungsrenten	78,23 %	93,73 %	74,53 %	59,43 %	76,63 %	74,64 %
Vorgezogene Altersrenten	83,31 %	86,21 %	90,94 %	88,70 %	87,28 %	87,62 %
Regelaltersrenten	85,10 %	98,89 %	102,79 %	76,22 %	96,59 %	90,90 %
Witwen-/Witwerrente	70,61 %	71,61 %	79,05 %	71,87 %	71,73 %	71,86 %
Übrige Renten wegen Todes	89,62 %	-	60,80 %	-	82,10 %	-
GESAMT	73,08 %	79,57 %	82,13 %	64,71 %	77,14 %	72,76 %

Die Dauer der Beitragsleistungen von Eingewanderten ist bei Regelaltersrenten der durchschnittlichen Beitragsdauer von Deutschen ähnlicher geworden²³. Dennoch hat sich der Abstand der bezogenen Rentenwerte zwischen beiden Gruppen vergrößert, wie im obigen Abschnitt festzustellen ist. Aus welchem Grund sich der Rentenbezug vergleichsweise verschlechtert hat, obwohl die Länge der Beitragszahlungen sich angenähert hat, ist nicht klar. Als Hypothese lässt sich aufstellen, dass Eingewanderte in schlechter bezahlten Stellen arbeiten als vorher. In diesem Fall würden sie trotz längere Beitragszahlungen immer noch weniger verdienen, da der *pay gap* (Lohngefälle) größer geworden ist.

4.5.2.4. Alter beim Rentenbeginn

Alter beim Rentenbeginn 2020 von Nichtdeutschen im Vergleich zu Deutschen						
Rentenarten	Männer Bestand 2020	Männer Zugang 2020	Frauen Bestand 2020	Frauen Zugang 2020	GESAMT Bestand 2020	GESAMT Zugang 2020
Erwerbsminderungsrenten	99,38 %	99,86 %	97,25 %	89,37 %	93,84 %	94,04 %
Vorgezogene Altersrenten	99,62 %	99,95 %	100,11 %	99,62 %	99,90 %	99,79 %
Regelaltersrenten	92,77 %	100,16 %	91,42 %	99,86 %	91,92 %	100,00 %
Witwen-/Witwerrente	90,52 %	84,50 %	94,91 %	97,27 %	91,05 %	87,14 %
Übrige Renten wegen Todes	97,91 %	-	119,53 %	-	103,05 %	-
GESAMT	90,30 %	96,42 %	90,68 %	92,96 %	90,40 %	94,78 %

Was das Alter des Rentenbeginns angeht, sind ausländische Frauen älter als ihre deutschen Mitbürgerinnen, wenn sie „übrige Renten wegen Todes“ beziehen, und jünger, wenn sie Erwerbsminderungsrenten erhalten. Im Grunde genommen bleibt das Verhältnis zwischen deutschen und ausländischen

²³ Die obige Tabelle zu Länge der Beitragszahlungen beinhaltet bei den Spalten „Zugang 2020“ Daten aus der Tabelle zu Alter beim Rentenbeginn (4.5.1.4). Die richtigen Zahlen aus der Tabelle bei 4.5.1.3. wurden hier am 31.03.2023 aktualisiert. Zwecks einer verbesserten Erklärung der Verhältnisse zwischen Alter und Dauer der Beitragszahlungen wurde außerdem in dem ersten Satz dieses Absatzes „bei Regelaltersrenten“ hinzugefügt.

Staatsbürger*innen gewissermaßen stabil, mit einer Annäherung des Alters beider Bevölkerungsgruppen. Anscheinend rückläufig wäre das Alter ausländischer Frauen bei Erwerbsminderungsrenten und Witwen. 2020 waren sie noch jünger im Vergleich zur bestehenden Gesamtheit der Rentenbezüge.

Obwohl Eingewanderte immer länger arbeiten, bevor sie eine Rente im deutschen Rentenversicherungssystem beziehen und im gleichen Alter wie die deutschen Staatsangehörigen je nach Rentenart in Rente gehen, beziehen sie heute immer noch weniger als ihre deutschen Mitbürger*innen.

5. Kulturelle Integration

„Unter Akkulturation von Zugewanderten lässt sich ihr Hineinwachsen in die Aufnahmegesellschaft in Folge von ‚Kulturkontakten‘ verstehen. Hierzu gehören der Erwerb der Landessprache, die Kenntnis der sozialen und kommunikativen Gewohnheiten in der Aufnahmegesellschaft, die Nutzung der Medien sowie die Kenntnis der Wertvorstellungen und Rollenmodelle. Ein einheitlicher Kulturbegriff besteht dagegen nicht.“ (HMSI 2020: 203)

5.1. Spracherwerb

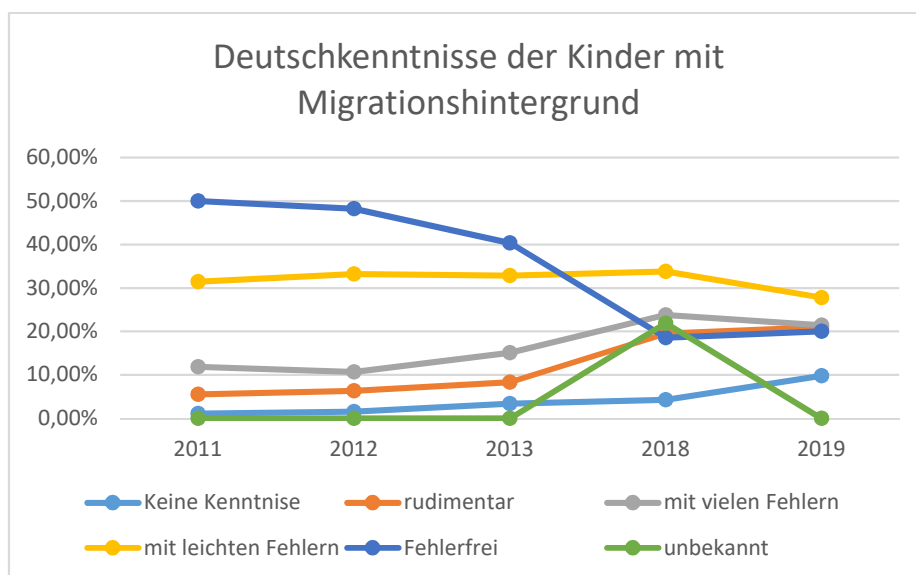
Im letzten Monitor wurden Daten dazu erfasst, ob bei den Kindern ausländischer Eltern zu Hause Deutsch gesprochen wird. Diese Information ist aber nicht zur Beurteilung von Integrationsleistungen geeignet. Gute Kenntnisse der deutschen Sprache sind bei der Einschulung zweifelsohne wichtig. Als Gesichtspunkt einer gelungenen Integration ist sie – für sich alleine betrachtet – nicht aussagekräftig. Wenn ein nicht fehlerfreies Deutsch zu Hause gesprochen wird, kann dies das Erlernen der deutschen Sprache erschweren. Darüber hinaus verringert es die Chance, von der Mehrsprachigkeit zu profitieren, die ausländische Eltern ihren Kindern ermöglichen können. Kleinkinder sind sprachbegabt und lernen mehrere Sprachen ohne Anstrengung ([Leist-Villis, Anja](#)).

Das Gesundheitsamt wurde nach den Statistiken der Schuleingangsuntersuchungen gefragt. Zwischen 2014 und 2017 gab es keine Auswertung der Daten, sodass eine Lücke entstanden ist. Außerdem hat sich inzwischen im Rahmen der Schuleingangsuntersuchung die Definition des Begriffs Migrationshintergrund geändert. Bis 2017 galt als Migrationshintergrund, „wenn beide Elternteile oder der alleinerziehende Elternteil einer anderen *Ethnie* angehört. Bei Mischehen ist ein Migrationshintergrund zu dokumentieren, wenn der nichtdeutsche Elternteil kulturell oder sprachlich stark prägt“ (SENS SEU-Hessen, S. 10). Ab 2018 wird unter Migrationshintergrund verstanden, wenn die Person selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren ist (SOPESS SEU-Hessen S.9).

Die Anzahl von Menschen mit Migrationsgeschichte in Schuleingangsuntersuchungen ist gleichgeblieben. Dagegen stellt 2018 eine Ausnahme dar. Die Diskrepanz deutet möglicherweise auf einen Fehler des Datensatzes hin. Aus diesem Grund und da das Jahr 2018 einen extremen Ausreißer darstellen würde, werden die Daten nicht berücksichtigt. Der Anteil ist 2019 auf 44 % und somit circa 11 PP im Vergleich zur vorigen Periode (2011-2013) gestiegen.

Jahr	Einschulungskinder			Darunter:			
				Ohne Migrationshintergrund		Mit Migrationshintergrund	
	insgesamt	männlich	weiblich	Anzahl	%	Anzahl	%
2011	818	51,7	48,3	548	66,99 %	270	33,01 %
2012	752	381	371	499	66,36 %	253	33,64 %
2013	786	389	397	526	66,92 %	260	33,08 %
2014	797	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
2015	811	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
2016	808	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
2017	753	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
2018	834	k.A.	k.A.	772	92,57 %	62	7,43 %
2019	772	414	358	430	55,70 %	342	44,30 %

In Bezug auf die Deutschkenntnisse der Kinder mit Migrationsgeschichte wurde im letzten Integrationsmonitor erfasst, ob sie fehlerfrei oder nicht fehlerfrei sprechen können. Daten mit insgesamt fünf Stufen von Sprachkenntnissen liegen vor: (1) keine Kenntnisse, (2) rudimentär, (3) flüssig mit vielen/erheblichen Fehlern, (4) flüssig mit leichten Fehlern und (5) fehlerfrei. Die untenliegende Tabelle wurde mit den so gegliederten Informationen erstellt. Für das Jahr 2015 wurden Daten im vorigen Monitor erhoben, die aber nicht genutzt werden, weil sie nicht in den fünf Kategorien untergliedert waren. Die Lücke konnte nicht geschlossen werden, weil das Gesundheitsamt über die Daten für 2014 bis 2017 nicht verfügt.



Deutschkenntnisse der Kinder mit Migrationshintergrund													
Jahr	keine Kenntnisse		rudimentär		flüssig						unbekannt		insgesamt
		%		%	mit vielen Fehlern		mit leichten Fehlern		fehlerfrei			%	
2011	3	1,11 %	15	5,56 %	32	11,85 %	85	31,48 %	135	50,00 %			270
2012	4	1,58 %	16	6,32 %	27	10,67 %	84	33,20 %	122	48,22 %			253
2013	9	3,40 %	22	8,30 %	40	15,09 %	87	32,83 %	107	40,38 %			265
mangelnde Daten													
2018	9	4,29 %	41	19,52 %	50	23,81 %	71	33,81 %	39	18,57 %	46	21,90 %	210
2019	76	9,80 %	162	21 %	165	21,40 %	215	27,80 %	154	20,00 %			772

Quelle: Einschulungsuntersuchung 2011/2012/2013 - Gesundheitsamt des Odenwaldkreises (von Februar bis Juli)

Daten-Feedback der dokumentierten Einschulungsuntersuchungen im Jahr 2019 für den Odenwaldkreis

Die Anzahl der Kinder, die bei der Schuleingangsuntersuchung Deutsch flüssig sprechen, lag bei knapp 90 % zwischen 2011 und 2013, wobei 10 bis 15 % der Kinder mit erheblichen Fehlern sprachen. Ab 2018 ändert sich das Bild beachtlich. Flüssig Deutsch sprechen 2018 drei Viertel der Kinder (76,19 %) und 2019 circa zwei Drittel (69,2 %). Wenn zwischen 2011 und 2013 40 bis 50 % der Kinder fehlerfreies Deutsch konnten, liegt der Anteil in den letzten vorhandenen Daten bei 20%.

Im Jahr 2018 gab es eine große Anzahl von „unbekannt“, was die Analyse erschwert. Die Definition von Menschen mit Migrationshintergrund im Rahmen der Schuleingangsuntersuchung hat sich inzwischen geändert, was ebenso die Interpretation der Daten verkompliziert. Allerdings lässt sich deutlich feststellen, dass sich die Sprachkenntnisse der Kinder mit Migrationshintergrund verschlechtert haben. Dies erfordert eine Untersuchung, um die Ursachen zu begreifen. Mögliche Erklärungen können beim Kitabesuch oder Verständnis von den Kategorien wie „fehlerfrei“ oder „rudimentär“ liegen. Das ließe sich teilweise durch einen Vergleich mit den Deutschkenntnissen der Deutschen ohne Migrationshintergrund nachprüfen. Möglich ist auch, dass bestimmte Gemeinden oder Kitas überlastet sind und von diesen Regionen die meisten Kinder mit Auffälligkeiten kommen. Um dies zu prüfen, sollten die Daten nach Gemeinde und gegebenenfalls nach Kita gesondert untersucht werden, welche die Kinder eventuell besucht haben.

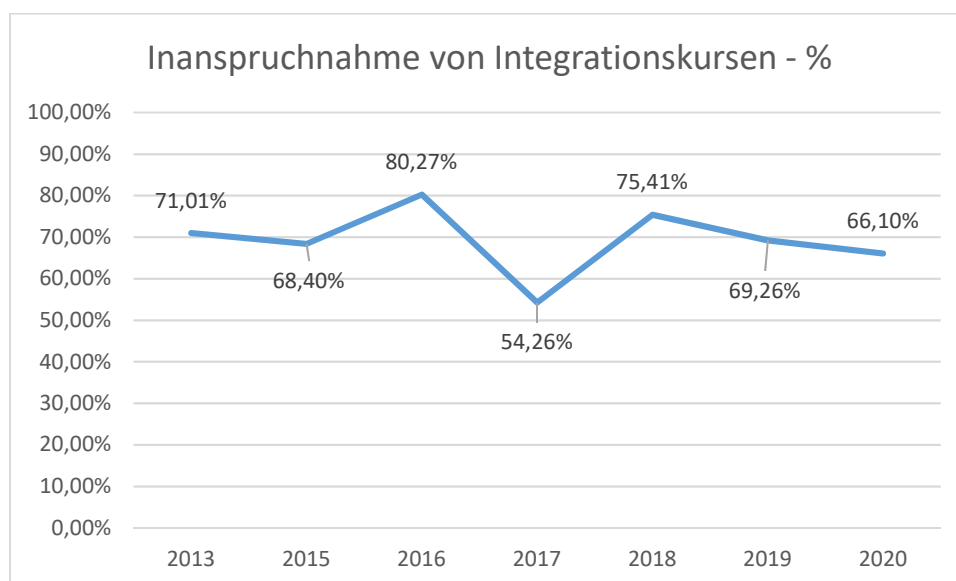
Weitere Erklärungsgründe könnten an einer veränderten demografischen Struktur der im Odenwaldkreis eingewanderten Bevölkerung liegen, was beispielsweise das Bildungs- und Einkommensniveau oder Arbeitszeiten der Eltern angeht. Dies würde ebenso besser sichtbar, wenn die Daten nach Gemeinden gegliedert und mit der dortigen Lage der Kinder ohne Migrationshintergrund verglichen werden würde.

5.2. Inanspruchnahme von Integrationskursen

Die Daten für die Integrationskurse auf der Internet-Seite des Bundesministeriums für Migration und Flüchtlinge greifen nur bis 2016 zurück²⁴. Der Datensatz wurde mithilfe des Integrationsmonitors des Odenwaldkreises 2.0 ergänzt. Dabei fehlte jedoch die Anzahl von Kursangeboten. Außerdem sind nur die Daten für 2013 und 2015 vorhanden. Es gab noch Angaben zum Kurs im Jahre 2008, aber dies liegt außerhalb des Rahmens des aktuellen Monitors, der den Zeitrahmen zwischen 2011 und 2020 umfasst. Die Inanspruchnahme von Integrationskursen schwankt um rund 65 %. Der höchste Wert wurde im Jahr 2016 mit 80,27 % festgestellt. Der niedrigste lag bei 54,26 % im Jahr 2017.

Integrationskurse - Odenwaldkreis								
	2020	2019	2018	2017	2016	2015	2014	2013
Anzahl der neuen Teilnahmeberechtigungen	153	231	244	376	410	250	-	169
Anzahl der neuen Kursteilnehmer	101	160	184	204	329	171	-	120
Anzahl der Kursaustritte	161	189	246	233	180	-	-	-
Anzahl der Kursabsolvent*innen	-	-	-	-	-	71	-	87
Anzahl der begonnenen Kurse	5	8	10	11	15	-	-	-
Anzahl der beendeten Kurse	5	6	10	8	11	-	-	-

Quelle: BAMF und Integrationsmonitor 2.0



²⁴ <https://www.bamf.de/DE/Themen/Statistik/Integrationskurszahlen/functions/inge-kreise-suche-link-table.html?nn=284810>

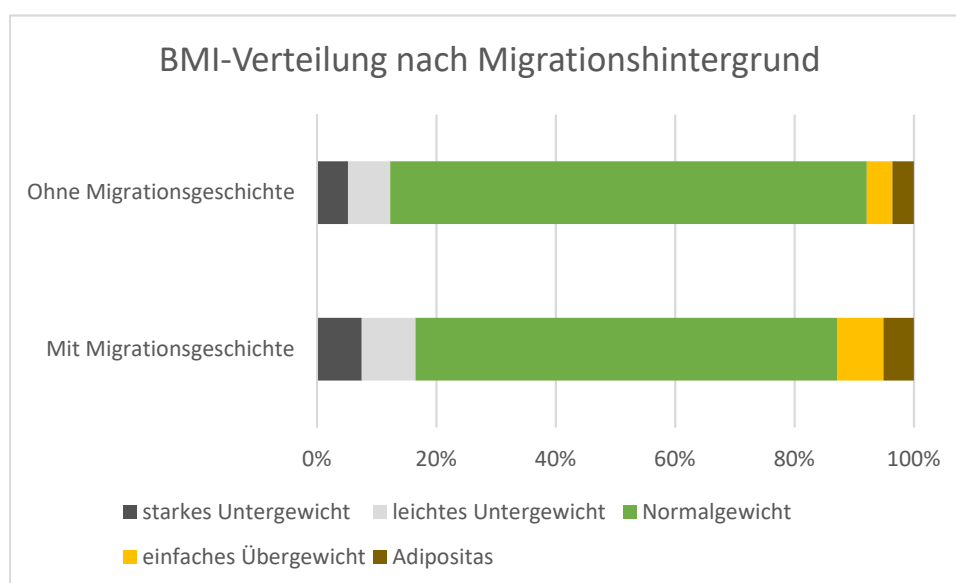
5.3. Gesundheit

5.3.1. Pädiatrische Untersuchung

Jedes Kind muss sich im 6. Lebensjahr bis zum 30. Juni einer Schuleingangsuntersuchung unterziehen. Daher bietet sie eine sehr umfassende Grundlage zum Verständnis des gesundheitlichen Zustandes aller Kinder in Deutschland. Anhand der Schuleingangsuntersuchung 2019 lässt sich feststellen, dass Kinder mit Migrationshintergrund mehr Auffälligkeiten in Bezug auf den Ernährungszustand und häufiger sowohl Über- als auch Untergewicht aufweisen. Dies kann im Zusammenhang mit der Kinderarmut (3.3.4.) stehen. Bei der Untersuchung der Organsysteme wiesen Kinder mit Migrationsgeschichte wenige Auffälligkeiten im Bereich Muskulatur/Skelett und Atmung/Herz/Kreislauf auf. Ein kleiner Unterschied lässt sich ebenso hinsichtlich der Hals-Nasen-Ohren-Heilkunde feststellen.

Untersuchung der Organsysteme nach Migrationsgeschichte		
Organsysteme	Auffälligkeiten bei Kinder	
	Mit Migrationsgeschichte	Ohne Migrationsgeschichte
Neurologie	0,9%	0,7 %
Muskulatur/Skelett	5,6%	10,2 %
HNO	16,7%	14,6 %
Haut/Haaren/Nagel	3,5%	4,9 %
Ernährungszustand	8,5%	4,4 %
Endokrinum	0,6%	0,0 %
Atmung/Herz/Kreislauf	7,3%	9,1 %
Abdomen	1,2%	1,2 %

Quelle: HLPUG – Daten-Feedback der dokumentierten Einschulungsuntersuchungen im Jahr 2019 für den Odenwaldkreis



Quelle: HLPUG – Daten-Feedback der dokumentierten Einschulungsuntersuchungen im Jahr 2019 für den Odenwaldkreis

5.3.2. Vorsorgeuntersuchungen für Kinder

Auch in diesem Bereich wurden die Daten zu Gesundheit in der letzten Dekade anders erhoben. Zwischen 2011 und 2013 wurde das Vorhandensein und die Vollständigkeit des Vorsorgehefts betrachtet. Kinder mit Migrationsgeschichte wurden ebenso nach Herkunftsregion gegliedert. Ab 2019 wurden die Vorsorgeuntersuchungen U2 bis U9 im Einzelnen erhoben (Siehe Tabelle unten). Die Lücke der Daten besteht auch diesbezüglich, sodass nach 2013 Daten nur für 2019 vorliegen. Eine Vergleichbarkeit ist aufgrund des Methodenwechsels gleichfalls nicht möglich. Die folgenden Tabellen wurden zur Veranschaulichung der Datensätze erstellt. Die Daten stammen hier auch aus den „Einschulungsuntersuchung 2011/2012/2013“ und dem „Daten-Feedback der dokumentierten Einschulungsuntersuchungen im Jahr 2019 für den LK Odenwaldkreis“.

Vorsorgeheft bei Schuleingangsuntersuchung												
	2011				2012				2013			
	Anzahl	vollständig	unvollständig	nicht vorgelegt	Anzahl	vollständig	unvollständig	nicht vorgelegt	Anzahl	vollständig	unvollständig	nicht vorgelegt
Deutschland	548	88,50 %	5,50 %	6,00 %	499	91,40 %	4,20 %	4,40 %	526	61,60 %	31,56 %	6,84 %
Türkei	111	68,50 %	17,10 %	14,40 %	107	72,00 %	16,80 %	11,20 %	103	42,72 %	28,16 %	29,13 %
Osteur./GUS	89	84,20 %	7,90 %	7,90 %	91	79,10 %	7,70 %	13,20 %	89	43,82 %	32,58 %	23,60 %
europ. Mittelm./Balkan	44	77,80 %	15,90 %	6,80 %	30	66,70 %	16,60 %	16,60 %	34	41,18 %	29,41 %	29,41 %
arabischer Raum	5	40,00 %	60,00 %	0,00 %	7	71,40 %	0,00 %	28,60 %	13	46,15 %	30,77 %	23,08 %
Nordwesteuropa	1	0,00 %	100,00 %	100,00 %	-	-	-	-	3	33,33 %	33,33 %	33,33 %
Afrika Südl. Sahara	3	66,70 %	33,30 %	0,00 %	1	100,00 %	0,00 %	0,00 %	2	0,00 %	0,00 %	100,00 %
Asien	3	77,80 %	11,10 %	11,10 %	9	77,80 %	0,00 %	22,20 %	12	50,00 %	25,00 %	25,00 %
Lateinamerika	3	66,70 %	33,30 %	0,00 %	5	100,00 %	0,00 %	0,00 %	1	0,00 %	100,00 %	0,00 %
Sonstige	5	60,00 %	20,00 %	20,00 %	3	66,70 %	33,30 %	0,00 %	3	33,33 %	33,33 %	33,33 %
Insgesamt/Mittelwert	812	63,02 %	30,41 %	16,62 %	752	80,57 %	8,73 %	10,69 %	786	35,21 %	34,41 %	30,37 %

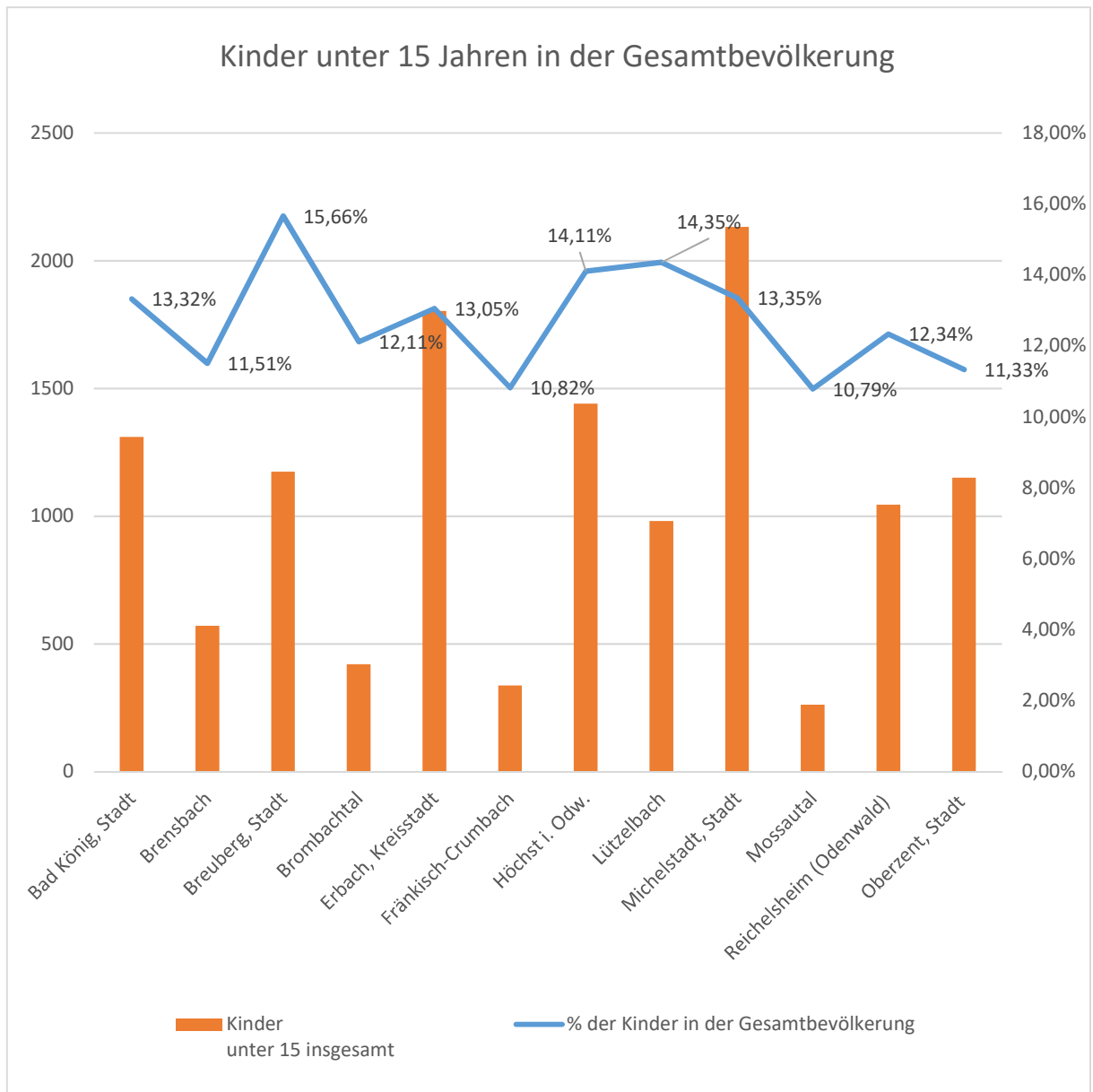
2018/19									
U-Untersuchungen	U2	U3	U4	U5	U6	U7	U7a	U8	U9
Ohne Migrationshintergrund	96,50 %	96,30 %	96,50 %	96,30 %	96,50 %	96,30 %	96,00 %	95,60 %	91,40 %
Mit Migrationshintergrund	75,10 %	75,10 %	75,10 %	75,10 %	76,90 %	79,20 %	79,50 %	82,50 %	78,70 %

Es lässt sich feststellen, dass Deutsche ohne Migrationsgeschichte in allen Jahren einen besseren Zugang zur Gesundheitsvorsorge gehabt haben, unabhängig von der Herkunft der Eltern von Kindern mit Migrationsgeschichte. Bei den meisten Herkunftsregionen ist der Datensatz wegen seiner Größe nicht aussagekräftig. Lediglich für Osteuropa, europäisches Mittelmeer und Türkei kann gewissermaßen ein Schluss gefasst werden. Kinder mit einer Herkunft aus Osteuropa sind anscheinend bessergestellt als Kinder aus der Türkei oder dem europäischen Mittelmeer, wobei es im Jahr 2013 keinen bedeutsamen Unterschied gab.

Für 2018/19 zeigen die Daten eine deutliche Benachteiligung der Kinder mit Migrationsgeschichte in Bezug auf die Vorsorge ihrer Gesundheit. Gründe dafür lassen sich nicht aus dieser Statistiken ableiten. Es könnte aber am Zugang zu Kinderärzt*innen oder zu Informationen bezüglich der Teilnahme an den Vorsorgeuntersuchungen liegen.

Kinderärzt*innen nach Gemeinde

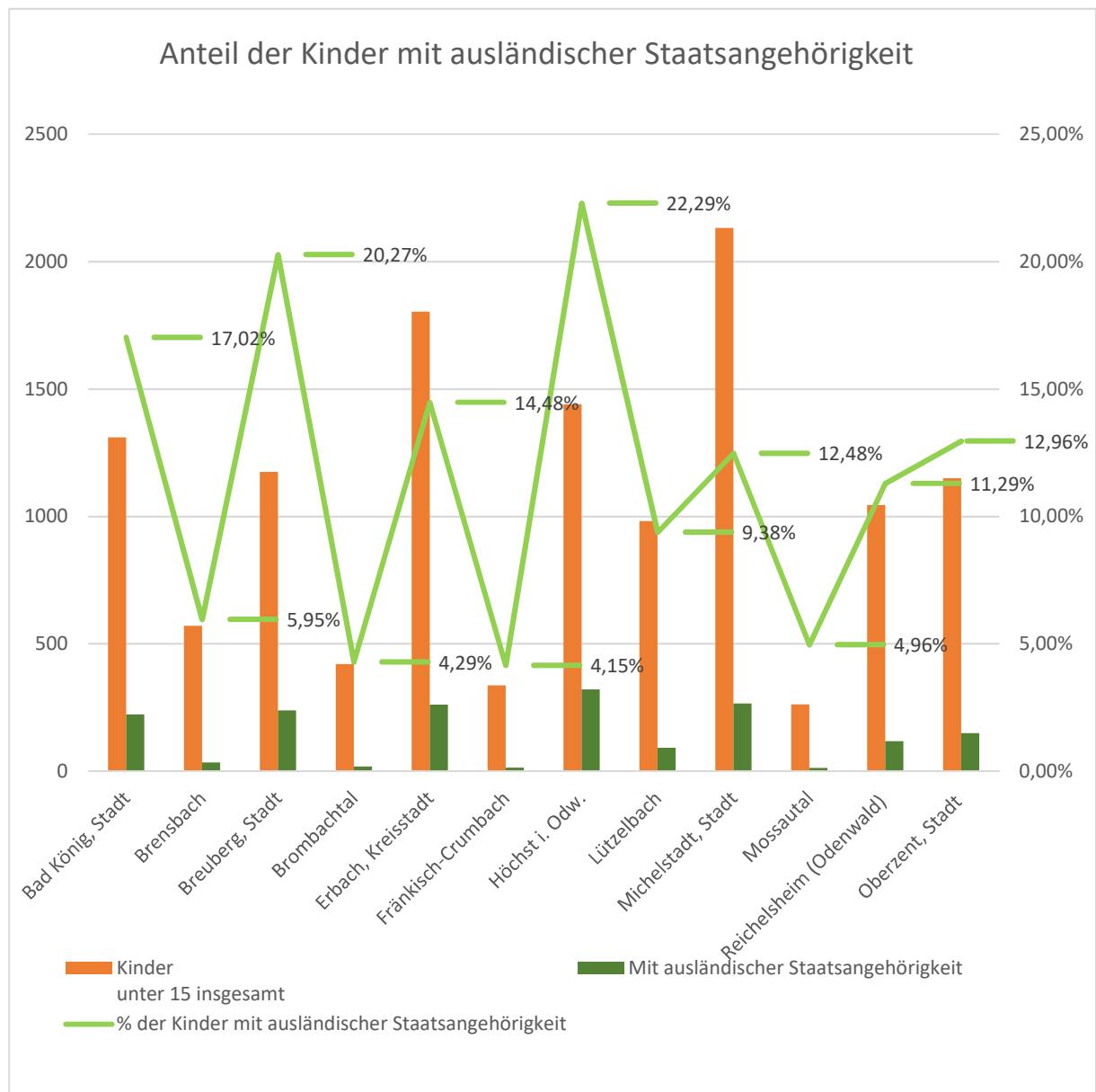
Breuberg ist die Gemeinde mit dem größten Anteil von Kinder unter 15 Jahren in der Gesamtbevölkerung (15,66 %), gefolgt von Lützelbach und Höchst (über 14 %) und Michelstadt, Bad König und Erbach (über 13 %).



Bei einer Suche nach Fachärzt*innen für „Kinder- und Jugendmedizin (Fachgebiet)“ über <https://www.arztsuche.hessen.de> ließen sich aber nur drei Kinderärzt*innen im Odenwaldkreis finden: zwei in Erbach und eine in Michelstadt²⁵. Dies zeigt, dass es im Allgemeinen schwierig ist, Kinderärzt*innen im Kreis zu finden. Für Kinder mit Migrationsgeschichte wird der Zugang noch schwieriger. Wenn in Erbach und Michelstadt entsprechend 14,8 % und 12,48 % der Kinder eine ausländische Staatsangehörigkeit haben, haben in Bad König, Breuberg und Höchst entsprechend 17,02 %, 20,27 % und 22,29 % der Kinder eine ausländische Staatsangehörigkeit. Das heißt, dass Kinder mit Migrationsgeschichte stärker in den Gemeinden konzentriert sind, die nicht über Kinderärzt*innen vor Ort verfügen. Wichtig ist ebenso, dass die Fahrkosten für Familien mit niedrigem Einkommen belastend sein können und

²⁵ Verwandte Begriffe wurden ebenso versucht. Sie gaben aber keinen Treffer zurück. Der einzige Bereich mit besserer Abdeckung im Odenwaldkreis ist das Fachgebiet Kinder- und Jugendlichen-Psychotherapeut.

dass die Fahrt aufgrund der Infrastruktur des ÖPNV eine lange Zeit in Anspruch nehmen kann, was wiederum die Vereinbarung Beruf und Familie erschwert²⁶.



Zusammengefasst könnten neben Sprachbarrieren und mangelnde Kenntnisse über das Gesundheitsversorgungssystem Deutschlands auch ein Kinderärzt*innenmangel und eine ungenügende Anbindung im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zur niedrigeren Besuchsquote von Kindern mit Migrationsgeschichte zu den Vorsorgeuntersuchungen beitragen. Der ÖPNV wirkt sich ebenso negativ auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie der Eltern aus, die über kein privates Auto verfügen und weder in Michelstadt noch in Erbach wohnen. Die Fahrtkosten können auch eine Hürde für einkommensschwächere Familien darstellen. Da eher Kinder ausländischer Herkunft von Armut betroffen sind, werden

²⁶https://www.rmv.de/auskunft/bin/jp/query.exe/dn?ld=14.208&protocol=https:&seqnr=1&i-dent=bi.013528208.1649935657&CMS_Appld=FahrplanauskunftAnfrage&OK#connection_C1-1

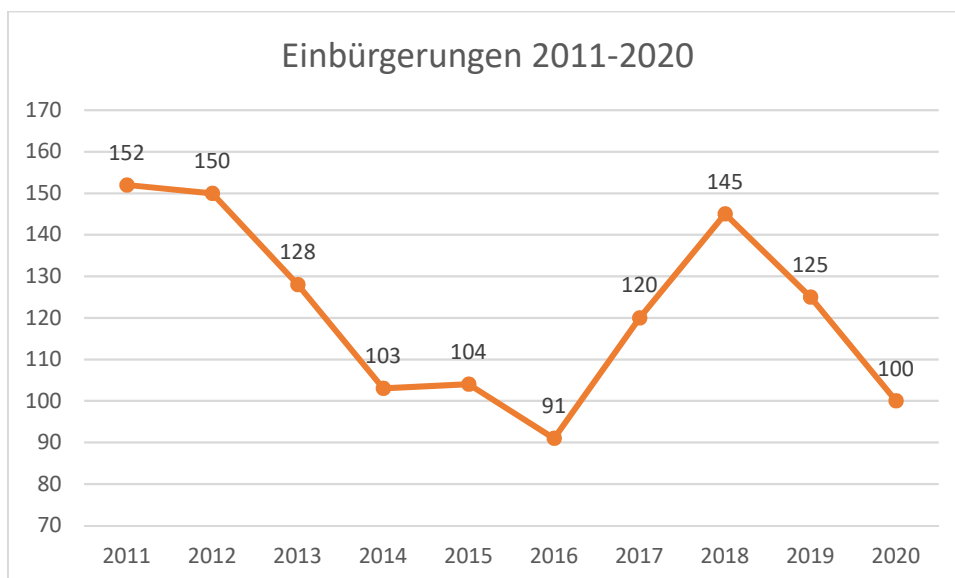
sie aus diesem Grund ebenso im Gesundheitsbereich benachteiligt (s.o. 3.3.4. Kinderarmut). Von Maßnahmen, die diese Barrieren abbauen, profitiert die Gesamtbevölkerung, unabhängig von Staatsangehörigkeit und, was den ÖPNV angeht, auch unabhängig vom Alter und Elternsein.

Um den Einfluss von Einkommen oder ÖPNV nachzuprüfen, müssten die Vorsorgeuntersuchungen der Kinder nach Wohnort, Einkommenssituation der Eltern und Staatsangehörigkeit verglichen werden, um zu erfassen, ob die geringe Zahl der Vorsorgeuntersuchungen an der ökonomischen Lage, Wohnort oder an einwanderungsbezogenen Gründen liegen, wie Sprachbarrieren und fehlende Information über das Gesundheitssystem Deutschlands. Diese Daten sind zurzeit nicht vorhanden, sodass sich diese Hypothesen weder ausschließen noch bestätigen lassen.

6. Identifikatorische Integration

„Die Identität eines Menschen bildet sich in seinem sozialen Umfeld und wird durch dieses geprägt. Gleichzeitig ist sie eingebunden in ein komplexes Geflecht verschiedener Gruppenidentitäten. ‚Identität‘ ist somit ein sehr schwieriges Konstrukt der psychologischen und soziologischen Theoriebildung. [...] Voraussetzung für die Identifikation oder dieser zumindest förderlich ist die von der Aufnahmegesellschaft geschaffene Willkommenskultur und ihre Akzeptanz der Zugewanderten. Benachteiligung und Diskriminierung durch die Aufnahmegesellschaft behindern die identifikatorische Integration“ (HMSI 2020: 224).

6.1. Einbürgerungsquote



Die Einbürgerungen sind zwischen 2016 und 2018 gestiegen, aber sinken danach wieder und erreichten 2020 fast das niedrigste Niveau nach 2016. Welchem Anteil der Einbürgerungsberechtigten diese Zahlen entsprechen, lässt sich nicht sagen, weil eine Statistik zum Einbürgerungsanspruch fehlt (s.

3.1.2.). Diese Datenlücke erschwert die Aufklärung des Interesses an einer Einbürgerung und Identifizierung der Faktoren, die dagegensprechen. Gegen strukturelle ausländerrechtliche Hindernisse kann der Kreis nicht direkt vorgehen. Allerdings könnte der Odenwaldkreis eventuelle kontingente Hindernisse im Einbürgerungsprozess angehen. Dafür muss zunächst untersucht werden, wie die Einbürgerungsanträge im Verhältnis zur Gesamtheit der Antragsberechtigten stehen und wie die Inanspruchnahme im Odenwaldkreis im Vergleich zu anderen Kreisen hessen- und bundesweit steht. Da die Daten nicht vorhanden sind, können keine Handlungsbedarfe in Bezug auf Einbürgerungen eruiert werden.

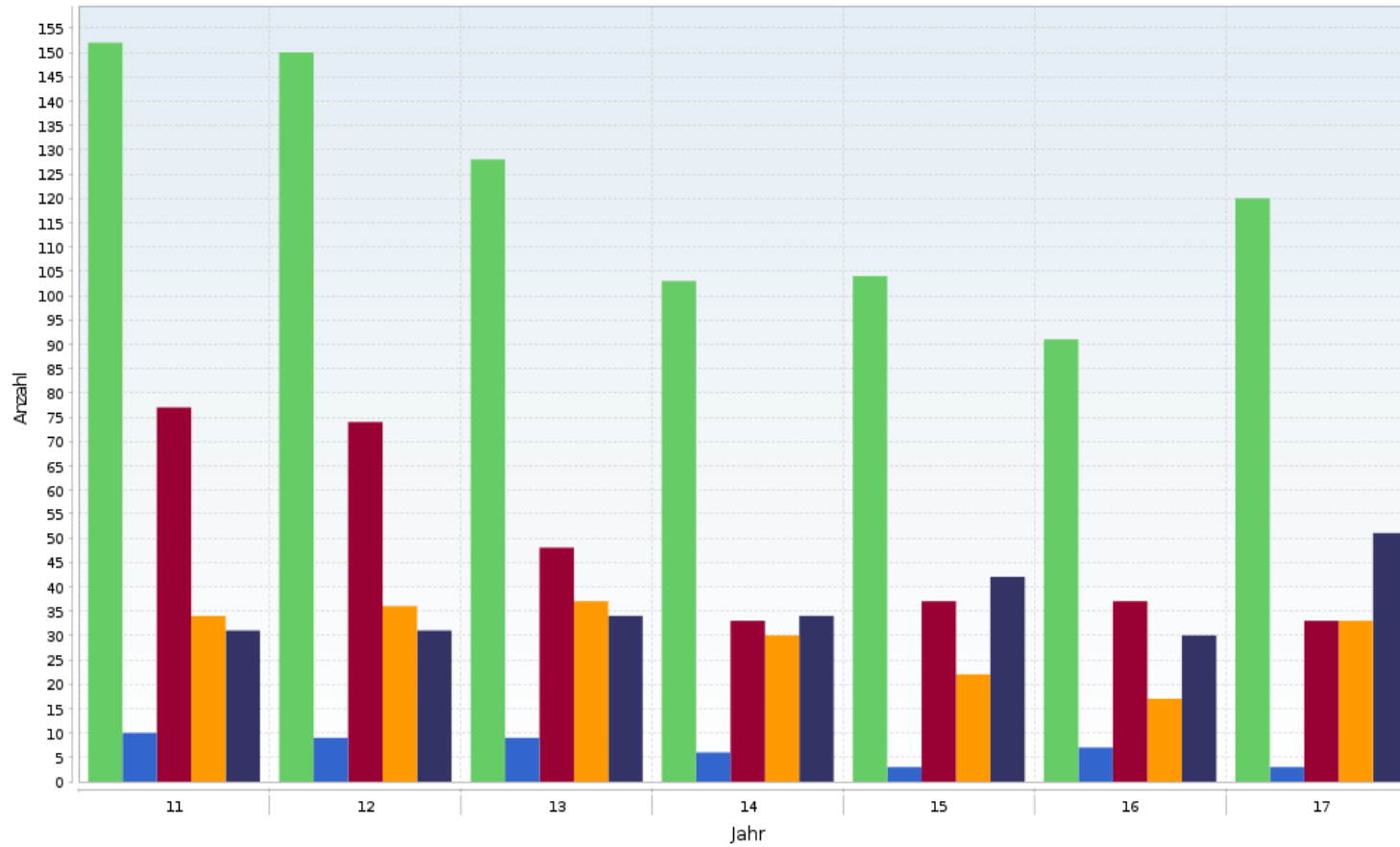
6.2. Aufenthaltsdauer zum Zeitpunkt der Einbürgerung

Nach § 10, Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes ist eine Einbürgerung grundsätzlich nach 8 Jahren rechtmäßigen und gewöhnlichen Aufenthaltes möglich. Die Teilnahme an einem Integrationskurs verkürzt die vorausgesetzte Aufenthaltsdauer auf 7 Jahre. Bei besonderen Integrationsleistungen kann sie auf 6 Jahre reduziert werden (§ 10 Abs. 3). Darüber hinaus können Ehegatten oder eingetragenen Lebenspartner*innen deutscher Staatsangehöriger schon nach drei Jahren Aufenthalt und zwei Jahren Lebenspartnerschaft eine Einbürgerung beantragen (§ 9 Abs. 1). Die Zeit für eine Einbürgerung kann sich verlängern, wenn der Aufenthalt unterbrochen wird, da ein gewöhnlicher Wohnsitz vorausgesetzt wird. Das heißt, wenn Nichtdeutsche mehr als sechs Monate im Ausland bleiben, gilt der Aufenthalt für Einbürgerungszwecke als unterbrochen (§ 12b). Ein unrechtmäßiger Aufenthalt wird ebenso nicht mitgezählt.

Eine Inanspruchnahme der Einbürgerung geschieht zwischen 2011 und 2013 vorwiegend bei einer Aufenthaltsdauer von 8 bis 15 Jahren. Zwischen 2014 und 2017 sind die meisten Einbürgerungen nach einem Aufenthalt von über 20 Jahren vorgenommen worden. Eine Ausnahme stellt das Jahr 2016 dar, als es wieder vermehrte Einbürgerungen nach einem Aufenthalt von 8 bis 15 Jahren gab. Die Anzahl der Einbürgerungen nach einer Aufenthaltsdauer von 10 bis 15 Jahren wird ab 2014 nach über 20 Jahren überholt. Die vorhandenen Daten stellen die Zeitspanne von 2011 bis 2017 dar (Regionalstatistik: Tabelle 12511-03-01-4).

Einbürgerungen von Ausländern nach Aufenthaltsdauer - Jahr - regionale Tiefe: Kreise und krfr. Städte (bis 2017)

Einbürgerungsstatistik



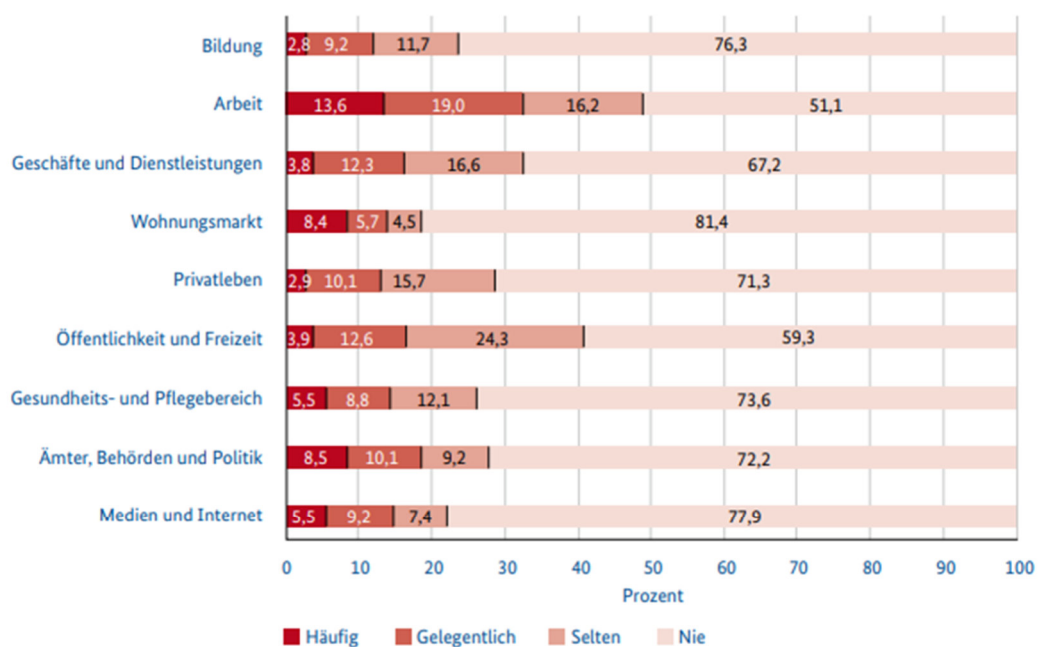
- Einbürgerungen von Ausländern (Anzahl); Insgesamt; Odenwaldkreis
- Einbürgerungen von Ausländern (Anzahl); Aufenthaltsdauer unter 8 Jahren; Odenwaldkreis
- Einbürgerungen von Ausländern (Anzahl); Aufenthaltsdauer 8 bis unter 15 Jahren; Odenwaldkreis
- Einbürgerungen von Ausländern (Anzahl); Aufenthaltsdauer 15 bis unter 20 Jahren; Odenwaldkreis
- Einbürgerungen von Ausländern (Anzahl); Aufenthaltsdauer 20 Jahre und mehr; Odenwaldkreis

© Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Deutschland, 2022.
 Dieses Werk ist lizenziert unter der Datenlizenz Deutschland
 - Namensnennung - Version 2.0. | Stand: 11.04.2022 / 10:34:03

6.3. Diskriminierungserfahrung

Eine Identifikation kann nicht getrennt von Willkommens- und Anerkennungskultur betrachtet werden. Ausgrenzungs- und Diskriminierungserfahrungen erschweren das Entstehen eines Zugehörigkeitsgefühls. In welchen Bereichen, Situationen und Orten jemand diskriminiert wird, muss erhoben werden, um ein Bild des Ausmaßes und der Häufigkeit dieser Vorfälle zu schaffen. Erst dann können gezielte Maßnahmen zum Entgegenreten von Rassismus und Diskriminierung ergriffen werden. Der Bericht der Bundesantidiskriminierungsstelle deutet darauf hin, dass die Häufigkeit der Diskriminierungserlebnisse bei der Arbeit und den Ämtern, Behörden und Politik stattfinden²⁷.

Abbildung 27: Häufigkeit von Diskriminierungserfahrungen nach Lebensbereich (Repräsentativbefragung)



Lesebeispiel: 2,8 Prozent derjenigen, die eine Diskriminierung erlebt haben, gaben an, häufig im Bildungsbereich Diskriminierungen erlebt zu haben. Weitere 9,2 Prozent derjenigen, die in den letzten beiden Jahren Diskriminierung erfahren haben, sagten, dass sie zumindest gelegentlich im Bildungsbereich diskriminiert wurden, weitere 11,7 Prozent erlebten sie selten im Bildungsbereich. Die übrigen 76,3 Prozent derjenigen, die in den letzten beiden Jahren Diskriminierung erlebt haben, haben diese nicht im Bildungsbereich erfahren.

(Quelle: Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2017) Diskriminierungserfahrung in Deutschland, Abbildung 27, Seite 121).

Dies weist auf die Notwendigkeit für das Thema „Verwaltung als Arbeitgeber und Dienstleister“ hin. Am häufigsten würden Jobcenter/Arbeitsagentur und Polizei im Kontext von Diskriminierungserfahrung bei Ämtern und Behörden angeführt.

²⁷ [Diskriminierungserfahrungen in Deutschland \(antidiskriminierungsstelle.de\)](https://www.antidiskriminierungsstelle.de)

Ämter, Behörden und Politik (n=1.974)	
	Jobcenter/Arbeitsagentur (n=403)
	Polizei (n=297)
	Gerichte (n=206)
	Standesamt (n=183)
	Jugendamt (n=156)
	Bürgerämter/Einwohnermeldeämter (n=126)
	Sozialamt (n=114)
	Ausländerbehörde (n=92)
	Finanzamt (n=63)
	Regierung/Politiker/Gesetzgeber/Gesetze/Ministerien ⁵⁹ (n=126)
	Sonstiges: Ämter und Behörden (n=208)

(Quelle: Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2017) Diskriminierungserfahrung in Deutschland, Tabelle 8: Übersicht über die Kategorisierung der Lebensbereiche (Betroffenenbefragung), Seite 121).

Einen Antidiskriminierungsmonitor haben bisher weder der Odenwaldkreis noch das Land Hessen erstellt. Die Antidiskriminierungsstelle Hessen wurde nach Daten zu Diskriminierungserfahrungen im Odenwaldkreis für den Integrationsmonitor angefragt. Diese führt zwar eine Anfragestatistik, die Regionalität wird aber bisher nicht erfasst. Es gibt derzeit keinen einheitlichen Datensatz zu Diskriminierungserfahrungen in Hessen. Infolgedessen wurden Vereine, die sich im Bereich Antidiskriminierung engagieren, angefragt, ob sie über Daten hierzu verfügen. Der EOTO e.V. und der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma wurden ebenfalls nach Daten zur Diskriminierung der jeweiligen Bevölkerungsgruppen angefragt. Sie haben ebenfalls keine Studien oder statistische Daten, die nach Kreisen gegliedert sind oder den Odenwaldkreis betreffen.

6.4. Politische Partizipation

Zunächst ist es wichtig zu unterstreichen, dass Menschen in vielerlei Gruppen und Situationen politisch aktiv sein können, die nicht unbedingt auf eine institutionelle Repräsentation oder Vertretung im parlamentarischen System abzielen. Politische Bewegungen von Jugendlichen und Schüler*innen, Gruppen für die Umwelt oder radikaldemokratische Organisationen sind Beispiele von politischer Aktivität. Zu der allgemeinen politischen Beteiligung gibt es Daten vom Sachverständigenrat Migration und Integration auf Bundes und Landesebene:

Bundesland	"Sind Sie auf die eine oder andere Weise politisch aktiv?"	Befragte nach politischem Engagement															
		Ins- gesamt	und zwar														
			ohne Migrationshintergrund			mit Migrationshintergrund											
			zu- sammen	weiblich	männlich	zu- sammen	weiblich	männlich	geboren im / in		nach Zuzugszeiträumen				deutsch		nicht- deutsch
Ausland	Deutsch- land	1956- 1989							1990- 1999	2000- 2014	ab 2015	zu- sammen	darunter Aussiedler/ -innen				
Hessen	Ja	20	24	26	21	12	12	12	10	22	(17)	(6)	9	(5)	16	(15)	9
Hessen	Nein	80	76	74	79	88	88	88	90	78	(83)	(94)	91	(95)	84	(85)	91
Hessen	Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Deutschland	Ja	21	24	23	25	10	12	9	8	21	9	8	8	6	13	10	8
Deutschland	Nein	79	76	77	75	90	88	91	92	79	91	92	92	94	87	90	92
Deutschland	Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2020

Die Daten aus der Befragung zeigen, dass die allgemeine politische Beteiligung in Hessen dem deutschen Durchschnitt entspricht. Hinsichtlich der Migrationsgeschichte heißt es aber auch, dass Menschen mit Migrationsgeschichte sich zweimal weniger engagieren im Vergleich zu Deutschen ohne Migrationsgeschichte. Der Unterschied ergibt sich teilweise aus der Staatsangehörigkeit, da Deutsche mit Migrationsgeschichte in Hessen zu 16 % engagiert sind. Deutsche ohne Migrationsgeschichte sind zu 24 % engagiert. Allerdings ist das Geburtsland für das politische Engagement entscheidend. Menschen mit Migrationsgeschichte, die in Deutschland geboren sind, sind zu 22 % politisch engagiert, was sich von der Beteiligung der Deutschen ohne Migrationsgeschichte nicht wesentlich unterscheidet. Menschen, die im Ausland geboren sind, sind zu 10 % politisch engagiert oder zu 9 %, wenn sie die deutsche Staatsangehörigkeit nicht haben. Bei den beiden erfassten Geschlechtern bleibt das Engagement gleich.

Was den Odenwaldkreis betrifft, wird das allgemeine politische Engagement wegen Datenmangels bzw. Schwierigkeit bei der Übersicht oder Erreichbarkeit aller Gruppen zunächst nicht einbezogen. Das politische Engagement wird zunächst nur im Rahmen der institutionellen Kanäle erfasst.

Vor diesem Hintergrund wurden die Parteien nach den Daten ihrer Mitgliedschaft und Vertreter*innen in den politischen kommunalen Gremien befragt. Die Gewerkschaftsverbände wurden nach der Mitgliedschaft an der ihnen zugehörigen Gewerkschaften gefragt.

Sie wurden jeweils nach dem Anteil von ausländischen Staatsangehörigen und Deutschen mit und ohne Migrationsgeschichte in der Gesamtheit der jeweiligen Mitglieder angefragt. Die Daten sollten möglichst nach Gemeinde und Geschlecht der Menschen mit Migrationsgeschichte aufgeteilt werden. Ihnen wurde auch mitgeteilt, dass fehlende Daten einfach leer zu lassen seien. Auf Basis ihrer Antworten wurden die untenliegenden Tabellen erstellt.

6.4.1. Parteien

Alle Parteien die mindestens eine*n Gemeindevertreter*in bzw. Stadtverordnete*n haben wurden im April 2022 angefragt, nämlich: SPD, CDU, Grünen, FDP, ZBK (Bad König), UWG (Brensbach), BWG (Breuberg), GSB (Brombachtal), ÜWG (Erbach, Lützelbach, Michelstadt, Mossautal), FWG (Höchst i. Odw.), AfD (Mossautal) und ÜWO (Oberzent).

Einige Parteien haben die Anfrage an die Verwaltung weitergeleitet. Die Verwaltung der Stadt Oberzent hat geantwortet, dass sie die Information nicht haben und für diesen Integrationsmonitor nicht rechtzeitig erheben kann. Dennoch wurde Bereitschaft signalisiert sich darüber zu verständigen, wie solche Daten gesammelt werden könnten. Von keiner Partei wurde eine Antwort zurückgemeldet. Daher ist anzunehmen, dass sie über die Daten nicht verfügen und sie auch nicht erheben konnten.

6.4.2. Gewerkschaften

Was die Beteiligung in Gewerkschaften angeht, wurden die Deutsche Gewerkschaftsbund – DGB, Deutscher Bundeswehrverband – DBwV, Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands – CGB und Deutscher Beamtenbund und Tarifunion – DBB ebenfalls im April 2022 nach dem Anteil von ausländischer Staatsangehörigen und Deutschen mit Migrationsgeschichte unter ihren Mitgliedern gefragt.

Der DBwV hat geantwortet, dass sie keine Daten zur Staatsangehörigkeit oder Migrationsgeschichte ihrer Mitglieder erfassen.

6.4.3. Menschen mit Migrationsgeschichte in kommunalen Gremien

Wenngleich Nichtdeutsche an politischen Parteien und Gewerkschaften aktiv sein dürfen, dürfen sie für kommunale Gremien nicht gewählt werden. EU-Bürger*innen stellen eine Ausnahme dar. Aus diesem Grund beschäftigt sich dieser Monitor mit dem Anteil der ausländischen Staatsangehörigen an den Gremien. Außerdem ist die Situation der nachfolgenden Generationen ein wichtiger Indikator für eine gelungene Integration und Teilhabe. Dementsprechend wurde der Versuch unternommen, den Anteil von Deutschen mit Migrationsgeschichte an den kommunalen Gremien zu erfassen.

Genauso wie bei der Partizipation an den Parteien und Gewerkschaften stellte sich heraus, dass Daten zur Staatsangehörigkeit und Migrationsgeschichte nicht systematisch erhoben werden. Laut [Recherchen](#) haben 11,3 % der Bundestagsabgeordneten eine Migrationsgeschichte. In den Landesparlamenten ist es unterschiedlich und variiert von 9,7 % in [Baden-Württemberg](#) über 8,7 % in [Nordrhein-Westfalen](#) bis hin zu 2 % in [Rheinland-Pfalz](#). [Hessen](#) hatte 2015 einen Anteil von 6,4 %. Von den [Bürgermeister*innen](#) bundesweit haben nur 1,2 % eine Migrationsgeschichte. Wie die Lage im Odenwaldkreis ist, kann aufgrund fehlender Datenerhebung nicht dargestellt werden.

6.4.4. Wahlbeteiligung der EU-Bürger*innen bei den Kommunalwahlen

Das Erfragen dieser Daten sollte darlegen, inwiefern EU-Bürger*innen an den Wahlen teilnehmen. Dies würde eine Grundlage schaffen, auf der die Partizipation mit der zu den Ausländerbeiratswahlen verglichen werden könnte, um herauszufinden, inwiefern die Partizipation von den jeweiligen Kanälen abhängt. Hierzu gibt es keine Statistik. Die Staatsangehörigkeit oder EU-Bürgerschaft wird bei der Wahlstatistik nicht erfasst. Die Anzahl von wahlberechtigten EU-Bürger*innen könnten bei den Kommunen erhoben werden. Zur Wahlbeteiligung unter den EU-Bürger*innen gibt es bisher keine Daten.